

**Sonderthema:**  
Die USA vor den Wahlen  
Auswege aus der Krise SEITE 1-15

**GEMISCHTE BILANZ**  
Der frühere US-Finanzminister Michael  
Blumenthal zur Amtszeit Obamas **SEITE 9**

**GEMISCHTE GEFÜHLE**  
Ein Plädoyer und eine Gegenrede zu den  
»Vereinigten Staaten Europas« **SEITE 13**

# Das Parlament

**KOPF DER WOCHE**  
»Mr. Objektiv«  
nimmt Abschied

**Jim Lehrer** Er gilt als Fossil des Journalismus: Zum zwölften – und letzten – Mal seit 1988 moderierte Jim Lehrer in der Nacht zum Donnerstag das Präsidentschaftsduell im US-Fernsehen. Der 78-Jährige, vielfach ausgezeichnet, gilt als Inbegriff der Unparteilichkeit: »Mister Objektiv« wird er in Amerika genannt. Lehrers Bemühen um Ausgewogenheit im öffentlichen Sender PBS steht im Gegensatz zum schrillen Gehabe vieler Moderatoren von privaten TV-Anstalten. Er ist stolz darauf, seit 1964 an keiner Präsidentschaftswahl mehr teilgenommen zu haben, um unabhängig zu bleiben. Auch beim Duell Obama gegen Romney ließ er die Kontrahenten weitgehend gewähren, mit kritischen Nachfragen blieb er sparsam. Kritikern entgegenet Jim Lehrer, er sei »eben spektakulär langweilig«. *kru*

**ZAHLE DER WOCHE**  
**7,8**  
Prozent betrug die Arbeitslosenquote in den USA im September, so niedrig wie seit Januar 2009 nicht mehr. Im August hatte das US-Arbeitsministerium noch 8,1 Prozent Arbeitslose registriert. Im September waren offiziell 12,1 Millionen Menschen arbeitslos gemeldet. Die hohe Arbeitslosigkeit ist ein Hauptthema des Präsidentschaftswahlkampfes.

**ZITAT DER WOCHE**  
»Bei mir ist der romantischste Ort, den Sie sich vorstellen können.«

**Mitt Romney**, Herausforderer von Barack Obama, beim TV-Duell in Anspielung auf den 20. Hochzeitstag des amerikanischen Präsidenten mit Michelle vor genau 20 Jahren

**IN DIESER WOCHE**  
**THEMAUSGABE**  
**Harald Leibrecht** im Interview über die Achse USA-Europa in Zeiten der Krise **Seite 2**  
**US-Wahlkampf** Die Nation streitet über die Wege zu mehr Wachstum **Seite 3**  
**Spaltung** Republikaner und Demokraten blockieren sich im Kongress **Seite 6**  
**Geldpolitik** Wie die Zentralbank von Fed und EZB der Krise begegnen **Seite 8**  
**THEMA DER WOCHE**  
**EU** Norbert Lammert würdigt die europäische Dimension der deutschen Einheit **Seite 15**



Das Parlament  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH  
60268 Frankfurt am Main

# Divided States of America

**US-WAHL** Mit mehr Staat oder weniger aus der Krise? Die Nation steht vor einer Richtungsentscheidung

**D**en Europäern dürfte Barack Obama mehr als einmal im Stillen gedankt haben. Eine Verschärfung der Eurokrise und die unweigerlich folgenden Turbulenzen an den Finanzmärkten gehörten zu den potenziellen Risiken, die seine Wiederwahl bedrohen. Einen guten Monat vor der Wahl kann der Präsident mit Zuversicht nach vorn schauen. Der Euroraum scheint sich zu stabilisieren. Seit dem Parteitag der Demokraten Anfang September hat er seinen kleinen Vorsprung in den Umfragen langsam, aber kontinuierlich ausgebaut. Seine Siegeshoffnung wird nun zwar durch das erste TV-Duell etwas gebremst. Nach dem Urteil der meisten US-Medien hat der republikanischen Herausforderer Mitt Romney es gewonnen. Das muss aber nicht gleich die Dynamik des Rennens kippen. Dafür ist ein richtiger »Game Changer« nötig. Ein Debattensieg allein reicht in der Regel nicht, um den Trend zu wenden.

**Mutmaßliche Sieger** Diese Entwicklung ist eine veritable Überraschung – sofern man das Wahljahr 2012 in den USA verfolgt hat. In Deutschland, so scheint es, war nicht angekommen, wie schlecht der Präsident vor einem Jahr in den Augen der Wähler da stand. Auch viele Europäer sind enttäuscht von Obamas erster Amtszeit. Sie hatten sich mehr Wandel gegenüber Vorgänger George W. Bush versprochen. In Deutschland sieht die Mehrheit jedoch in den Republikanern keine ernstzunehmende Alternative und glaubt deshalb, es könne keinen Zweifel geben, wer am 6. November siegt. Da ist wohl auch der Wunsch Vater des Gedankens. Dürften die Deutschen mitwählen, würden 80 Prozent für Obama stimmen. Wer in Amerika lebt, hat ein anderes Bild. Zu Jahresbeginn sahen die Republikaner wie die mutmaßlichen Sieger aus. Sie waren zwar nicht in der sprichwörtlichen Situation eines Elfmeters ohne Torwart. Doch sie hatten die Chance eines Strafstoßes gegen einen verletzten Torhüter, der einen platzierten Schuss wohl kaum würde parieren können. Obama hatte die Wahl eigentlich bereits verloren. Im Herbst 2011 sagten drei Viertel der Amerikaner, ihr Land bewege sich in die falsche Richtung. Deutlich mehr Bürger lehnten die Politik des Präsidenten ab, als ihn unterstützten. Mit solchen Zahlen gewinnt man keine zweite Amtszeit. Aus eigener Kraft kann Obama nicht gewinnen, das gilt bis heute. Die Bilanz der jüngsten vier Jahre ist für die Mehrheit kein ausreichender Grund, ihn wieder zu wählen. Die Arbeitslosigkeit liegt bei knapp acht Prozent. Nach der tiefen Krise kommt die Wirtschaft nicht schnell genug in Gang. Dafür macht man in den USA den Präsidenten verantwortlich. Und doch führt er nun in den Umfragen, sowohl in den nationalen Erhebungen als auch in den entscheidenden Swing States. Wie ist das zu erklären? Amerika erlebt einen ganz anderen Wahlkampf als 2008. Damals predigte er »Hope« und »Change« und Versöhnung. In den Monaten vor der Wahl waren zwei Investmentbanken zusammengesunken, Bear Stearns und Lehman Brothers. Das Land ging spürbar auf Talfahrt. Aber die Stimmung war optimistisch: Unter einem neuen Präsidenten, der einen anderen Kurs verfolgt als Bush und einen anderen Umgangsstil pflegt, werde Amerika rasch aus der Krise finden.

**Getrübe Stimmung** 2012 ist die Lage gerade umgekehrt. Die Wirtschaftszahlen bessern sich. Seit Ende 2010 sinkt die Arbeitslosenrate. Jeden Monat kommen neue Jobs hinzu. Die Wirtschaft wächst. Doch die Bürger halten das Obama nicht zugute. Sie hatten einen schnelleren und kräftigeren Aufschwung erwartet. Deshalb ist die Stimmung mies. Also musste Obama ein anderer werden. Er weiß sehr langem: Die meisten Bürger wollen ihn eigentlich nicht für weitere vier Jahre im Amt sehen. Gewin-



Ring frei: Im harten Wettkampf um das Weiße Haus sind Spott und Satire noch die kleinste Herausforderung für die Kandidaten Mitt Romney und Barack Obama.

nen kann er nur, wenn sie noch mehr Abneigung gegen seinen Herausforderer Mitt Romney empfinden. Der Präsident ist nicht mehr der nette Wahlkämpfer von 2008. Er hat den Ausgang der Kandidatensuche der Republikaner nicht abgewartet, sondern früh darauf gesetzt, dass Romney sein Gegner wird, und ihn systematisch angegriffen. Er zeichnete ein negatives Bild von ihm, ehe der auch nur die Chance hatte, ein positives Bild von sich zu verbreiten. Romney wollte mit seiner Wirtschaftskompetenz punkten und auf seine Erfolge als Manager der Investmentfirma »Bain Capital« verweisen. Obama stellte ihn als einen »Heuschrecken«-Investor dar, der mehr Jobs vernichtet als gerettet habe.

**Das große Ringen** Die Präsidentschaftswahl ist auch eine Persönlichkeitswahl. Den Sympathie-Wettbewerb hat Obama ebenfalls für sich entschieden. Er erinnerte die Amerikaner regelmäßig daran, dass Romney ein Multimillionär sei, dem das Verständnis für die Alltagsorgen ärmerer Bürger fehle. Hinzu kamen die Vorwürfe, Romney zahle zu wenig Steuern und wolle Sozialprogramme für Bedürftige streichen. Vor allem aber setzte sich Obama im großen Ringen durch, über welche Kernfrage die Bürger zu entscheiden haben. Romney hätte die Wahl gerne zu einem Referendum über Obamas Bilanz gemacht. Am 6. November sollte es allein um die Frage gehen, ob die Wähler das Gefühl haben, dass es ihnen nach vier Jahren Obama besser gehe. Und wenn die Antwort Nein laute, sollten sie für den Republikaner stimmen. Obama hat das nicht zugelassen. Mit seinen aggressiven Angriffen auf Romney hat er die Wahl zu einer Richtungsentscheidung gemacht. Er sagt, es gehe um zwei konkurrierende Gesellschaftsmodelle: Welche Aufgaben hat der Staat, wie viel Verantwortung trägt jeder Bürger für sich selbst? Muss die Wirtschaft von Steuern und Auflagen entlastet werden oder leistet sie derzeit einen zu geringen Beitrag zum Gemeinwohl? Schließlich: Wie entkommen

die USA der Verschuldungsspirale, und in welchem Verhältnis stehen dabei Kürzungen der Ausgaben und Erhöhung der Einnahmen durch höhere Steuern? Auch Romney betont inzwischen, zur Wahl stünden unterschiedliche Bilder von Amerika, auch in der Außenpolitik. Er fordert mehr Geld fürs Militär und einen härteren Kurs gegen China und Russland. Eine Weltmacht wie die USA müsse nicht geliebt, sondern gefürchtet werden. Bei näherem Hinsehen stehen die Bürger dann freilich vor einer eher ungewöhnlichen Form von Richtungsentscheidung. Von beiden Kandidaten war wenig Konkretes darüber zu erfahren, was sie im Fall eines Wahlsieges tun würden. Welche Abschreibungsmöglichkeiten möchte Romney ganz konkret streichen, und wie geht sein Versprechen mathematisch auf, dass er auf diesem Weg den Haushalt ausgleichen kann? Das sagt er nicht. Ebenso wenig verrät Obama, wie

kaner das Eine und die Demokraten das Andere. Romney und Obama sprechen fast ausschließlich darüber, was Amerika angeblich drohe, wenn der Gegner gewinne. Diese Richtungsentscheidung gilt also nicht der Frage, welchen Kurs die Bürger lieber wollen – sondern umgekehrt, welchem Kandidaten und welchem Programm sie mehr misstrauen sollen. In ihrem Selbstbild tun Amerikaner oft so, als würden sie sich in der Einstellung zum Sozialstaat kategorisch von den Europäern unterscheiden. Die Republikaner setzen ganz gezielt auf diese Identitätsfrage. In der Realität haben sich jedoch die meisten Amerikaner an staatliche Leistungen wie die Grundrente (Social Security) sowie die kostenlose Gesundheitsversorgung der Senioren (Medicare) und der Armen (Medicaid) gewöhnt und wollen sie nicht aufgeben. Wie es aussieht, können die Republikaner diesen ideologischen Kampf in der Theorie gewinnen, tun sich aber schwer, damit auch in der Praxis an den Wahlurnen zu siegen.

**Ideologische Exzesse** Es scheint, als sei Obama da ein bisschen näher an den Herzen der Wähler als Romney. Das gilt auch für das weite Feld der so genannten »Social Values«: Abtreibung, Homo-Ehe, Rolle der Religion im öffentlichen Leben. Die meisten Amerikaner sind in solchen Fragen wertkonservativer als die Deutschen. Aber auch da hegen sie Misstrauen gegen ideologische Exzesse. Wenn Republikaner vom rechten Flügel ein absolutes Abtreibungsverbot – selbst nach einer Vergewaltigung – propagierten, ließ sich in den Folgetagen beobachten, wie Romney in den Umfragen an den Boden gegenüber Obama verlor, insbesondere unter weiblichen Wählern. In den Schlusspurt geht Obama mit einem kleinen Vorsprung vor Romney. In der Geschichte der USA hat es freilich schon mehr als eine »October Surprise« gegeben, die den Umfrage-Sieger vom September zum Wahlverlierer im November werden ließ. Die TV-Duelle können das im Ausnahmefall bewirken. In der Regel reichen sie allein aber nicht.

Christoph von Marschall  
Christoph von Marschall ist White-House-Korrespondent des »Tagesspiegels«. Soeben ist sein neues Buch erschienen »Der neue Obama. Was von der zweiten Amtszeit zu erwarten ist«, Orell Füssli Verlag Zürich 2012.

**EDITORIAL**  
**Die Macht des Geldes**  
VON JÖRG BIALLAS

Während in Deutschland der Bundestagswahlkampf allmählich beginnt, neigt sich das Werben um die nächste Präsidentschaft in den USA dem Ende. Am 6. November entscheiden die Amerikaner, ob der Demokrat Barack Obama im Amt bleibt oder von seinem Herausforderer Mitt Romney abgelöst wird. Dann hat das Land einen Wahlkampf erlebt, in dem wieder einmal Abermillionen Dollar für sündhaft teure Kampagnen und gigantische Shows zur Präsentation der Kandidaten ausgegeben worden sind. Dieses Geld stammt vor allem von Gönnern, die sich von der Politik ihres Favoriten oftmals ganz handfeste finanzielle Vorteile versprechen. Überhaupt regiert in den USA das Geld: Nicht nur der Republikaner Romney ist Millionär, sondern auch etwa die Hälfte der Abgeordneten des Kongresses. Was hierzulande unvorstellbar wäre und ganz grundsätzliche Fragen des Demokratieverständnisses aufwerfen würde, gilt in den Vereinigten Staaten keineswegs als anrüchlich. Unter Geldmangel leiden beide konkurrierende Lager nicht. Wer in vier Wochen das Rennen machen wird, entscheiden also andere Faktoren. Obama muss damit umgehen, dass ihm die trübe Konjunkturlage mit einer hohen Arbeitslosen- und steigenden Armutsrate angelastet wird. Vor diesem Hintergrund verblasen seine wirtschafts- und sozialpolitischen Erfolge wie die Rettung der bankrotten Automobilriesen General Motors und Chrysler oder die Einführung einer Pflicht zur Krankenversicherung. Romney hingegen ist im Wahlkampf vor allem durch verbale Fehltritte aufgefallen. Was seine Freunde als selbstbewusst bezeichnen, halten seine Gegner für großspurig, ja arrogant. Dennoch gilt Romney in bürgerlich-konservativen Kreisen als Alternative zu Obama, der bei seinem Amtsantritt 2009 vieles angekündigt, aber längst nicht alles davon erreicht hat. Gewiss auch, weil seine Demokraten vor fast zwei Jahren die Mehrheit im Repräsentantenhaus eingebüßt hatten. Fortan konnten die Republikaner Obamas Politik blockieren. Wer immer die Wahl gewinnt: Der traditionell feste Bund zwischen Europa und den USA wird dadurch nicht beeinträchtigt. Denn in Zeiten sich verschiebender wirtschaftlicher und damit militärischer Machtpotenziale ist eine starke transatlantische Achse als westliches Regulativ unabdingbar.

**Parlamännchen**  
Politik für Kinder  
**Vereinigte Staaten**  
USA ist die Abkürzung für United States of America. Das ist Englisch und heißt Vereinigte Staaten von Amerika. Das Land besteht aus 50 einzelnen Bundesstaaten. Dazu gehören sogar Alaska und Hawaii, obwohl sie nicht unmittelbar an die USA angrenzen. Die Hauptstadt ist Washington. Die USA sind das drittgrößte Land der Welt, nur Kanada und Russland sind größer. Auch Deutschland gehört als eines von 27 Ländern zu einer Staatengemeinschaft, nämlich der Europäischen Union. Sie wird auch EU genannt. Anders als die USA ist die EU jedoch kein eigener Staat, sondern ein Staatenverbund. Die Mitgliedsländer sind eigenständig.

GASTKOMMENTARE

USA - NOCH IMMER WELTMACHT NR.1?

Globaler Anspruch

PRO



Hans Monath „Tagesspiegel“

Viele Europäer bezweifeln, ob die USA weiter ihre Weltordnungsrolle ausüben können. Nach zwei unpopulären Kriegen – im Irak und in Afghanistan – fehlt die Bereitschaft zu neuen Interventionen. Die industrielle Basis bröckelt, das Land ist hoch verschuldet. Sogar das politische System scheint gelähmt – unabhängig vom Ausgang der Präsidentschaftswahl am 6. November.

Was der europäische Beobachter gern übersieht, ist der Anspruch der USA, nach der Ausrufung des pazifischen Zeitalters in Asien Präsenz zu zeigen – auch militärische Präsenz. Vor zwei Jahren flossen 45 Prozent aller weltweiten Militärausgaben in die US-Streitkräfte. Sie sind interventionsfähig an jedem Ort der Welt. Dazu kommen zwei Besonderheiten: Da ist zum einen die Kraft der offenen Gesellschaft, Fehler zu korrigieren. Zum zweiten sind Phasen des Isolationismus in der Geschichte der Vereinigten Staaten immer abgelöst worden durch neue Ausgriffe auf die Welt.

Das Bewusstsein, einer auserwählten Nation anzugehören, und der globale Anspruch der demokratischen Überzeugung liefern die Begründung für die Einmischung im Ausland. Solange diese Grundmuster wirken, werden die Vereinigten Staaten von Amerika daran arbeiten, die Weltmacht Nummer eins zu bleiben.

Auf alte Weise allerdings geht das nicht. In einer multipolaren Welt mit aufstrebenden Schwellenmächten wie China, Brasilien und Indien kann Washington nicht mehr alleine dominieren, sondern es muss neue Allianzen eingehen und seinen Einfluss teilen. Nur so lässt sich auch mittelfristig eine Macht sichern, an der kein Konkurrent vorbei kommt.

Im Abstieg

CONTRA



Markus Gärtner „Manager Magazin“, Vancouver

Düstere Warnungen prominenter Zeitgenossen schüren Zweifel am Weltmacht-Status der USA. Dazu gehört die Prognose des Chefs beim weltgrößten Anleihefonds Pimco, dem Land drohe ein Schicksal wie Griechenland, falls die Schuldenuhr nicht angehalten werde. Dass dies gelingen wird, wird selbst in Washington bezweifelt.

Die Ratingagentur Moody's droht den USA mit einer Abstufung ihrer Kreditwürdigkeit. Goldman Sachs-Chef Lloyd Blankfein fürchtet um den Status des Dollars als Leitwährung. Das Vertrauen in Wirtschaft und Politik in der größten Volkswirtschaft ist so angeknackst, dass laut dem Meinungsforschungsinstitut Gallup 52 Prozent der Amerikaner bereits China als größte Wirtschaftsmacht sehen. Hier beginnt ein Niedergang, eine langsame Erosion der Supermacht. Die USA sind auf dem Weg von einem Industrie-Koloss mit unerbittlicher Innovationskraft und kaum zu erschüttertem Erneuerungsglauben in eine abgebrannte post-industrielle Gesellschaft. Die Ära der Dominanz geht zu Ende. Im Nahen Osten schwindet der Einfluss, ebenso im pazifischen Raum, wo China in dieser Woche mit seinem ersten Flugzeugträger den neuen regionalen Führungsanspruch untermauert hat.

Es sind die vielen Wirtschaftsindikatoren, die zu denken geben. Der Anteil der US-Erfinder an den weltweiten Patenten geht zurück. In der Weltrangliste der wettbewerbsstärksten Industrienationen des Weltwirtschaftsforums fallen die USA seit vier Jahren zurück, 2012 vom 5. auf den 7. Rang. Der Anteil an der weltweiten Börsenkapitalisierung sinkt. Selbst der Dollar bekommt Risse. China hat als größter ausländischer Gläubiger den Bestand amerikanischer Schuldtitel binnen zwölf Monaten um 12,6 Prozent zurückgefahren.

Mehr zum Thema auf den Seiten Kontakt: gastautor@das-parlament@bundestag.de

Herr Leibrecht, unter Präsident George W. Bush jr. waren die transatlantischen Beziehungen teilweise erkaltet. Und unter Präsident Barack Obama orientieren sich die USA programmatisch am pazifischen Raum. Wie wichtig sind die Beziehungen noch?

Die USA sind für Deutschland neben der EU der wichtigste Partner. Die Ausrichtung der USA in Richtung Asien und Pazifik ist nicht neu, nur wird heute vielleicht offener darüber geredet. Auch für Deutschland wird der asiatische Markt immer wichtiger. Wir hatten 2011 erstmals mehr Handel mit China als mit den USA. Wir sollten die guten transatlantischen Beziehungen dazu nutzen, gemeinsam mit den Amerikanern diese neuen Märkte zu erschließen und dort eng mit ihnen zusammenzuarbeiten.

Aber sind die Beziehungen noch so eng, wie sie es in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts waren?

Sie sind nach wie vor sehr gut und sehr eng. Gleichzeitig müssen wir immer weiter daran arbeiten, die Beziehungen zu pflegen und auszubauen. Der ehemalige US-Verteidigungsminister Robert Gates hat das mal auf den Punkt gebracht, indem er sagte, dass es keinen Automatismus mehr in den transatlantischen Beziehungen gebe. Die globalen Herausforderungen – der Kampf gegen den internationalen Terrorismus, die Sicherung von Energie, der Abbau von Handelsbarrieren – all das kann ein einzelnes Land heute nicht mehr allein lösen.

Was halten Sie von der These, die USA und Europa seien angesichts aufstrebender Regionen wie Asien absteigende Mächte?

Man darf nicht vergessen, dass die USA und die EU immer noch wirtschaftlich die stärksten Regionen der Welt sind. Mit nur rund zehn Prozent der Weltbevölkerung erbringen beide Regionen zusammen gut 50 Prozent der Weltwirtschaftsleistung. Natürlich ist es für beide Seiten wichtig, neue Märkte zu erschließen und mit Asien wie auch mit den Schwellenländern und Wachstumsregionen enger zusammenzuarbeiten. So werden die USA und Europa auch in Zukunft bedeutende Wirtschaftsregionen sein. Mir ist da nicht bange.

Mitt Romney, der Präsidentschaftskandidat der Republikaner, will Steuern für Wohlhabende senken und Sozialausgaben kürzen. Sie sind selbst in den USA geboren. Können Sie uns erklären, wie Romney beim amerikanischen Wähler damit punkten kann?

Es gibt in den USA eine sehr viel größere Skepsis gegenüber dem Staat als bei uns. Viele Amerikaner sind der Meinung, dass der Staat nur dafür sorgen soll, dass man in Sicherheit lebt, dass man Zugang zu Bildung hat und dass die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen stimmen. Im Bereich der sozialen Absicherung sollte er sich jedoch tunlichst heraushalten. Wir Deutschen sehen das anders und stehen zur sozialen Marktwirtschaft. Wenn ich bei meinen Reisen in die USA von unserem Sozialsystem berichte, werde ich so manches Mal mit unverständlichen Augen angeschaut. Wir sollen nicht einfach davon ausgehen, dass alle Amerikaner sofort begeistert sind, wenn ihr Präsident eine allgemeine Krankenversicherungspflicht einführt, die für uns eine Selbstverständlichkeit wäre.

Entfremden Phänomene wie die Tea-Party-Bewegung die USA und Europa?

In der Tea Party zeigt sich eine fundamentale Opposition gegen den amtierenden Präsidenten und seine Politik. Politik besteht aber oftmals aus Kompromissen, auf die sich Regierung und Opposition verständigen. Die Tea Party zeigt sich kompromisslos. Solch eine Politik ist wenig zielführend und wird das Land nicht voranbringen. In-

»Wir sind wichtigste Partner«

HARALD LEIBRECHT Der FDP-Politiker über die Stabilität der Achse USA-Europa in Zeiten der Wirtschafts- und Schuldenkrisen



amerikanische Gesellschaft zunehmend spalten. Allerdings findet diese auch immer wieder zusammen. Das ist die Stärke der USA: Wenn es darum geht, die Nation in schwierigen Zeiten zusammenzubringen, dann gelingt das auch und dann tritt das Land auch wieder geschlossen auf. Die unmittelbare Reaktion auf 9/11 war hierfür ein eindrucksvolles Beispiel.

Die Staatsverschuldung der USA liegt bei 16 Billionen Dollar, pro Kopf ist das fast doppelt so viel wie in der EU. Gleichzeitig drängt Washington vehement darauf, dass Europa seine Schuldenprobleme in den Griff bekommt. Wie passt das zusammen?

Die Volkswirtschaften dies- und jenseits des Atlantiks sind eng miteinander verflochten. Wenn die Europäische Union ein Problem mit ausbleibendem Wachstum und den Staatsschulden der Mitgliedsländer hat, so hat das direkte Konsequenzen auf die amerikanische Wirtschaft. Umgekehrt beeinflusst die Wirtschafts- und Finanzentwicklung in den USA auch Europa. Insofern kann ich die amerikanische Regierung verstehen, wenn diese auf eine schnelle Lösung der europäischen Staatsschuldenkrise pocht. Präsident Obama sieht jedoch auch, dass Europa handelt, und dass die Bundesregierung alles tut, um den Euro und die EU zu stabilisieren.

Eines beeindruckt mich immer wieder: Trotz aller wirtschaftlichen Schwierigkeiten gibt es in den USA einen ungebrochenen Optimismus und die Bereitschaft, nach vorne zu schauen. Die US-Wirtschaft wird sich wieder erholen. Dafür gibt es ja bereits erste deutliche Anzeichen.

Inwiefern taugt das Modell der Vereinigten Staaten von Amerika als Vorbild für die Vereinigten Staaten von Europa?

Von den Vereinigten Staaten von Europa sind wir noch etwas entfernt, auch wenn dies ein wichtiges Ziel bleibt. Gerade die europäische Staatsschuldenkrise macht deutlich, wo in Europa die Probleme liegen und was noch geleistet werden muss. In den USA sind die Gemeinsamkeiten der Bundesstaaten – trotz Föderalismus – größer als zwischen den EU-Staaten. Brüssel ist auch nicht Washington. Die europäischen Institutionen werden zwar gestärkt, aber in wichtigen Bereichen gibt es noch große Unterschiede innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten. Die Lösung der Staatsschuldenkrise kann Europa näher zusammenbringen. Wichtig ist, dass inzwischen fast alle europäischen Staats- und Regierungschefs gemerkt haben, dass wir mehr Europa brauchen und nicht weniger.

Die große Erzählung, dass ein jeder mit harter Arbeit den Aufstieg schaffen kann – ist dieser amerikanische Traum in den USA noch aktuell?

Auch wenn viele Amerikaner erfolgreich sind, so war es nie einfach, den amerikanischen Traum zu verwirklichen. Wer jedoch Amerika kennt, weiß, dass dieses große Land nach wie vor vielfältige Möglichkeiten bietet, um seinen persönlichen Traum zu verwirklichen. Ich spreche aber nicht von unbegrenzten Möglichkeiten, denn auch in den USA hat sich vieles verändert. Wenn sich aber jemand selbstständig machen und ein eigenes Unternehmen gründen möchte, dann ist das in den USA manchmal einfacher als in Deutschland. Selbst nach einer Insolvenz bringen amerikanische Unternehmer oft den Mut für einen Neuanfang auf. Es ist dieser Pioniergeist und Optimismus der mich in den USA immer wieder beeindruckt.

Das Interview führte Alexander Heinrich.

Harald Leibrecht (FDP) ist seit 2002 Mitglied des Bundestages und seit 2011 Koordinator für die transatlantische Zusammenarbeit im Auswärtigen Amt.

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Eingefleischter Transatlantiker: Hans-Ulrich Klose

Clinton lernte Hans-Ulrich Klose (SPD) schon im Jahr 1954 kennen – allerdings nicht den späteren US-Präsidenten, sondern ein kleines Städtchen am Mississippi. „Das war ein Privileg“, erinnert sich Klose an seinen einjährigen Besuch als Austauschschüler in den Vereinigten Staaten: Als Deutschland „noch nicht so aussah, wie es heute aussah“, war der kleine Ort im US-Bundesstaat Iowa für Klose der Inbegriff des amerikanischen Traums: „Da war ein Haus am Hügel, ein Boot auf dem Mississippi, die Schule hatte ein Schwimmbad und I was King“, erzählt der 75-Jährige SPD-Politiker lachend von der Zeit, die nicht nur sein gesamtes Leben, sondern auch seinen politischen Werdegang entscheidend prägen sollte. In diesen Jahren, sagt Klose heute im Rückblick, haben sich weniger die Vereinigten Staaten als die Welt verändert – vor allem mit dem Ende der Ost-West-Konfrontation.

All das hat Hans-Ulrich Klose als aktiver Politiker miterlebt und auch ein Stück mitgestaltet. Das politische Handwerk hat er in Breslau geborene Klose in seiner Heimatstadt Hamburg gelernt. Hier wurde der Jurist nach seinem Eintritt in die SPD erst Innenminister und später Erster Bürgermeister. Im Jahr 1983 trat er dort ein schweres politisches Erbe an: Von Herbert Wehner (SPD) übernahm er den Wahlkreis Hamburg-Harburg. „Das war ein verdammt hoher Sockel, auf den man raufklettern musste“, wusste er schon damals. Auch wenn Klose als unabhängiger und nachdenklicher Intellektueller eher ein Gegenentwurf zum aufbrausenden Herbert Wehner war, hat ihn dessen Credo sein po-

litisches Leben lang begleitet: „Ihr müsst das Grundgesetz hüten, wie Euren Augapfel“, pflegte Wehner zu sagen. Trotz des imposanten Vorgängers gewann Klose schnell die Sympathie seiner Wähler: In 30 Jahren als Bundestagsabgeordneter hat der vierfache Vater seinen Wahlkreis immer direkt gewonnen. Wenn er im kommenden Jahr nach acht Wahlperioden aus dem Parlament ausscheidet, verliert der Bundestag einen seiner pro-



»Die Amerikaner sind anders als wir uns das vorstellen.«

filiertersten Außenpolitiker und engagiertesten Transatlantiker. Hier hat er alle möglichen wichtigen politischen Posten inne gehabt: Von 1991 bis 1994 war er Chef der SPD-Fraktion, anschließend vier Jahre Bundestagsvizepräsident – wobei ihn viele auch gerne als Präsident des Parlaments gesehen hätten. Seit 1998 engagierte er sich vor allem im Auswärtigen Ausschuss, dessen Vorsitzender und stellvertretender Vorsitzender er lange Jahre war und bis heute ist. Welch große Anerkennung Klose über die politischen Parteigrenzen hinweg besitzt, zeigte sich auch im Jahr 2011, als er von Außenminister Guido Westerwelle (FDP)

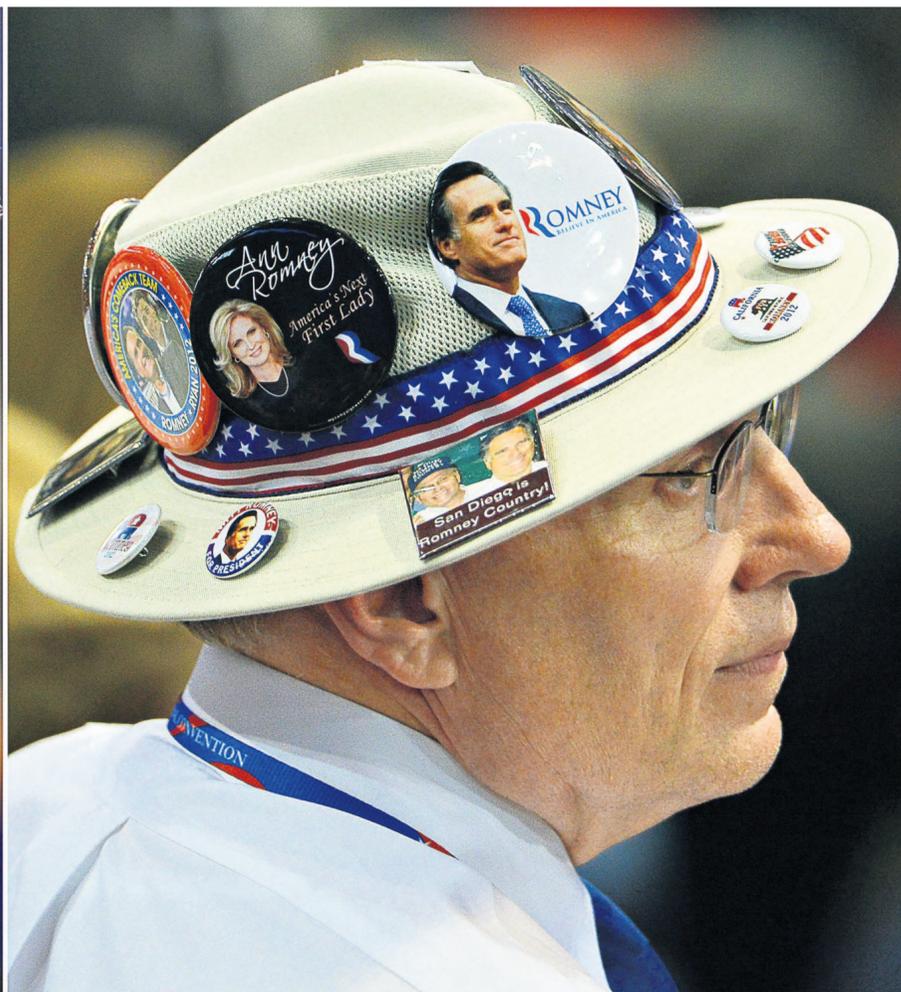
überraschend zum Koordinator für die transatlantische Zusammenarbeit gemacht wurde – die Anerkennung für seine Arbeit geht über alle Parteigrenzen. Unter anderem deshalb, weil er immer bereit war, auch gegen die Meinung der Mehrheit für seine Überzeugungen einzustehen. Wie etwa zu Beginn der 1990er Jahre mit einer klaren Parteinahe für die Haltung der Westalliierten im ersten Golfkrieg. „Ich war damals völlig allein“, erzählt er. Rückblickend glaubt er, dass seine Partei damals so kurz nach der deutschen Vereinigung noch nicht die Notwendigkeit für die Neuausrichtung der deutschen Sicherheitspolitik erkannt hatte. Für Schlagzeilen sorgte Klose auch im Jahr 2003, als er die deutsche Haltung zum „Nein“ des damaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder (SPD) zum Irak-Krieg kritisierte. Seine Meinungsbildung ist von seinen unzähligen Besuchen in den USA geprägt. Oft hat er dabei erfahren, dass die „Amerikaner anders sind, als wir uns das vorstellen“. Dennoch findet Klose – und es klingt fast wie ein Vermächtnis –, dass es im transatlantischen Verhältnis vor allem darum gehe, „die gemeinsame Philosophie des Westens, die sich auf gemeinsame Werte wie das Bekenntnis zur Unantastbarkeit der Menschenwürde gründet, aufrechtzuerhalten“. Klose ist optimistisch, dass sich junge Menschen, wie er seit fast 60 Jahren, weiter für die USA interessieren. Noch wichtiger ist für ihn aber, dass sich junge Menschen auf beiden Seiten des Atlantiks politisch engagieren. „Demokratie lebt davon, dass jeder Einzelne etwas zu ihrem Gelingen beiträgt.“ Annette Sach/Thomas von Winter

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
 Mit der ständigen Beilage Aus Politik und Zeitgeschichte ISSN 0479-611 x (verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)  
 Anschrift der Redaktion (außer Beilage) Platz der Republik 1, 11011 Berlin Telefon (0 30) 2 27-3 05 15, Telefax (0 30) 2 27-3 65 24 Internet: http://www.das-parlament.de E-Mail: redaktion.das-parlament@bundestag.de  
 Chefredakteur Jörg Biallas (jb)  
 Verantwortliche Redakteure Dr. Bernard Bode (bob) Alexander Heinrich (ah), stellv. Cvd Michael Klein (mik) Hans Krump (kru), Cvd Hans-Jürgen Leersch (hle) Johanna Metz Dr. Verena Renneberg (ver) Annette Sach (as) Helmut Stoltenberg (sto) Alexander Weinlein (aw) Dr. Thomas von Winter (twv)  
 Fotos Stephan Roters  
 Redaktionsschluss 05. Oktober 2012

Druck und Layout Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH Kurhessenstraße 4-6 64546 Mörfelden-Walldorf  
 Anzeigen-Vertriebsleitung Frankfurter Societäts-Medien GmbH Klaus Hofmann (verantw.) Frankenallee 71-81 60327 Frankfurt am Main  
 Leserservice/Abonnement Frankfurter Societäts-Medien GmbH Vertriebsabteilung Das Parlament Frankenallee 71-81 60327 Frankfurt am Main Telefon (0 69) 75 01-42 53 Telefax (0 69) 75 01-45 02 E-Mail: parlament@fs-medien.de  
 Anzeigenverkauf Frankfurter Societäts-Medien GmbH Katrin Kortmann Frankenallee 71-81 60327 Frankfurt am Main Telefon (0 69) 75 01-43 75 Telefax (0 69) 75 01-45 02 E-Mail: katrin.kortmann@fs-medien.de  
 Anzeigenverwaltung, Disposition Zeitungsanzeigengesellschaft Rhein/MainMedia mbH Andrea Schröder Frankenallee 71-81 60327 Frankfurt am Main Telefon (0 69) 75 01-41 33 Telefax (0 69) 75 01-41 34 E-Mail: parlament@rheinmainmedia.de

Abonnement Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten) Alle Preise inkl. 7% MwSt. Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums. Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.  
 Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unerwünschte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.  
 „Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)  
 Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Die Anhänger Obamas und Romneys hoffen bis zuletzt – und gut „behütet“ – auf einen Sieg ihres Kandidaten. Bisher hält der Amtsinhaber einen Vorsprung vor seinem Herausforderer. Für viele ist das die eigentliche Überraschung.

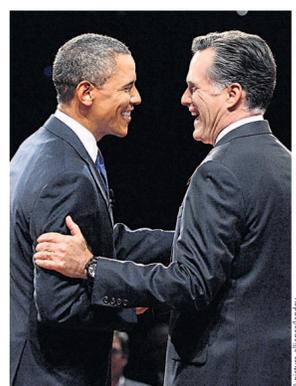
# Der bessere Schachspieler

**WAHLKAMPF** Vor einem Jahr schien eine Wiederwahl Obamas nahezu ausgeschlossen. Heute ist das Rennen erstaunlich knapp

Am Abend der ersten Fernsehdebatte Anfang Oktober stürmt Mitt Romney wie ein Rennpferd aus dem Stall. Immer wieder fragten ihn Wähler, die Job oder Haus verloren hätten, ob er ihnen helfen könne, erzählt der Republikaner in seinem Eingangsstatement. „Und ich sage: Ja, wir können helfen. Aber wir gehen einen anderen Weg.“ Der Romney-Weg heißt: weniger Steuern, weniger Regulierung, Hilfen für den Mittelstand und Jobs in der Energieproduktion. „Ich werde die Vitalität wieder herstellen, die Amerika wieder in Arbeit bringt.“ Vital wirkt der Kandidat an diesem Abend zweifellos. Romney spricht klar und flüssig, rasselt Fakten herunter und lässt sich nicht aus dem Konzept bringen, nicht vom Moderator und nicht von Barack Obama. Der US-Präsident am anderen Stehpult wirkt gestresst und abgelenkt und senkt den Blick nach unten, während sein Gegner spricht. Auch wenn Obama inhaltlich Paroli bietet, etwa als sein Angreifer behauptet, dass er nie vorgehabt habe, die Steuern für die Reichen zu senken – Körpersprache und Energielevel machen deutlich: Dies ist Romneys großer Abend. Die republikanischen Strategen atmen auf. „Romney hatte einen schrecklichen Monat“, sagt der konservative Kommentator Charles Krauthammer hinterher im Sender Fox News. „Aber heute hat er haushoch gewonnen.“ Auch die linke Einpeitscherin Rachel Maddow gibt im Konkurrenzsender MSNBC zu: „Romney brauchte eine starke Nacht, und er hatte eine starke Nacht.“ Für Romney kam der Erfolg keinen Tag zu früh. Denn viel Zeit hat er nicht mehr, um die Richtung des Wahlkampfes bis zum 6. November noch zu drehen.

**Dass Obama gewinnt, glauben inzwischen 63 Prozent der amerikanischen Wähler.**

Romney habe noch Chancen, diese Lücke zu schließen, glauben US-Kommentatoren. Fest steht auch, dass Obamas aktueller Vorsprung geringer ist, als er es zum gleichen Zeitpunkt im Jahr 2008 gegen John McCain war. Auf einen Romney-Sieg wollen trotzdem nur die wenigsten wetten. So scheint Romneys Rückstand bei einer Reihe wichtiger Bevölkerungsgruppen unaufholbar. Bei Schwarzen sowieso, aber auch bei Latinos und bei Frauen. Bei der Wettbörse Intrade setzten zuletzt mehr als 70 Prozent auf Obama. Dass der Demokrat gewinnt, glaubten auch 63 Prozent der amerikanischen Wähler, laut einer Umfrage des Senders ABC und der „Washington Post“. Wie anders hatte die Welt noch vor einem Jahr ausgesehen. Damals sagte eine klare Mehrheit in der gleichen Umfrage, dass Obama sich die Hoffnungen auf eine zweite Amtszeit abschminken könne. Die Wirtschaft erholte sich zu langsam von ihrer schweren Krise des Jahres 2008, Defizite und Schulden wuchsen. Seit Franklin Roosevelt war noch kein Präsident wiedergewählt worden, wenn die Arbeitslosenquote bei mehr als 7,3 Prozent lag. Der aktuelle Stand: 7,8 Prozent. 2012 hätte das Jahr der Republikaner werden müssen, nach dem Motto: Alles, nur nicht Obama. Nach ihrem Erdrutschsieg bei der Kongresswahl im Jahr 2010, bei dem sie die Mehrheit im Repräsentantenhaus errangen, spekulierten die Republikaner darauf, sich diesmal den Senat zu angeln. Im November werden 33 der 100 Sitze im Oberhaus neu vergeben.



Die Konkurrenten kurz vor dem ersten TV-Duell am 3. Oktober

Dieses Ziel scheint nun in weiter Ferne, zumal Romney zuletzt auch die Kongresskandidaten seiner Partei mit nach unten zog. Er könne auch ohne Romney gewinnen, sagte der Senatskandidat Josh Mandel in Ohio trotz, nachdem er hinter den demokratischen Senator Sherrod Brown zurückgefallen war. In Connecticut distanzierte sich die republikanische Kandidatin Linda McMahon von Romneys Aussage über die 47 Prozent. Die ehemalige Sportmanagerin hatte sich in dem eher liberalen Ostküstenstaat gerade mühsam einen kleinen Vorsprung erkämpft – den sie nach dem Video-Debakel wieder einbüßte. Der wohl spannendste Senatswahlkampf zeichnet sich in Massachusetts ab. Dort muss der Republikaner Scott Brown seinen Sitz gegen Elizabeth Warren verteidigen. Brown hatte nach dem Tod der demokratischen Ikone Ted Kennedy 2010 die Nachwahl um dessen Sitz gewonnen. Die rechte „Tea-Party“-Bewegung rechnete sich seinen Überraschungssieg damals als ihr Verdienst an. Dass Brown nach nur zwei Jahren im Amt in Romneys Heimatstaat in Bedrängnis ist, ist peinlich genug. Dazu kommt, dass er seinen Sitz ausgerechnet an eine Frau verlieren könnte, die im konservativen Lager als Ultra-Linke verhasst ist. Bis Ende September hatte sich das Blatt so weit gewendet, dass die Demokraten anfangen zu träumen – von einer Rückkehr an die Macht im 435-köpfigen Repräsentantenhaus, das alle zwei Jahre neu gewählt wird. Die demokratische Fraktionsführerin Nancy Pelosi schätzte die Chancen ihrer Partei auf eine Mehrheit vor der Herbstpause des Kongresses auf 60 Prozent. Der Kongress-Experte Charlie Cook hält dies jedoch nicht für realistisch. Dennoch: Die Partei leistet sich immerhin den Versuch. Linke Gruppen haben nach Angaben des „Wall Street Journal“ seit Juni 14,5 Millionen Dollar in den Kampf ums Repräsentantenhaus gesteckt, fast doppelt so viel wie rechte Gruppen, die ihr Geld brauchen, um Romney zu helfen.

**Neue Strategie** Wenige Wochen vor der Wahl zeichnet sich ab, dass Obamas Strategie die besseren Schachspieler gewesen sein könnten. Sie wussten, dass sie die Begeisterung von 2008 nicht noch einmal entfachen könnten, also änderten sie den Plan. 2008 hatte der Kandidat seinen Wahlkampf sogar in Staaten getragen, in denen Demokraten von einem Sieg nur träumen können. Diesmal bündelt der Amtsinhaber seine Energien auf eine Handvoll echter „Swing States“, die ihm einen knappen Sieg sichern können. Im indirekten Wahlsystem der USA ist die Mehrheit der Wählerstimmen im Land nämlich nur die halbe Miete. Wichtiger wird am Ende sein, wer die meisten der 538 Wahlmän-

ner sammelt, die im letzten Schritt am 17. Dezember den Präsidenten wählen. Als großer Preis gelten bevölkerungsreiche Staaten, die viele Wahlmänner entsenden. Ohio und Florida sind die üblichen Verdächtigen, seit 2008 gehört auch Virginia dazu. In diesen Staaten hat Obama seit April mehr als doppelt so viel für Wahlwerbespots ausgegeben wie Romney. Romney-Vertraute geben zähneknirschend zu, dass sie geglaubt hatten, den Sieg in Florida zum jetzigen Zeitpunkt schon unter Dach und Fach zu haben. Stattdessen wurde es zuletzt sogar in Wisconsin knapp, der Heimat seines Vizekandidaten Paul Ryan. Für den Republikaner kommt erschwerend hinzu, dass viele Amerikaner in diesen Tagen in einer

Reihe von Bundesstaaten bereits von der Möglichkeit der vorgezogenen Stimmabgabe oder der Briefwahl Gebrauch machen. Um Zeit zu schinden, versuchte die Partei in Ohio, wo sie die Regierung stellt, eine Regel abzuschaffen, die die Stimmabgabe bis zu drei Tagen vor dem Wahltag erlaubt. Die Änderung der Regeln scheiterte jedoch vor Gericht. In Pennsylvania stoppte ein Gericht zudem vorerst die geplante Einführung einer Ausweispflicht an der Wahlurne. Dies würde nach Ansicht von Bürgerrechtlern ärmere Wähler abschrecken, die traditionell demokratisch wählen. In den USA gilt keine Personalausweispflicht. Wer keinen Ausweis hat, müsste ihn erst beantragen, um zur Wahl zu gehen.

Es ist kein Zufall, dass die Mobilisierung der eigenen Anhänger vor Ort für beide Parteien hohe Priorität hat. Sie sind darauf angewiesen, dass möglichst viele von ihnen tatsächlich wählen gehen. Die Zahl der Bürger, die sich in dem extrem polarisierten politischen Klima, das in den USA herrscht, noch nicht entschieden haben, gilt als verschwindend gering. Um ihre Stimmen werden Romney und Obama in den noch ausstehenden beiden TV-Debatten am 16. und am 22. Oktober werben. Denn am Ende ist auch ein knapper Sieg ein Sieg.

Sabine Muscat  
Die Autorin ist Korrespondentin der „Financial Times Deutschland“ in Washington.

## Mit unendlicher Feuerkraft

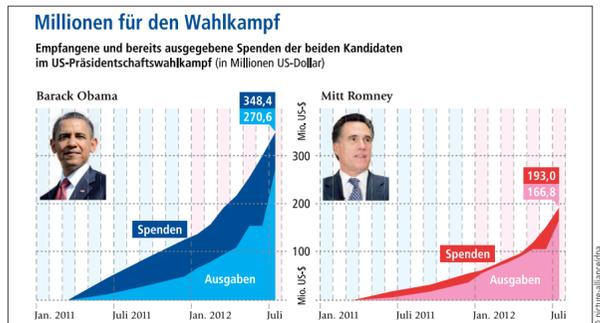
**SPENDEN** Millionäre und Milliardäre ziehen mehr denn je im Hintergrund die Fäden

„Mindestgebot \$ 2,5 Milliarden“ hieß es jüngst auf dem Titelblatt des „Time“-Magazins. Darunter stand „For Sale“, zum Verkauf. Im Hintergrund leuchtete das Weiße Haus. Die Summe beschreibt die von unabhängigen Organisationen hochgerechneten Finanzbudgets, die US-Präsident Barack Obama, sein Herausforderer Mitt Romney und die dahinter stehenden Lobbyverbände bis zur Wahl am 6. November ausgeben werden. Zuzüglich der Kosten für die Kongresswahlen, kommen sechs Milliarden Dollar zusammen. Mancher Karibikstaat hat ein kleineres Bruttonationalprodukt. Denkbar geworden ist der Spenden-Rekord durch die „Citizens United vs. Federal Election Commission“-Entscheidung des Obersten Gerichtshofes von 2010. Danach steht es jedem Bürger und jedem Unternehmen frei, sogenannte „Super-Pacs“ zu gründen und sich mit unbegrenzten Geldmengen in die Politik einzumischen. Die höchsten Richter des Landes setzten mit 5:4-Stimmen das Verteilen von Dollarloten mit der Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung gleich. Und schufen so den Nährboden für die Super-Pacs.

wird von zwei ehemaligen Vertrauten des Ex-Gouverneurs gelenkt. Auf der Kommandobrücke von „Priorities USA“, dem Super-Pac von Obama, steht dessen ehemaliger Pressesprecher. Die finanzielle Feuerkraft der Super-Pacs ist nahezu unendlich. Der Mann auf der Straße darf dagegen seine Wunsch-Kandidaten in einem Präsidentschaftswahljahr als Einzelspender mit maximal 5000 Dollar alimentieren. „Wettbewerbsverzerrung“, findet Lawrence Lessig. Der Harvard-Professor legte vor dem Senat jüngst dar, warum er Amerika im Würgegriff „systematischer Korruption“ sieht. Danach haben im laufenden Präsidentschaftswahljahr 80 Prozent sämtlicher Zuweisungen an die Super-Pacs in beiden politischen Lagern geleistet. Bedenklich? Der

konservative Bundesrichter Richter Antonin Scalia rät zu Gelassenheit. „Man kann die freie Rede nicht trennen von dem Geld, das die Rede möglich macht“, sagte er dem TV-Sender CNN. Geld, das oft anonym bleibt. Um Offenlegungspflichten zu entgehen, haben manche Super-Pacs Tochterunternehmen ins Leben gerufen, die sich für gemeinnützig erklären. Darum dürfen sie die Namen ihrer Gönner legal verschweigen. Für Buddy Roemer, ebenso unabhängiger wie chancenloser Bewerber um das Präsidentenamt, der nur Spenden bis zu einer Obergrenze von 100 Dollar annimmt, ein klarer Fingerzeig: „Das System ist nicht kaputt – es ist gekauft.“ Dirk Hautkapp

Der Autor ist Korrespondent der WAZ-Mediengruppe in Washington.



In den USA tobt der teuerste Wahlkampf aller Zeiten. Bis Juli hatten allein die beiden Spitzenkandidaten Spenden in Höhe von rund 550 Millionen US-Dollar erhalten.

# Wendiges Pathos

**DER HERAUSFORDERER** Mitt Romney ist selbst konservativen Wählern ein Rätsel

Am Ende ergeht es John T. Edwards, Veteran aus dem Korea-Krieg, in Springfield, Washington, so wie Tausenden Wählern, die in diesen Tagen mit eigenen Ohren hören wollen, was Mitt Romney zu sagen hat. „Ich weiß nicht so recht, woran ich bei diesem Mann bin“, sagt der 76-Jährige, der in seiner alten Ausgeh-Uniform zum Treffen der „American Legion Posten 176“ gekommen ist, um den Präsidentschaftskandidaten der republikanischen Partei live zu erleben. Romney verspricht den 250 Veteranen, die von Präsident Barack Obama „fahrlässig betriebene Schwächung der Streitkräfte“ zu korrigieren. 100.000 zusätzliche Soldaten werde er rekrutieren lassen, sagt Romney, und die Zahl der Schiffe der Marine „wird erheblich erhöht“. Lautstarker Beifall. Dass seine eigene Partei im Zuge der Haushaltsmiserie Amerikas milliardenschwere Kürzungen im Pentagon-Budget abgesegnet hat, weiß Edwards aus der Zeitung. „Warum verliert Romney darüber kein Wort?“, fragt der alte Mann den Gast aus Europa.

Die Szene steht beispielhaft für die Unge- wissheit, die selbst konservative Wähler bei dem Kandidaten verspüren, der am 6. November Amerikas neuer Präsident werden will. Sein Auftritt in der ersten Fernseh-Debatte am 3. Oktober in Denver hat trotz eines Punktsieges bei den Haltungsnoten kaum Klarheit gebracht. Gibt ein Blick in die Biografie des 65-Jährigen Aufschluss über das, was den Politiker antreibt?

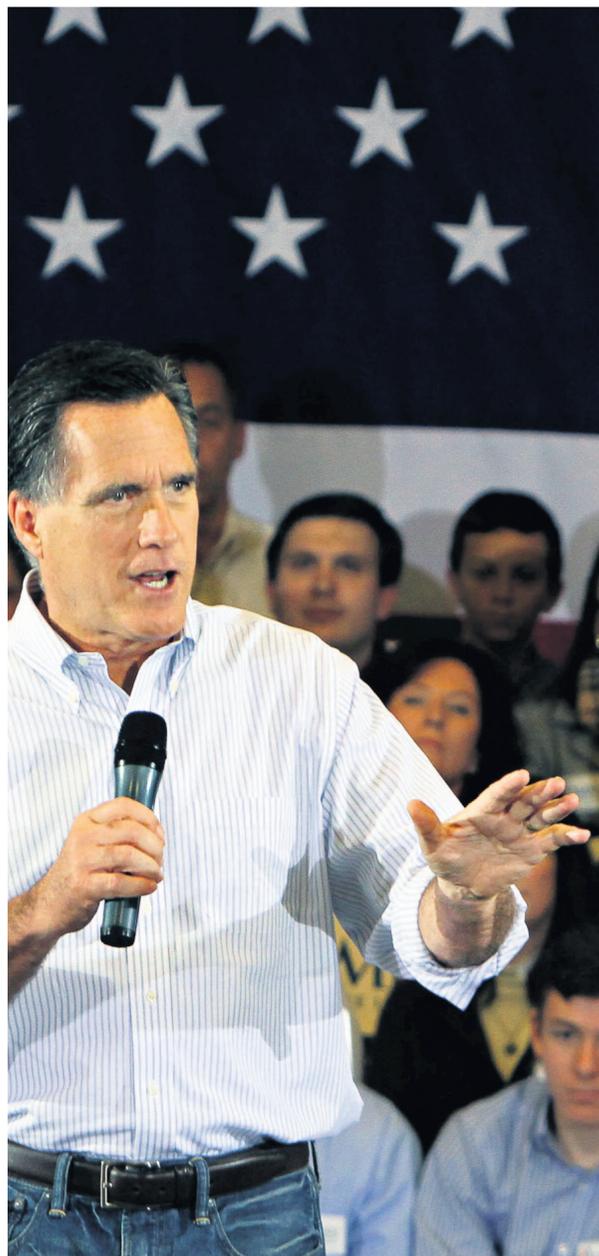
Mitt Romney wird am 12. März 1947 als jüngstes von vier Kindern im elitären Detroit- Vorort Bloomfield Hills geboren. Sein Vater George arbeitet als Manager in der Automobilindustrie. Von 1963 bis 1969 ist er Gouverneur von Michigan. 1968 strebt er nach dem Präsidentenamt, muss sich bei den Vorwahlen der Republikaner aber Richard Nixon geschlagen geben. Bis heute gilt der Vater für Mitt Romney als „uneingeschränktes Vorbild in allen Lebenslagen“. Nach dem Studium an den Top-Universitäten Stanford und Harvard und einem Intermezzo als mormonischer Missionar in Süd-

Frankreich, macht Romney bei der Unternehmensberatung Boston Consulting erste Erfahrungen in der Finanzwelt. Bei der Beratungsgesellschaft Bain Capital steigt er zum Geschäftsführer auf und bringt es durch den An- und Verkauf von Firmen zu einem Privatvermögen von rund 250 Millionen Dollar. In dieser Phase kultiviert Mitt Romney seine politische Standardtaktik: Ein Staat ist am Ende des Tages auch nur ein Unternehmen, in dem schlechte Betriebsteile optimiert gehören – oder ausrangiert. 1999 verlässt er Bain Capital und spielt im Organisationskomitee für die Olympischen Winterspiele 2002 in Salt Lake City Feuerwehr. Die Großveranstaltung steht finanziell auf der Kippe. Romney saniert die Organisation durch drastische Einsparungen, die Spiele im Mormonen-Bundesstaat Utah werden ein Erfolg und zementieren bis heute seinen Ruf als Krisen-Manager. Die daraus gewonnene Popularität leitet Romney auf das Feld der Politik. 2002 wählt der tendenziell links-liberale Ostküsten-Bundesstaat Massachusetts ihn zum Gouverneur. Eine Gesundheitsreform, die als Blaupause für die heute von Romney heftig kritisierte Initiative von Präsident Obama auf nationalem Parkett gilt („Obamacare“), ist sein stärkstes Vermächtnis. In Massachusetts sind sich ihm dankbar dafür. Romney selbst distanzier sich bis heute davon, um radikale Parteiflügel bei den Republikanern nicht zu vergräten. 2008 versuchte der Vater von fünf Söhnen zu schaffen, was George Romney verwehrt blieb: Unter Einsatz von fast 30

Millionen Dollar seines eigenen Vermögens bewarb sich Romney um die republikanische Präsidentschaftskandidatur. Am Ende machte der Kriegsheld John McCain das Rennen. Für Romney war es die zweite herbe Niederlage. Bereits 1994 unterlag er dem Demokraten Ted Kennedy im Kampf um einen Senats-sitz. Eine dritte Schlappe soll es nicht geben. Unterstützt durch dreistellige Millionen-Finanzspritzen reicher Gönner startete Romney im Frühsommer 2011 eine Wahlkampfmaschine, die sämtliche innerparteilichen Konkurrenzanten niederwalzte und ihm trotz unver-

tinios zur „Selbst-Deportation“ auf. Inzwischen will er jungen Einwanderern eine Perspektive bieten. Neben diesen Positionsänderungen, die ihm den Ruf eines „Flip-Flop-pers“ (Wendehals) eingebracht haben, ist seine Steuer- und Finanzpolitik am umstrittensten. Romney wirbt für einen drastischen Abbau der Staatsausgaben, der in Billionenhöhe vor allem den Sozial- und Gesundheitsbereich trafe. Er redet gemeinsam mit seinem Vize-Präsidenten-Kandidaten Paul Ryan an breiter Front Privatisierungen das Wort, ohne jedoch „auch nur in einem Fall präzise durchgerechnete Modelle vorzulegen“ (Washington Post). Gleiches gilt für die Ankündigung, seine Politik der Steuersenkungen und staatlichen Deregulierung werde binnen vier Jahren zwölf Millionen zusätzliche Arbeitsplätze generieren.

**Wenig Substanz** Vage bleibt bis heute auch Romneys Außenpolitik. Neben markigen Worten gegen Russland („größter geopolitischer Feind“), China („Betrüger im freien Welthandel“) und Iran („akute Gefahr für den Weltfrieden“) lässt der Kandidat ritualhaft abfällige Bemerkungen fallen, wenn es um Europa geht. Das jenseits des Atlantiks gepflegte Modell des Wohlfahrtsstaates steht bei Romney unter Sozialismusverdacht. Für seine Kritik hat er die Formel „Europa funktioniert nicht mal in Europa“ erfunden.



Zwei Männer, die unterschiedlicher kaum sein könnten: Mitt Romney (links) und Barack Obama stehen für völlig verschiedene Politikziele und -stile.

Wie konnte es dazu kommen? Vor vier Jahren war Barack Obama, dem Kandidaten von „Hoffnung und Wandel“, ein rauschender Wahlsieg geglückt. Ein Ruck schien durch das Land zu gehen, und die Welt schaute fasziniert zu. In seinen Reden hatte der künftige Präsident versprochen, er werde das lähmende Parteiengestank im Kongress überwinden und einen Geist der patriotischen Gemeinsamkeit nach Washington tragen. Die Welt werde Amerika wieder „als letzte beste Hoffnung auf Erden“ achten.

Vier Jahre später erlebt das Land eine Wahlkampagne, die hässlicher (und teurer) ist als alles, was man je gesehen hat. Obamas Leute fürs Grobe, mit denen der Präsident offiziell nichts zu tun haben will, stellen den Herausforderer Mitt Romney als millionenschweren Heuschreckenkapitalisten hin, der für sich und seinesgleichen noch mehr Steuergeschenke ergaunern will. In Washington mag es zwar einen Wandel gegeben haben, aber allenfalls zum Schlechteren: Der Parteienstreit ist noch giftiger, das Geschrei noch schriller, die politische Blockade vollends unüberwindbar geworden. Auch Obama hat sich verändert. Die Haare sind ergraut. Die hoffnungsfrohe Erhabenheit ist der Verbissenheit eines Dauer-Wahl-

# Zwist statt Wandel

**DER AMTSINHABER** Barack Obama hat viele Hoffnungen enttäuscht

den Schuldenabbau, das Rettungspaket für die amerikanische Automobilindustrie und die Einwanderungspolitik verhärtet. Der Minderheitsführer der Republikaner im Senat, Mitch McConnell, zürnt deshalb den Demokraten: „Ihre Agenda während der ersten zwei Jahre war es, ihre Wunschliste abzuhaken und das Land so weit wie möglich nach Links zu bewegen.“ Die Republikaner machen für die Blockade in Washington die Persönlichkeit des Präsidenten und dessen Mangel an Erfahrung verantwortlich. Die Demokraten sehen die Ursache im Unwillen der Republikaner zum Kompromiss, der

ler habe sich Clinton kein politisches Rodeo ohne anschließenden gemeinsamen Umtrunk vorstellen können. Obama dagegen schaue wie ein Anthropologe auf das Spiel der Politik mit seinen absurden und surrealistischen Zügen, ohne selbst ganz Teil dieses Spiels werden zu wollen. Zugleich sei Obama ein immens kompetitiver Typ, der vom Basketballspiel auf dem Bolzplatz bis zum Kampf um einen Gesetzesentwurf nur den eigenen Sieg gelten lasse. Diese Charaktereigenschaften ließen Obama als abgehoben, kompromisslos und kalt erscheinen; und sie überlagerten Obamas ursprünglich pragmatische und zentristische Instinkte. Ganz zu Beginn von Obamas Amtszeit gab es noch Einladungen ins Weiße Haus an führende Republikaner und Demokraten. Doch je mehr sich Obama der unerbittlichen Gegnerschaft der Opposition ausgesetzt sah, desto mehr zog er sich in seine „comfort zone“ mit Weggefährten aus Chicago zurück. In der Außen- und Sicherheitspolitik etwa ist Obamas Handeln stark durch die Überzeugungen und Empfehlungen von Vizepräsident Joseph Biden geprägt. Der vollständige Abzug aus dem Irak Ende 2011, das angekündigte Ende des Kriegseinsatzes in Afghanistan bis Ende 2014, der Einsatz von Drohnen als bevorzugtes Mittel im Kampf gegen Terroristen in Pakistan, im Jemen und in Somalia – all diese Entscheidungen tragen die Handschrift Bidens. Allenfalls die geostrategische Neuausrichtung Amerikas hin zum Pazifischen Raum und weg von Europa ist ein unmittelbarer Ausfluss der Überzeugungen und Lebenserfahrungen des Präsidenten. Obama wurde als Sohn eines Kenianers und einer weißen Amerikanerin auf Hawaii im Nordpazifik geboren, einen Teil seiner Kindheit verbrachte er in Indonesien; mit Europa, gar mit Deutschland, verbindet ihn persönlich und weltanschaulich wenig.

**Gebrochene Versprechen** Was bleibt als Vermächtnis der ersten Amtszeit Obamas, was verspricht er für eine mögliche zweite? Die Tötung Osama Bin Ladens ist der wichtigste sicherheitspolitische Erfolg Obamas.



## MITT ROMNEY

**> Kindheit und Familie** Mitt Romney wurde am 12. März 1947 in Detroit, Michigan, geboren. Sein Vater George war von 1963 bis 1969 Gouverneur von Michigan. 1969 heiratete Romney seine Frau Ann. Das Paar hat fünf erwachsene Söhne.

**> Karriere** Romney studierte Rechtswissenschaften in Harvard. Von 1984 bis 1999 leitete er die Private-Equity-Gesellschaft Bain Capital und erwarb ein Privatvermögen von geschätzt 250 bis 350 Millionen Dollar. 2002 wurde er Gouverneur von Massachusetts. 2008 bewarb er sich bereits vergeblich als Präsidentschaftskandidat der Republikaner. Galt Romney als Gouverneur noch als gemäßigt, zählt er heute zum konservativen Flügel der Partei.

## BARACK OBAMA

**> Kindheit und Familie** Der amtierende 44. Präsident der USA wurde am 4. August in Honolulu, Hawaii, geboren. Sein Vater stammt aus Kenia. Bis 1979 lebte Obama in Hawaii, wo er auch die Highschool abschloss. Seit 1992 ist er mit Michelle Obama verheiratet, das Paar hat zwei Töchter.

**> Karriere** Obama studierte unter anderem Rechtswissenschaften an der Harvard Law School, wo er 1991 mit „magna cum laude“ promovierte. Danach arbeitete er in Chicago in einer auf Bürgerrechte spezialisierten Anwaltskanzlei. 1996 wurde er in den Senat von Illinois gewählt, 2005 in den US-Senat. Am 4. November 2008 wurde er US-Präsident. 2009 erhielt der Demokrat den Friedensnobelpreis.

dert großer Vorbehalte in der Partei die Kandidatur bescherte. Wie bereits vor vier Jahren setzt Romneys Programmatik auf Deregulierung der Wirtschaft, Steuersenkungen von 20 Prozent durch die Bank, also auch für Reiche, Zurückdrängen des Staates, eine von Öl-Importen unabhängige Energieversorgung, massive Bekämpfung der illegalen Einwanderung, höhere Militärausgaben, Abbau des Staatsdefizits und Wiederherstellung „amerikanischer Werte“. Wie – das bleibt aber bis heute diffus. Im Vorwahlkampf lehnte Mitt Romney Abtreibungen rigoros ab. Inzwischen will er bei Vergewaltigungen und Lebensgefahr für die Mutter Ausnahmen dulden. Vor vier Jahren bezeichnete er den globalen Klimawandel als menschengemacht. Heute hält er die globale Erderwärmung für eine Saga voreingenommener Forscher. Vor wenigen Monaten rief er Hunderttausende illegal im Land lebende La-

Romneys Zurückhaltung, wenn es um die Umsetzung seiner Politikziele geht, entspringt nach Ansicht vieler Biografen seinem auf Verschiebung und Abgrenzung angelegten mormonischen Glauben. Ein Eindruck, den Romneys Auftritt bei der ersten Fernsehdebatte in Denver verstärkt hat: Viel Pathos, wenig nachprüfbarer Substanz. Vor allem unter Afro-Amerikanern, Frauen und Latinos gelten Romneys Wahlchancen als mäßig. Weiße, männliche und christliche Wähler im Mittleren Westen werden dagegen werden laut Umfragen mehrheitlich für Romney stimmen. Vier Wochen vor der Wahl sieht es trotzdem nicht danach aus, bilanziert ein Kommentator in der New York Times, dass Mitt Romney „seinen Vater unter Karrieregesichtspunkten überholen wird“.

**Zwei Schlappen hat Romney schon einstecken müssen. Eine dritte soll es nicht geben.**

Der Autor ist Korrespondent der WAZ-Mediengruppe in Washington.

kämpfers gewichen, der zäh um die Macht ringt. Das Lächeln wirkt oft wie eingeschaltet. Bei Meinungsumfragen ist allenfalls die Hälfte mit der Amtsführung des Präsidenten zufrieden. Angesichts von mehr als 16 Billionen Dollar Staatsschulden, einer schwachen Wirtschaft und hoher Arbeitslosigkeit zeigen sich mehr als drei Viertel der Amerikaner besorgt, dass sich das Land in die falsche Richtung bewegt. Das von Obama am Tag seines Amtsantritts zum 20. Januar 2009 versprochene Hochamt der Einigkeit fand nie statt. Die Verhandlungen zwischen Demokraten und Republikanern über das von Obama geforderte Konjunkturpaket im Umfang von 831 Milliarden Dollar kamen erst gar nicht in Gang. Im Februar 2009 verabschiedete die Mehrheit der Demokraten in beiden Kammern des Kongresses das Paket ohne Unterstützung der Opposition. Auch für Obamas wichtigstes innenpolitisches Reformvorhaben, die Gesundheitsreform vom März 2010, stimmte kein einziger Republikaner. Schließlich blieben die Fronten auch beim Streit über den Haushalt, das Budgetdefizit,

durch den Aufstieg der „Tea Party“ noch verstärkt worden sei.

Schon zwei Jahre nach dem Triumph Obamas verpassten die Wähler dem Präsidenten und seiner Partei bei den Kongresswahlen durch den Aufstieg der „Tea Party“ noch verstärkt worden sei. Schon zwei Jahre nach dem Triumph Obamas verpassten die Wähler dem Präsidenten und seiner Partei bei den Kongresswahlen eine schallende Ohrfeige: Die Republikaner eroberten die Mehrheit im Repräsentantenhaus zurück und verkürzten im Senat den Rückstand auf die Demokraten. David Maraniss, Autor des 2012 erschienenen Buches „Barack Obama. The Story“, das weithin als bestes politisches Psychogramm des 44. Präsidenten gilt, hebt zwei Eigenschaften Obamas hervor, die zu Verhärtung der Fronten in Washington beigetragen haben. Obama sei kein „geborener“ Politiker wie etwa Bill Clinton, der den Kontakt mit Abgeordneten und Senatoren der anderen Partei nicht nur aus politischem Kalkül, sondern auch aus innerem Antrieb gesucht habe. Als Südstaat-

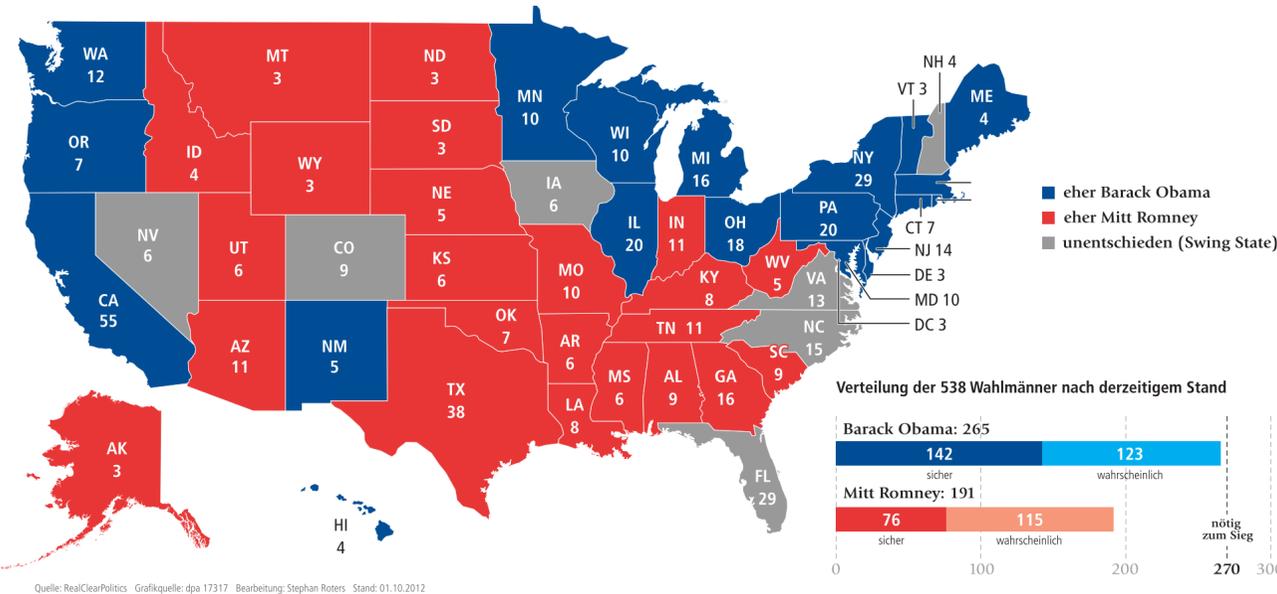
**Obamas Erhabenheit ist der Verbissenheit eines Dauer-Wahlkämpfers gewichen.**

politik, die den rund elf Millionen illegalen Immigranten endlich den Weg zur Staatsbürgerschaft öffnet, und die versprochene Wende in der Klimapolitik. Matthias Rüb

Der Autor ist Korrespondent der FAZ in Washington.

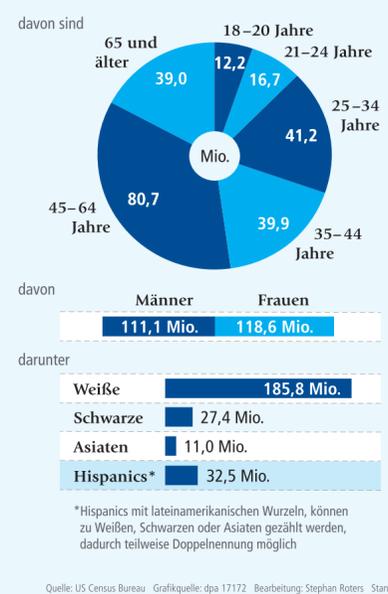
### US-Wahlen: Wer stimmt für wen?

Am 6. November 2012 entscheiden die US-Bürger, für welchen Präsidentschaftskandidaten die Wahlmänner ihres Bundesstaates stimmen sollen. So werden sie voraussichtlich wählen (Staaten mit Anzahl Wahlmänner):



### Wer wählt den US-Präsidenten?

Rund 230 Millionen Menschen in den USA sind im wahlberechtigten Alter (18 Jahre und älter)



Nach den derzeitigen Prognosen (Stand: 1. Oktober) kann Obama die meisten Wahlmänner-Stimmen auf sich vereinigen. Entscheidend ändern könnte sich dies durch die insgesamt drei TV-Modelle, die er sich mit seinem Konkurrenten Romney liefert.

# Das große Geheimnis des Erfolgs

**WAHLSYSTEM** Weltweit gilt die amerikanische Präsidentschaftswahl als Kuriosum. Eine Änderung ist jedoch nicht in Sicht

Die SPD-Führung hatte letztlich alles dafür getan, um an der Sache vorbei zu kommen. Und präsentierte – von der medialen Berichterstattung getrieben – mit Peer Steinbrück gut vier Monate vor dem geplanten Termin ihren Kanzlerkandidaten für die kommende Bundestagswahl. Noch im Mai dieses Jahres hatte Parteichef Sigmar Gabriel eine ganz andere Verfahrensweise angekündigt, sollte es mehr als einen Bewerber geben: „Wenn es mehrere gibt, werden das die Mitglieder der deutschen Sozialdemokratie entscheiden.“ Doch weder Peer Steinbrück noch der Fraktionsvorsitzende Frank Walter Steinmeier und andere führende Sozialdemokraten wollten sich mit der Idee anfreunden. Ganz anders hingegen bei den Grünen. Sie lassen erstmals ihre beiden Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl von den rund 59.000 Parteimitgliedern wählen. Und bemühen sich eifrig, dies als basisdemokratisches Vorzeigeprojekt zu vermarkten. In Wirklichkeit machen sie aus der Not eher eine Tugend. Denn die Urwahl war von der Parteivorsitzenden Claudia Roth ins Spiel gebracht worden, um einen Alleingang von Fraktionschef Jürgen Trittin zu verhindern.

beklagte „Dauerwahlkampf“ – vermeintlich ausgelöst durch die zwischen zwei Bundestagswahlen liegenden Landtagswahlen – ist in den USA nicht nur der Normalfall. Er ist sogar deutlich ausgeprägter.

**Kongresswahlen** Die Amerikaner wählen die beiden Kammern des Kongresses für unterschiedlich lange Amtszeiten und teilweise in Etappen. Während die 100 Senatoren, je zwei pro Bundesstaat, für eine Amtszeit von sechs Jahren gewählt werden, bekommen die 435 Mitglieder des Repräsentantenhauses ihr Mandat lediglich für zwei Jahre vom Volk erteilt. Der Senat wird zudem nicht in einer Wahl komplett gewählt, sondern alle zwei Jahre zu einem Drittel. Jeder US-Präsident sieht sich somit nach zwei Jahren Amtszeit mit den „midterm elections“ konfrontiert, bei denen das gesamte Repräsentantenhaus und ein Drittel des Senats neu gewählt werden. Damit nicht genug werden in 34 der 50 US-Bundesstaaten die Gouverneure neu gewählt. Die amerikanischen Bürger nutzen diese „midterm elections“ ganz ähnlich wie die Deutschen die Landtagswahlen, um der jeweiligen Bundesregierung gegebenenfalls einen Denkzettel zu verpassen. Im ungünstigsten Fall muss der US-Präsident in den verbleibenden zwei Jahren gegen eine Mehrheit in beiden Kammern regieren. In einem präsidentiellen System wie den USA geht es darum, die Wahlbeteiligung deutlich zu erhöhen. Zusätzlichen Auftrieb bekommt die Diskussion, wenn sich eine Bundesregierung mit einer Oppositionsmehrheit im Bundesrat konfrontiert wird.

gut geht.“ Vier Jahre zuvor hatte das Vertrauen der Amerikaner in ihr Wahlsystem jedoch einen erheblichen Knacks erlitten und eine der ältesten und erfolgreichsten Demokratien der Neuzeit an den Rand einer Verfassungskrise getrieben.

**Wahlmänner** Auslöser für diese Krise war die Präsidentschaftswahl im Jahr 2000, bei der mit George W. Bush zum vierten Mal ein Präsident ins Weiße Haus einzog, der nicht die Mehrheit der Wählerstimmen auf sich vereinigen konnte – nach John Quincy Adams (1824), Rutherford B. Hayes (1876) und Benjamin Harrison (1888). Nach dem amtlichen Wahlergebnis hatte der Demokrat Al Gore mit 51.003.926 Stimmen (48,38 Prozent) zwar eine Mehrheit vor seinem republikanischen Kontrahenten Bush, der 50.460.100 Stimmen (47,87 Prozent) erhielt – verloren hatte Gore die Wahl dennoch. Denn Bush konnte im „electoral premium“ (Wahlmännnergremium), das formal den Präsidenten wählt, 271 Stimmen auf sich vereinigen, Gore nur 267. Für die handfeste Krise sorgten aber auch die Unregelmäßigkeiten bei der Auszählung der Stimmen – vor allem in Florida –, die auf Fehler oder die fehlerhafte Bedienung der eingesetzten Wahlautomaten zurückzuführen waren. Es folgten wochenlange gerichtliche Streitigkeiten um die Neuauszählung der Stimmen, die weltweit mit Verwunderung – aber auch mit Hohn und Spott – verfolgt wurden.

»The winner takes it all.« Das System der amerikanischen Präsidentschaftswahl über das Wahlmännnergremium als Zwischeninstanz ist ein Kuriosum. Dieses wird nach dem Prinzip „the winner takes it all“ bestimmt. Das heißt, alle Wahlmänner aus einem Bundesstaat entfallen auf denjenigen Präsidentschaftskandidaten, der die meisten Stimmen in diesem Staat erhalten hat. Die restlichen abgegebenen Stimmen spielen nach den Regeln des Mehrheitswahlrechts keine Rolle. Lediglich Nebraska und Maine machen eine Ausnahme. Dort erhält der Kandidat für jeden gewonnen Wahlkreis einen Wahlmann und zwei, wenn er die Mehrheit der Stimmen im gesamten Staat erhält. Erstmals gesplittet wurde die Wahlmännerstimmen auf zwei Kandidaten in Nebraska bei den Wahlen 2008. Ein gesetzlicher Zwang, ihre Stimme gemäß des Wahlausgangs in ihrem Staat abzugeben, besteht für die Wahlmänner nur in 26 Bundesstaaten. In den übrigen 24 wären sie formal frei in ihrem Votum. In der Praxis spielt dies jedoch keine Rolle. Das „electoral premium“ setzt sich aus 538 Wahlmännern zusammen. Das entspricht exakt der Zahl der Abgeordneten im Repräsentantenhaus (435) und im Senat (100) plus drei Wahlmänner, die die Hauptstadtregion District of Columbia, die bei der Präsidentschaftswahl wie ein Bundesstaat gewertet wird, entsenden darf. Die Verteilung der Wahlmänner auf die Staaten wird alle zehn Jahre nach einem Zensus berechnet. Die Präsidentschaftswahl 2000 hatte in den USA zwar heftige Diskussionen ausgelöst, die jedoch folgenlos blieben. Einer Reform – etwa die Abschaffung des Wahlmännnersystems – müssten drei Viertel aller Bundesstaaten zustimmen. Doch werden diese – vor allem nicht die kleineren – freiwillig ihre Bedeutung innerhalb der Vereinigten Staaten aufgeben, die ihnen das Wahlsystem

bietet. Das Misstrauen vieler Amerikaner gegenüber einer starken Zentralmacht ist zudem fest verwurzelter Bestandteil der politischen Kultur und die starke Stellung der Bundesstaaten wurde von den Verfassungsvervätern bewusst angelegt.

An diesem Punkt treffen sich die politischen Kulturen in den USA und Deutschland. Wie schwer es ist, die Stellung der Gliedstaaten in einem föderalen System zu bescheiden oder das Wahlrecht in die ein oder andere Richtung zu verändern, zeigten hierzulande

die Diskussionen um die Föderalismusreform und die Tatsache, dass es dem Bundestag bis heute nicht gelungen ist, die vom Bundesverfassungsgericht wiederholt geforderten Korrekturen im Wahlrecht umzusetzen. Alexander Weinlin

#### Vorwahlen



»Es ist dieser eine Tag, an dem der normale Bürger so viel Macht hat, wie der Präsident.«  
 Bill Clinton, 42. US-Präsident

hört das Regieren mit den in Deutschland so geschmähten wechselnden Mehrheiten schon deshalb zum politischen Alltagsgeschäft. In Deutschland hingegen wird in schöner Regelmäßigkeit der Vorschlag diskutiert, ob Bundestags- und Landtagswahlen nicht synchronisiert werden sollten. Schon 1958 forderte der damalige Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Erich Mende, der „Ökonomie des Wählens“ Rechnung zu tragen, um die parlamentarische Demokratie nicht zu überfordern. Die ständige Wahlkampfatmosphäre schade der Demokratie. Dieses Argument wird seitdem immer dann gerne bemüht, wenn die Wahlbeteiligung deutlich sinkt. Zusätzlichen Auftrieb bekommt die Diskussion, wenn sich eine Bundesregierung mit einer Oppositionsmehrheit im Bundesrat konfrontiert wird. Der ehemalige amerikanische Präsident Bill Clinton (1993–2001) schrieb in seinen 2004 erschienenen Memoiren: „Für mich haben die Wahltage stets das große Geheimnis der Demokratie verkörpert. Egal wie sehr Meinungsforscher und Experten es zu entmystifizieren suchen – es bleibt ein Geheimnis. Es ist dieser eine Tag, an dem der normale Bürger so viel Macht hat wie der Präsident oder der Millionär. Manche Menschen machen von ihr Gebrauch, andere nicht. Die Ersteren wählen ihren Kandidaten aus einer ganzen Reihe von Gründen, manche rational, andere nach Gefühl, einige mit Sicherheit, andere mit Skepsis. Irrendwie ernennen sie meist die richtige Führungspersonlichkeit für ihre Zeit. Das ist es, warum es Amerika nach mehr als 228 Jahren noch gibt und warum es ihm noch

#### Anzeige

**ICH BIN AUSGEZEICHNET.**

**Du hast es in der Hand.**

Heute schon unsere Ressourcen schonen: Tetra Pak Getränkekartons bestehen überwiegend aus dem nachwachsenden Rohstoff Holz aus verantwortungsvoll bewirtschafteten Wäldern. Das ist nicht nur umweltverträglich, sondern auch vom Forest Stewardship Council® mit dem FSC-Siegel ausgezeichnet (FSC C014047).

tetrapak.de



# Aus der Balance geraten

**PARLAMENTARISMUS** Das komplizierte Gefüge von Macht und Verantwortung kann im amerikanischen Kongress gegenseitige Blockaden durch die politischen Lager auslösen. Darunter leidet der Ruf des Parlaments

Präsident Barack Obama spricht vor dem amerikanischen Kongress.

**N**och selten haben die Amerikaner so wenig von ihren Volksvertretern gehalten wie dieser Tage. Nur ein Zehntel der US-Bürger war im Sommer dieses Jahres mit der Arbeit des Kongresses in Washington zufrieden. Das ergab eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Gallup. So schlecht war es um das Ansehen des US-Parlaments in Jahrzehnten nicht bestellt. Das hat mindestens zwei Gründe. Zum einen steht der Politikbetrieb in der Hauptstadt traditionell nicht besonders hoch im Kurs bei den Amerikanern. Washington ist, im Grunde seitdem es die Hauptstadt gibt, ein Synonym für die Staatsmacht, die mit Steuern und Gesetzen nur störend in die Freiheit des einzelnen eingreift. Das Gezerre in der fernen Hauptstadt ist vielen Amerikanern suspekt. Der Washingtoner Politikbetrieb steht unter Generalverdacht, uneffektiv zu sein und im schlimmsten Fall korrupt.

**Fast lahmgelegt** Zum anderen hat die wechselseitige Blockade der politischen Institutionen in Washington in den vergangenen Jahren innerhalb weniger Monate das eine Mal die Verwaltung des Staates fast lahmgelegt und das andere Mal Amerika an den Rand eines erneuten schweren wirtschaftlichen Einbruchs geführt. Das hat nicht nur den massiven Ansehensverlust der

Politik allgemein und des Kongresses im Besonderen beschleunigt, sondern auch die Frage aufgeworfen, ob sich darin nicht ein grundsätzlicher Fehler offenbart und die berühmten Selbstregulierungskräfte des amerikanischen politischen Systems versagen. Wenn es tatsächlich so ist, dass der US-Kongress „Herz und Seele“ der amerikanischen Demokratie ist, wie der hochgeschätzte ehemalige Kongressabgeordnete Lee Hamilton einmal formulierte, dann stehen die Vereinigten Staaten kurz vor dem Infarkt. Denn der 112. Kongress zumindest, der im Januar 2011 seine Arbeit aufnahm und Anfang 2013 auseinandergeht, hat seine Aufgaben nur noch stolpernd und stockend erledigt.

**Macht des Geldbeutels** Grundsätzlich hat der Kongress, wie jedes demokratische Parlament, die Haushalts- und Steuerhoheit inne, in den USA „the power of the purse“ genannt – die Macht des Geldbeutels. Das ist sehr wörtlich zu verstehen. Der Kongress regelt die Vergabe der Finanzmittel mitunter bis in die kleinste Ausführungsbestimmung. So strich das Parlament – mit Stimmen aus beiden politischen Lagern – US-Präsident Barack Obama kurzerhand die Mittel für eine Verlegung der Gefangenen des Internierungslagers in Guantanamo in die USA. Damit war die von Obama beabsichtigte Schließung des Camps vom Tisch. Die Verfassung weist dem Kongress auch die letzte Entscheidung in Fragen der nationa-

len Sicherheit zu: Das US-Parlament hat das alleinige Recht, Krieg zu erklären. Was es zuletzt zu Beginn des Zweiten Weltkriegs gemacht hat. Seither sind Zehntausende junger US-Soldaten umgekommen auf Kriegsschauplätzen rund um die Welt von Korea über Vietnam bis nach Afghanistan. Sie waren stets nur auf Anordnung des Präsidenten in den Krieg gezogen – ohne ausdrückliche Billigung durch den Kongress (der allerdings stets die Mittel für ihren Einsatz genehmigte). Vor allem Kritiker auf der linken Seite des politischen Spektrums sehen darin



Das Kapitol ist der Sitz des US-Kongresses.

eine von Präsidenten beider Parteien betriebene Aushöhlung der Verfassung. 200 Ausschüsse und Unterausschüsse vom mächtigen Haushaltsausschuss bis zum Unterausschuss für Geflügelfragen des Landwirtschaftsausschusses leisten die eigentliche gesetzgeberischen Arbeit in Repräsentantenhaus und Senat – und üben die zweite große Aufgabe des Kongresses aus: die sogenannte „congressional oversight“, also die Kontrolle des Präsidenten und seiner Minister. Nach Belieben zitieren sie Regierungsvertreter zu ihren Sitzungen herbei. Da sitzen dann Generäle, Botschafter und Minister in den (meist) holzgetäfelten Sälen der Kongressgebäude auf beiden Seiten des Kapitols wie kleine Schulkinder vor den Ausschussmitgliedern, die auf erhöhten Bänken thronen. Welche Macht die Ausschüsse des Kongresses haben können, hatte am spektakulärsten der Watergate-Ausschuss unter Beweis gestellt: Seine Arbeit führte letztlich 1974 zum Rücktritt von Präsident Richard Nixon. Teil der „checks and balances“ ist es auch, dass zwar der Präsident die höchsten Richter und Soldaten des Landes und natürlich seine Minister und maßgebliche Regierungsangehörige beruft, dass der Senat aber diese Nominierungen bestätigen muss. Was keinesfalls eine Selbstverständlichkeit ist. Schließlich besitzt der Kongress auch das ultimative Mittel zur Kontrolle eines Präsidenten, das „impeachment“, die Entfer-

nung aus dem Amt. Zweimal in der Geschichte der USA stimmte das Repräsentantenhaus für die vorzeitige Entlassung des Präsidenten: 1868 sollte Andrew Johnson gehen, 130 Jahre später Bill Clinton. Zweimal saß der Senat darüber zu Gericht – und nie kam dort die nötige Zwei-Drittel-Mehrheit für eine Amtsenthebung zustande. Tatsächlich hat der amerikanische Kongress als Institution ein ganz anderes Selbstverständnis, als es etwa den Bundestag in Deutschland prägt. Der Kongress versteht sich nicht nur als Gesetzgeber und Kontrolleur der Regierung, er ist Teil der Regierung des Landes. Wenn in den USA von „government“ die Rede ist, sind nie allein der Präsident und die Bundesbehörden gemeint. Auch der Kongress gehört dazu, er versteht sich sogar, wie Lee Hamilton anmerkte, als „treibende Kraft innerhalb der amerikanischen Regierung“. Dieses Selbstverständnis lässt sich nicht zuletzt auf den ersten Satz im ersten Artikel der US-Verfassung zurückführen, der den Kongress als wichtigste Institution des amerikanischen Gemeinwesens definiert. Darin ist auch das Prinzip der „checks and balances“ angelegt, sozusagen das Grundaxiom der amerikanischen Demokratie, das sich auf allen Ebenen findet. Natürlich kontrolliert der Kongress den Präsidenten. Und der wiederum ist mit dem Machtmittel des Vetos ausgestattet, um dem Kongress entgegenzutreten zu können. „Checks and balan-

ces“ aber sind auch bereits im Kongress selbst angelegt. Denn das amerikanische Parlament besteht aus zwei gleichberechtigten Kammern, dem Senat und dem Repräsentantenhaus. Beide mit sehr klar umrissenen, aber höchst verschiedenen Aufgaben: Die 435 Kongressabgeordneten im Repräsentantenhaus sind die Volksvertreter ihres jeweiligen Wahlbezirks in Washington, die 100 Senatoren vertreten – jeweils zu zweit – ihre Bundesstaaten. Beide Kammern müssen sich einigen. Das soll sicherstellen, dass die Interessen aller Beteiligten im Gesetzgebungsverfahren gewahrt bleiben und die Rechte der Minderheit nicht völlig untergepflegt werden. Dieser Zwang zum Kompromiss ist gemeinhin als die Stärke dieses Systems angesehen worden. Nun aber, in Zeiten parteipolitischer Polarisierung und Kompromisslosigkeit, verbirgt sich darin eine Schwäche: Wenn sich beide Seiten partout nicht einigen, wenn also ein demokratisch dominierter Kongress die Gesetzesinitiativen der republikanischen Mehrheit im Repräsentantenhaus blockiert oder ignoriert, und wenn umgekehrt das Repräsentantenhaus den Senat auflaufen lässt, passiert schlichtweg nichts. Auf die Spitze getrieben, bedeutet es, dass das Land unregierbar wird. **Reymer Klüver**

Der Autor ist Korrespondent der „Süddeutschen Zeitung“.

## Die Polarisierung nimmt zu

**PARTEIEN** Demokraten und Republikaner haben den Kongress praktisch unter sich aufgeteilt

Grundsätzlich wird in den USA gefragt, ob das faktische Zweiparteiensystem mit den aktuellen Herausforderungen fertig werden kann. Denn die zunehmende Polarisierung der Politik verhindert Reformen. Dass Republikaner und Demokraten auseinander driften, wurde in der Ära von George W. Bush deutlich. In der Regierungszeit Obamas hat sich diese Entwicklung noch beschleunigt. Vor allem die „Tea Party“ hat dazu entscheidend beigetragen. Diese Graswurzelbewegung fungierte zunächst als wichtiges Korrektiv, weil sie den verantwortungslosen Umgang der Politik mit Steuerbillionen anprangerte. Aber später radikalisierte sie die Republikaner zu einer eindimensionalen Steuern-runter-Partei. Gleichzeitig bewegen sich die Demokraten nach links. Obamas Gesundheitsreform mag aus der Sicht der meisten Europäer überfällig gewesen sein. Doch viele Amerikaner halten eine Versicherungspflicht, die zudem vom Bundesstaat exekutiert werden soll, für eine unerhörte Anmaßung der Politik. Und vor allem auf dem Land, wo sozialkonservative Stimmungen dominieren, kommt die Forderung nach einer Anerkennung gleichgeschlechtlicher Ehen für einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung der Ankündigung einer Kulturrevolution gleich. Wenn beide Parteien an die Ränder rücken, die Republikaner stärker noch als die Demokraten, sehen sich Millionen Menschen in der Mitte politisch nicht mehr repräsentiert.

Im Juli stimmten 57 Prozent in einer Umfrage des „Pew Research Center“ der These zu, es solle „eine dritte große Partei neben Demokraten und Republikanern geben“. Dabei gibt es bereits eine ganze Reihe von Parteien in den USA, und mitunter erzielen sie Achtungserfolge. So holte bei der Präsidentschaftswahl 1992 der Unternehmer Ross Perot mit der von ihm gegründeten Reformpartei spektakuläre 18,9 Prozent der Stimmen. Der Umweltaktivist Ralph Nader kam 2000 für die Grünen auf 2,7 Prozent. Der Libertären Partei, der drittgrößten Wahlplattform der USA, gehören vornehmlich auf kommunaler Ebene 157 Mandatsträger an. Doch das von Republikanern und Demokraten eifrig verteidigte Mehrheitswahlrecht limitiert den Einfluss dritter Parteien. Dass Perot 1992 fast jede fünfte Stimme bekam, brachte seiner Partei kein einziges Mandat ein. Gewählt ist nur, wer in jeweiligen Wahlbezirk die Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigt. Ganz selten gelingt dies einmal einem „Unabhängigen“. Dem aktuellen Repräsentantenhaus gehören zwei Abgeordnete an, die sich ohne Parteiticket der Wahl stellten.

Trotzdem funktionierte das politische System der USA ausgesprochen effizient, solange die Parteien zur Zusammenarbeit bereit waren. Der Republikaner Ronald Reagan etwa regierte acht Jahre erfolgreich mit einem demokratischen Repräsentantenhaus und zwei Jahre lang zudem mit einem demokratischen Senat. Dem Demokraten Bill Clinton gelang die Haushaltssanierung, obwohl sechs Jahre lang die Republikaner in beiden Kammern herrschten. Das war möglich, weil sich seinerzeit das formale Zweiparteien-System faktisch aus vier Flügeln zusammensetzte. Die Republikaner hatten ein moderates Lager in den New-England-Staaten, die Demokraten einen konservativen Pfeiler im Süden der Vereinigten Staaten. Es gebe bei den Republikanern „Platz für Moderate, Liberale und Progressive“, warb 1984 der damalige Abgeordnete Dick Cheney. Ein solches Zitat wäre heute keinem führenden Republikaner zu entlocken. Zeitgleich diskutierten damals konservative „Blue-Dog“-Demokraten über Einsparungen bei den Sozialausgaben. Sie forderten auch die Gründung von „Charter-Schulen“, die öffentlich finanziert werden, aber flexibler

sind, weil der Einfluss der Behörden und der Lehrgewerkschaft reduziert ist. Heute sind derartige Ideen im Demokraten-Lager zwar noch zu hören, auch von Obama selbst. Aber die Mehrheit der Partei will von derartigen Reformen nichts wissen. Weil die Grundsätze von Republikanern und Demokraten weit auseinanderdriften, sind Kompromisse kaum noch möglich. Doch ohne sie geht es nicht in einem System, in dem eine „geteilte Regierung“ mit dem Präsidenten des einen und einer Kongressmehrheit des anderen Lagers eher die Regel denn die Ausnahme ist. Zwei Auswege sind denkbar: Eine dritte Partei könnte im Vorfeld der Wahlen des Jahres 2016 in der Mitte entstehen. Findet sie genügend Rückhalt, wäre dies ein möglicher Weckruf, damit Demokraten und vor allem Republikaner wieder Kurs aufs Zentrum nehmen und ideologische Verhärtungen abbauen. Wahrscheinlicher ist, dass sich die Parteien selbst reformieren und zurück finden zu einer pragmatischen Politik. Doch kurzfristig ist das nicht zu erwarten. Darum drohen den USA nach den November-Wahlen vier zähe Jahre eines weitgehenden Stillstands. Angesichts der vielen Probleme, die die Supermacht angehen muss, ist das eine beunruhigende Perspektive. **Ansgar Graw**

Der Autor ist Korrespondent der „Welt“ in Washington

Anzeige

**DAS WILL ICH ONLINE LESEN!**

Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.  
Mehr Themen.  
Mehr Hintergrund.  
Mehr Köpfe.  
Mehr Parlament.

www.das-parlament.de  
parlament@fs-medien.de  
Telefon 069-75014253

Direkt zum E-Paper

Nie wieder sollte sich in Amerika noch einmal das ereignen, was sich mit dem Zusammenbruch der Lehman-Bank als Bankenkrise über die ganze Welt bis nach Europa ausbreitete. Das war die Konsequenz, die Präsident Barack Obama aus den Geschehnissen des Jahres 2008 ziehen wollte. Deshalb leitete er auch vor zwei Jahren eine umfassende Bankenreform ein, die viel weitreichendere Konsequenzen für die Finanzbranche haben könnte, als alles, was zur Zeit in Europa diskutiert wird. Der amerikanische Präsident klang entschieden. In Obamas Augen sollte die Bankenreform neben der Gesundheitsreform das zweite große Reformwerk in seiner Legislaturperiode werden. Doch während die Gesundheitsreform voran kam, sind weite Teile der Reform des amerikanischen Finanzmarkts durch den hartnäckigen Widerstand der amerikanischen Banken und vor allem durch den Widerstand der Republikaner im heiß laufenden US-Wahlkampf immer noch nicht umgesetzt.

**Komplexes Vorhaben** Denn Bankenreformen sind komplex. Die amerikanischen ganz besonders. Der „Dodd-Frank Wall Street Reform and Consumer Protection Act“ ist ganze 2.300 Seiten dick. Weitere Details sind in 400 zusätzlichen Verordnungen festgehalten. Das Ziel des nach dem Ex-Senator Chris Dodd und dem Abgeordneten Barney Frank benannten umfangreichen Reformpakets ist dabei nicht die Stärkung des internationalen Finanzsystems, sondern die Stabilisierung des amerikanischen Finanzmarktes. Dabei hat die Regierung Obama die von ihr als sinnvoll erachteten Reformen im nationalen Alleingang und in einem einzigen großen Gesetzgebungswerk vorangetrieben, ohne sich mit den übrigen G-20-Ländern abzustimmen. Obama wollte so der Kritik an der amerikanischen Finanzindustrie Rechnung tragen und möglichst schnell Reformen auf den Weg bringen.

Die innenpolitischen Gründe für dieses Vorgehen sind nachvollziehbar, aber geschadet hat die Methode der Idee gemeinsamer Politik gleichwohl. Ein Beispiel hierfür ist die Weigerung des amerikanischen Finanzministers Timothy Geithner, über die Einführung einer Steuer auf Finanzmarkt-Transaktionen im Rahmen der G-20 auch nur zu sprechen. Doch von der Mammutreform Dodd-Frank Act liegen bisher nur mehr ein Drittel der notwendigen Ausführungsbestimmungen vor, die besonders eine Reform der Aufsichtsstrukturen betreffen. Für andere Felder gibt es lediglich Legislativentwürfe oder aber sie befinden sich noch im Gesetzgebungsverfahren. Nichtsdestoweniger ist die Stoßrichtung klar: Durch die Reformen sollen sich Banken und Investoren in den USA auf strengere Vorgaben einstellen und mehr Transparenz vor allem im Derivate-Handel zulassen. Undurchsichtige und riskante Derivate-Geschäfte waren einer der Krisengründe.

Die Reform sieht zudem die Einrichtung einer Verbraucherschutzbehörde unter dem Dach der US-Notenbank Federal Reserve (Fed) vor. Sie soll die Rettung großer Kreditinstitute auf Kosten der Steuerzahler verhindern und dabei unfaire Geschäftspraktiken bei Privatkrediten und Kreditkarten verhindern. Und auch der äußerst profitable, aber risikoreiche Eigenhandel von Banken soll beschränkt werden. Geldhäuser mit staatlich versicherten Spareinlagen dürfen nach dem neuen Gesetz nur sehr begrenzt in Hedge- oder Private-Equity-Fonds investieren. Vorgeesehen sind auch neue Regelungen für die Bezahlung von Top-Managern börsennotierter Firmen.

Doch seit Präsident Obama im Juli 2010 das Gesetz unterzeichnet hat, wird parlamentarisch und politisch vermissen um die Durch-

# Nie wieder Bankenkrise

**FINANZMARKT** Ambitionierte US-Reformen sind ins Stocken geraten



Unter großem Beifall unterzeichnete US-Präsident Obama die »Dodd-Frank Wall Street Reform and Consumer Protection Act« zur Stärkung des amerikanischen Finanzmarktes.

setzung der Reform gerungen. Treibende Kraft dabei sind die Republikaner, die seit November vergangenen Jahres die Mehrheit im Repräsentantenhaus halten und die mit ihrem Präsidentschaftskandidaten Mitt Romney zusammen mit amerikanischen Banken das Gesetzeswerk ablehnen. „Der Dodd-Frank-Act könnte uns alle ruinieren“, orakelte beispielsweise Ex-Notenbankchef Alan Greenspan, ein Wortführer der Widerständler, in der „Financial Times“. Und er koste

Geld. Die Kosten, so schreibt der amerikanische Rechnungshof GAO in einem Bericht, werden auf fast drei Milliarden Dollar über fünf Jahre hinweg geschätzt – eine Zahl, an der sich die Kritiker sofort festbissen. „Dodd-Frank wird ein teures Unterfangen“, prophezeite etwa Douglas Holtz-Eakin, der Präsident des konservativen American Action Forums. Und so findet zurzeit ein Kampf um jeden einzelnen Paragraphen des riesigen Gesetzes-

werkes statt. So soll etwa die künftige US-Verbraucherschutzbehörde CFPB nicht von der ursprünglich vorgesehenen Direktorin Elizabeth Warren, einer Vertrauten Obamas, geleitet werden, sondern von einem Gremium aus Vertretern beider Parteien – ein garantiertes Rezept für Chaos und Zank. Auch versuchen die Republikaner, die Verabschiedung der „Volcker Rule“ – benannt nach dem großen alten Mann des Geldes, dem früheren US-Notenbankchef Paul Volcker – zu

verhindern. Sie sieht vor, dass die Institute ihren Eigenhandel vom Geschäft mit Vermögenswerten von Kunden in Zukunft abtrennen sollen. Dadurch sollen sich die Volumina auf den kurzfristigen und spekulativen Märkten reduzieren. Es gilt allerdings als sehr schwierig, die beiden Geschäftsbereiche zu unterscheiden. Und auch die geplante Meldepflicht für Kapitalbeteiligungsfirmen, die zur besseren Überwachung des Finanzrisikos eingerichtet

wurde, soll ganz wegfallen. Das Gleiche gilt für die neuen Inhaltsregeln für Vorstandschefs. Auch die Kontrolle von Derivaten durch die Börsenaufsicht SEC und die US-Warenterminaufsicht CFTC ist in Gefahr. Und erst im August musste die amerikanische Finanzaufsicht SEC einen weiteren herben Rückschlag einstecken: Die Fondsbranche hatte erreicht, dass eine Abstimmung über die stärkere Regulierung von Geldmarktfonds abgesagt werden musste.

Und so wird um jedes weitere Detail auch über den Wahltag hinaus gerungen werden. Dabei darf nicht übersehen werden, dass vier Jahre nach der Bankenkrise in den USA die führenden amerikanischen, globalen Finanzkonzerne größer und wichtiger als vor der Krise geworden sind. Ihre Konkurrenten sind entweder weg, von anderen übernommen oder deutlich kleiner geworden. Die Risiken für die Weltwirtschaft, wenn eine dieser Megabanken ins Wanken gerät, sind im derzeitigen Umfeld eher gewachsen.

Doch genau hier gibt es mittlerweile bei der Umsetzung der amerikanischen Bankenreform erste Erfolge. Bis Ende 2013 sind etwa 125 Banken verpflichtet, einen Notfallplan, ein „Testament“ („last will“) für ihre eigene Zerschlagung im Notfall vorzulegen. Die „Last Wills“ sind ein zentraler Bestandteil von Obamas Finanzmarktreform. Große Banken stehen in dem Verdacht, in der Finanzkrise zu große Risiken auf sich genommen zu haben – mit dem Kalkül, ohnehin im Notfall vom Staat aufgefangen zu werden („too big to fail“). Dieser Leichtsinns galt als eine Ursache der weltumspannenden Finanzkrise.

»**Letzter Wille**« Mit dem „Letzten Willen“ soll von Anfang an Klarheit über den inneren Aufbau und die Geschäftsbeziehungen der Banken herrschen. Auch soll klar sein, welche Personen und Gremien im Fall der Fälle die Entscheidungen treffen und ausführen. Hintergrund der Regelung ist die schiere Größe der Finanzriesen. Sie sind derart verschachtelt und untereinander vernetzt, dass Aufsteigende kaum mehr durchblicken. Die Abwicklung von Lehman Brothers etwa dauert bis heute an.

Doch der beste Wahlkämpfer für Obamas Ziel, schärfere Finanzmarktregeln durchzusetzen, könnte ausgerechnet die Wall Street selbst sein. Angesichts der Manipulationen um den Libor-Zins nehmen die Forderungen in Amerika nach schärferen Beschränkungen für die Wall Street wieder zu. Denn allzu viel hat die Branche scheinbar nicht dazu gelernt, wie der jüngste Skandal im Juli um die amerikanische Bank JPMorgan Chase erst gerade wieder gezeigt hat. Dort hatte ein einziger Top-Händler durch Fehlspekulation mehr als fünf Milliarden Dollar Verlust gemacht. Ein klares Versagen der internen Aufsicht bei JP Morgan. Der Händler und seine Vorgesetzte wurden daraufhin gefeuert, und die Bank forderte von allen Beteiligten Bonuszahlungen zurück. Das alles verheißt aber für die Zukunft nichts Gutes.

Präsident Obama nahm die Steilvorlage deshalb auch sofort in einem Fernsehinterview auf: „JPMorgan ist eine der am besten geführten Banken, die es gibt. Ihr Chef Jamie Dimon ist einer der klügsten Banker, die wir haben, und trotzdem haben sie Milliarden Dollar verloren und es könnten noch mehr werden“, sagte Obama. Bei einer schwächeren Bank „hätten wir vielleicht eingreifen müssen“. „Das ist genau der Grund, weshalb eine Wall-Street-Reform so wichtig ist.“ Und auch einer der Namensgeber der „Dodd-Frank-Acts“, Barney Frank, wurde in diesem Zusammenhang in der „Financial Times“ zur Einführung der „Volcker-rule“ nicht zu Unrecht mit dem Satz zitiert: „Es wird eine scharfe Regel sein, JP Morgan und Bankchef Jamie Dimon sei Dank.“

Christoph Birnbaum

Der Autor ist freier Journalist.

## Wirtschaftsbrücke über den »großen Teich«

**HANDELS-BEZIEHUNGEN** Die Verbindungen der Wirtschaft sind enger denn je. Ein Freihandelsabkommen könnte mehr Wachstum bringen

Die Vereinigten Staaten waren mal wieder Nummer eins im olympischen Medaillenspiegel. Zwar haben die EU-Staaten in London mehr Gold gewonnen als die USA und China zusammen – aber so zählt keiner. Auch im Welthandel ist die Europäische Union die Stärkste, trotz Schuldenkrise. An ihr Exportvolumen kommen weder die USA noch China heran. Eine Weltmacht aber ist sie nicht. Der US-Dollar ist unangefochten die globale Leitwährung. Zusammen wären die beiden, die sich als transatlantische Wertegemeinschaft verstehen, unschlagbar. Doch ihre Zusammenarbeit gestaltet sich schwierig.

**Weniger Importe aus USA** Täglich überqueren Waren im Wert von 1,7 Milliarden Dollar den Atlantik. Das ist ein Drittel des weltweiten interkontinentalen Handels. Beim Dienstleistungsaustausch liegt der Weltmarktanteil sogar über 40 Prozent. Im Jahr 2011 hat die EU Dienstleistungen im Umfang von 127,1 Milliarden Euro in die USA geliefert und für 130,5 Milliarden Euro von dort erhalten. Unternehmen aus der EU investierten 110,7 Milliarden Euro in den USA, in umgekehrter Richtung waren es 114,8 Milliarden. So ausgewogen ist der Güterverkehr allerdings nicht. Aus der EU wurden Waren für 260,2 Milliarden Euro in die USA geliefert, aber nur für 184,2 Milliarden von dort importiert.

Ein Großteil dieses Ungleichgewichts geht auf das Konto Deutschlands. Es liefert seit Jahren fast doppelt so viel in die USA, wie es von dort erhält. Und seit Jahren fordert Washington, manchmal in rüdem Ton, Berlin solle etwas dagegen tun und die Binnennachfrage stärken. In jüngster Zeit ist dies auch geschehen. Deutschland hatte zuletzt die vierthöchsten Lohnsteigerungen in der EU, die Arbeitslosigkeit ist gesunken, die Sparneigung ebenso. All das hat die Binnennachfrage beflügelt. Gleichzeitig hat aber der gestiegene Euro-Kurs die deutschen und europäischen Ausfuhren befeuert. In der Summe exportierte die EU im Zeitraum Januar bis Mai 2012 zehn Prozent mehr in die USA als im Vorjahreszeitraum. Die Importe aus den USA stiegen auch, aber nur um neun Prozent. Präsident Barack Obama hat inzwischen die eigentliche Ursache des amerikanischen Außenhandelsdefizits anerkannt und die Stärkung der Industrie als Ziel für eine zweite Amtszeit ausgerufen. Neu ist die Erkenntnis nicht. Schon US-Präsident Ronald Reagan hatte Mitte der 1980er Jahre einen Rat für Wettbewerbsfähigkeit ins Leben gerufen. Geändert hat sich danach aber wenig. Das Bewusstsein eigener Wettbewerbschwäche könnte der Grund dafür sein, dass die USA bisher wenig Engagement beim Abbau von Handelshemmnissen zeigten, allen Lippenbekenntnissen für freien Welthandel zum Trotz. Im transatlantischen Handel sind heu-



Der deutsche Basketball-Star Dirk Nowitzki ist Träger des „Transatlantic Partnership Award“.

te unterschiedliche Normen und Standards das größte Hemmnis. Die Zölle von durchschnittlich nur noch zwei Prozent sind dagegen kein großes Problem mehr.

**Freihandelszone** Um im Freihandel voranzukommen, wurde im Mai 1998 in London eine Transatlantische Wirtschaftspartnerschaft (TEP) ins Leben gerufen. Hauptziel war eine neue Welthandelsrunde der Welt Handelsorganisation WTO. Diese kam zwar

Aber nach zehn Jahren ist die Doha-Runde, die eine internationale Entwicklungsagenda erarbeiten will, vor kurzem am Streit zwischen den USA und den Schwellenländern gescheitert. Ansonsten brachte die TEP nur Fortschritte in technischen Detailfragen. Auf Initiative von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) rief der euro-amerikanische Gipfel 2007 in Washington einen Transatlantischen Wirtschaftsrat (TEC) ins Leben. Auch dessen Ergebnisse blieben allerdings enttäuschend.

Als sich das Scheitern der Doha-Runde abzeichnete, verlegten sich Bundesregierung und EU-Kommission auf das Ziel einer transatlantischen Freihandelszone. Bundeskanzlerin Merkel sagte auf dem Davoser Weltwirtschaftsforum im Januar 2012: „Wir haben das mit Südkorea gemacht, wir arbeiten an einem mit Japan. Und ich glaube, auch im transatlantischen Bereich haben wir noch sehr viele Möglichkeiten, eine Freihandelszone zu schaffen.“ Die OECD erwartet von einem solchen Freihandelsabkommen einen Wachstumsschub.

**Eng verflochten** Die gegenseitigen Probleme und Sticheleien können gleichwohl nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Wirtschaften auf beiden Seiten des großen Teichs längst eng verflochten sind. Europäische Unternehmen beschäftigen in den USA mehr Arbeitnehmer als alle anderen Nationalitäten zusammen, umgekehrt ist es ebenso. Die Amerikanische Handelskammer in Deutschland feiert die Gemeinsamkeit jährlich mit einem „Transatlantic Partnership Award“. Nach Hasso Plattner 2010 und Bill Gates 2011 geht der Preis in diesem Jahr an einen Sport-Export: den deutschen Basketball-Star Dirk Nowitzki vom NBA-Champion Dallas Mavericks.

Peter Stütze

Der Autor ist Korrespondent der Deutschen Welle in Berlin.

Anzeige

**Kürschners Handbuch Luft- und Raumfahrt**  
Ausgabe 2013  
540 Seiten, Broschur  
EUR 39,80  
ISBN 978-3-87576-720-9

**Kürschners Handbuch Haushalt, Finanzen**  
Ausgabe 2013  
654 Seiten, Broschur  
EUR 39,80  
ISBN 978-3-87576-723-0

- Über 400 Fachpolitiker aus Bund, Ländern und Europa
- Übersichten der Fachschüsse in den Parlamenten und Abteilungen in den Ministerien
- Namen und Kontaktdaten der zuständigen Ansprechpartner

**Kürschners Politikkontakte**  
Datenbank  
www.kuerschner.info  
Shop  
www.politik-kontakte.de

Hauptstraße 74  
53619 Rheinbreitbach  
Telefon 02224 3232  
Telefax 02224 78639  
E-Mail vertrieb@ndvinfo

Die neuen Waffen im Kampf gegen die Wirtschaftskrise und Schuldenkrise tragen Codenamen wie QE3 und OMT. Hinter den Abkürzungen verbergen sich Programme, mit denen Hunderte Milliarden Dollar und Euro in die Finanzmärkte gepumpt werden können – um die Zinsen zu drücken. Das soll die Wirtschaft beleben, hofft die amerikanische Federal Reserve (Fed), die so aggressiv wie keine andere westliche Zentralbank die Geldpolitik gelockert hat. Kritiker indes fürchten, dass die Flut an billigem Geld die nächsten Blasen und Verwerfungen vorbereiten könnte. Zudem rücken die Zentralbanken immer näher an monetäre Staatsfinanzierung heran und gefährden damit ihre Unabhängigkeit. Langfristig steigt mit der Ausweitung der Geldbasis das Inflationspotential. Die Fed sieht höhere Risiken, wenn sie nicht handelt. Mitte September hat Fed-Chef Ben Bernanke eine neue, dritte Runde der quantitativen Lockerung angekündigt. Monat für Monat wird die Fed für 40 Milliarden Dollar hypothekensichere Anleihen vom Markt kaufen. Das Programm „Quantitative Easing 3“ (QE3) ist zeitlich unbefristet. Außerdem hat die Fed-Führung durchblicken lassen, dass sie ihre faktische Nullzins-Politik bis mindestens Mitte 2015 fortführen wird. In der ersten Lockerungsrunde hat sie, beginnend kurz nach dem Lehman-Zusammenbruch, für 1,75 Billionen Dollar vor allem hypothekensichere Wertpapiere aufgekauft. 2010 begann sie in einer spektakulären Aktion, für rund 600 Milliarden Dollar Staatspapiere in ihre Bilanz zu nehmen. Damit hat die Zentralbank 77 Prozent der amerikanischen Neuverschuldung im Fiskaljahr 2010/11 durch Geldschöpfung finanziert.

**Schock nur teilweise verdaut** Bernanke trägt den Spitznamen „Helikopter-Ben“ – weil er in einer Rede vor zehn Jahren einmal spaßhaft erklärte, wie er die Wirtschaft jederzeit aus einer deflationären Entwicklung herausreißen und wiederbeleben könne: Indem er aus einem Hubschrauber frisch gedrucktes Geld über der Wall Street abwerfe. Mit ihren ersten beiden QE-Runden hat die Fed ihre Bilanz seit Ausbruch der Krise von etwa 750 Milliarden auf 2,8 Billionen Dollar fast vervierfacht. Entsprechend viel Geld hat sie in die Finanzmärkte gepumpt und zeitweilig ein Kursfeuerwerk ausgelöst. Ziel der ultralockeren Geldpolitik ist jedoch, die Realwirtschaft anzukurbeln, die sich nur schleppend erholt. Fünf Jahre nach Beginn der Finanzkrise und mehr als dreieinhalb Jahre nach dem offiziellen Ende der Rezession hat die amerikanische Volkswirtschaft den Schock nur teilweise verdaut. Trotz der aggressiven Zinspolitik und trotz Konjunkturprogrammen in Billionenhöhe ist insbesondere der Arbeitsmarkt der USA in einer weiterhin schlechten Verfassung. 8,8 Millionen Arbeitsplätze wurden in der Rezession von 2007 bis 2009 zerstört. Die Erwerbslosenquote lag zuletzt bei 7,8 Prozent, nur etwa 100.000 neue Arbeitsplätze entstehen im Monat. „Wir wissen, dass das nicht genug ist“, gesteht Präsident Barack Obama zerknirscht ein. Bernanke äußert „große Sorge“ über die Stagnation. QE3 soll so lange laufen, bis sich der Arbeitsmarkt „substantiell“ verbessert. Noch immer liegt die Zahl der Arbeitslosen bei 12,5 Millionen. Politisch brisant ist der Rekordanteil von 40 Prozent Langzeitarbeitslosen. In den meisten Bundesstaaten erhalten sie nach 26 Wochen kein Arbeitslosengeld mehr, sondern nur noch minimale öffentliche Unterstützung. Etwa jeder siebte Amerikaner bezieht staatliche Lebensmittelhilfen. Das Wirtschaftswachstum von zwei Prozent ist für amerikanische Verhältnisse schwach – zu wenig, um einen kräftigen Beschäftigungsaufbau anzuschließen. Die Organisati-



Notenpresse war gestern. Inflationsgefahren entstehen heutzutage durch Geldschöpfung bei den Zentralbanken.

# Wenn die Wette schief geht

**ZENTRALBANKEN** In den Industriestaaten werden die Märkte mit billigem Geld geflutet. Ausgang ungewiss

on für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) etwa erwartet, dass die Arbeitslosenquote im kommenden Jahr nur auf 7,6 Prozent sinken wird. Einziger Lichtblick ist, dass sich die Immobilienpreise nach gut fünf Jahren Talfahrt stabilisieren. Die geplante Häuserpreisblase war der Auslöser von Amerikas größter Depression seit den dreißiger Jahren. Vom Höhepunkt Mitte 2006 bis Frühjahr 2012 verlor der S&P Case-Shiller Häuserpreisindex rund ein Drittel. Nach den großen Verlusten weisen die Preise nun seit Juli leicht nach oben. Diese Stabilisierung ist auch auf die massiven Interventionen der Zentralbank zurückzuführen. Fed-Chef Bernanke, der die Zentralbank seit Anfang 2006 führt, hat in der Krise ein Wechselbad der Erfahrungen durchgemacht. Zunächst hat auch er das Ausmaß der Blase und des Einbruchs unterschätzt. Von August 2007 an hat er den Leitzins sturztartig gesenkt und den Banken praktisch unbegrenzt Liquidität gegeben. Als Wissenschaftler hat sich Bernanke intensiv mit der Großen Depression der dreißiger Jahre beschäftigt. Sie hat das Deflations-Trauma der Amerikaner begründet. Seine Schlussfolgerung war, dass es durch massive Liquiditätshilfen und viel billiges Geld gelingen kann, die Wirtschaft wiederzubeleben. Kritische Ökonomen sagen aber auch, dass damit Feuer mit Feuer bekämpft wird. Denn die Niedrigzins-Politik der Fed unter ihrem langjährigen Vorsitzenden Alan Greenspan war mitverantwortlich am Entstehen der Häuserpreis- und Finanzblase. Bernanke hat sie damals unterstützt.

Mit QE3 werden die Geldschleusen abermals weit geöffnet. An den Finanzmärkten herrscht dennoch Skepsis, ob das neue Programm viel nutzen wird. „Ich glaube, die Fed steuert in die falsche Richtung“, kritisiert John Taylor von der Stanford Universität, einer der renommiertesten Geldtheoretiker. „Der Nutzen des neuen Programms erscheint mir extrem gering, vielleicht sogar vernachlässigbar“, sagt Taylor. Dagegen sieht er immer mehr Risiken. Je mehr die Fed zum wichtigsten Akteur an den Finanzmärkten wird, desto schwieriger erscheint der Rückzug. Zieht sie sich zu früh zurück, würgt sie die Konjunktur ab; wartet sie zu lange mit einer Normalisierung der Zinsen, droht Inflationspotential. Tatsächlich sind nach der QE3-Entscheidung die mittelfristigen Inflationserwartungen der Finanzmärkte gestiegen. Die Break-even-Rate für inflationsgeschützte Anleihen kletterte auf 2,7 Prozent. Für keynesianische Ökonomen wie Paul Krugman ist das vernachlässigbar, andere sind durchaus besorgt. Scharfe Kritik an Bernanke kommt von den Republikanern. Die Fed habe sich „tief in fiskalpolitische Wasser“ gegeben, moniert Scott Garrett, Vorsitzender eines wichtigen Finanzunterausschusses im Abgeordnetenhaus. Für den konservativen Flügel der Republikaner, getrieben von der „Tea Party“, ist die Fed ein regelrechtes Feindbild. In den

Augen der Tea Party entwickelt sich die 1913 gegründete Zentralbank zu einer Art unkontrollierten Geld-Monster, das Märkte manipuliert, zu eng mit den Wall-Street-Banken verbandelt ist und durch Finanzblasenbildung an Krisen Mitschuld trägt. Der liberäre Abgeordnete Ron Paul fordert sogar die Abschaffung der Zentralbank: „Die einzige Lösung der Fed ist es, immer mehr Geld zu drucken, dabei scheinen Bernanke und die Fed-Gouverneure nicht zu verstehen, dass unsere gegenwärtige Wirtschaftsmisere direkt daher rührt, dass die Fed exzessiv Kredit ins System gepumpt hat.“ Die Finanzmärkte sehen sie als kredit-süchtige Junkies. Nun bereite die Fed den nächsten Crash vor.

**Für den konservativen Flügel der Republikaner ist die Fed ein regelrechtes Feindbild.**

**Libertärer Außenseiter** Viele Jahre war Paul ein Außenseiter bei den Republikanern. Seit er zum Held der „Tea Party“ avancierte, reicht sein Einfluss bis in die Mitte der Partei. Die Republikaner fordern nun eine jährliche Kontrolle der Bücher, einen „Audit“ der Fed, was Bernanke als Angriff auf seine Unabhängigkeit zurückweist. Teile der Partei träumen von einer Rückkehr zum Goldstandard, dessen letzte Reste im November 1971 mit dem Ende des Bretton-Woods-Systems abgeschafft wurden. Auf ihrem Parteitag in Tampa haben die Republikaner einen Antrag für eine „metallische Basis“ der Währung angenommen. Dass es zu

einer Rückkehr zum Goldstandard kommt, halten nur sehr wenige Ökonomen für realistisch. Sollte Mitt Romney zum Präsidenten gewählt werden, wird es aber eng für Bernanke. Romney will dessen im Januar 2014 auslaufenden Vertrag nicht verlängern. In Republikaner-Kreisen wird Stanford-Ökonom Taylor als geeigneter Fed-Chef gehandelt. Taylor stünde für einen restriktiveren Kurs der Zentralbank und würde wohl die unkonventionellen Maßnahmen früher beenden. Noch lockern aber fast alle wichtigen Zentralbanken ihre Geldpolitik und kaufen dabei große Mengen an Staatspapieren. Die Bank of England etwa hat das Volumen der Anleihekäufe deutlich auf 375 Milliarden Pfund ausgeweitet und hält schon 36 Prozent der britischen Schuldpapiere. Auch die Bank of Japan hat ihr Anleihekaufprogramm aufgestockt. Weil der Leitzins schon seit Jahren bei null Prozent liegt, sind die Anleihekäufe das Hauptinstrument der Geldpolitik. Nur durch diese massive Unterstützung kann die Regierung des am höchsten verschuldeten Industrielands der Erde ihre neuen Schuldpapieren überhaupt noch absetzen. **Draghi kauft auf** Auch in der Eurozone springt die Zentralbank angeschlagenen Staaten bei, die unter der Last ihrer steigenden Schulden ächzen. „Outright Monetary Transactions“ nennt EZB-Präsident Mario Draghi das neue Programm, das er im September vorgestellt hat. Die EZB begründet es offiziell mit einer geldpolitischen Notwen-

digkeit, wie schon zuvor die Käufe griechischer, irischer, portugiesischer, spanischer und italienischer Papiere für gut 210 Milliarden Euro. Wenn die Renditen für die Staatsfinanzen steigen, werden auch Unternehmenskredite in den Krisenländern teurer – dann greife ihre Geldpolitik, die die Zinsen senken wolle, nicht mehr, argumentiert die Mehrheit im EZB-Rat um Draghi. Nur die Bundesbank stemmt sich gegen das neue Anleihekaufprogramm, weil es ihr zu nah an einer monetären Staatsfinanzierung ist. Deutsche Ökonomen sind besorgt, dass die EZB-Intervention zu viel Druck von der Politik nehme und dass die Reformbemühungen in Südeuropa erlahmen könnten. Wohin die lockere Geldpolitik in den Industriestaaten letztlich führt, lässt sich noch nicht absehen. „Wir leben in einer Welt massiv überdehnter Bilanzen“, sagt Mohamed El-Erian, der Chef von Pimco. Die Geldpolitik mache ihm Angst, sagt der größte Anleiheinvestor der Welt, der ein Portfolio von rund 1,8 Billionen Dollar verantwortet. „In der ganzen Welt fluten die Zentralbanken die Märkte mit Geld ... In meinen Augen ist das die größte Wette, die an den Finanzmärkten je geschlossen wurde.“ Optimisten hoffen, dass die Politik des billigen Geldes die Wirtschaft beleben und dann beendet wird, bevor sich neue Blasen bilden. Pessimisten befürchten dagegen eine Wiederholung der Geschichte mit Arbeitslosigkeit und Inflation, wenn die Wette schief geht. *Philip Plickert*

Der Autor ist Redakteur der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“.

## Wie alles begann

**BANKEN I** Die Bankenkrise fing in Deutschland klein an

Anders als in den USA dachte in der Bundesrepublik Deutschland niemand daran, eine Bank pleite gehen zu lassen. Vielleicht lag es daran, dass der erste Fall nicht gleich einen ganz großen Akteur erwischt, sondern die quasi halbstaatliche Deutsche Industriebank (IKB), mit deren Beinahe-Zusammenbruch 2007 die Finanzkrise einzugleiten in Deutschland hielt. Die Düsseldorfer IKB galt bis zum Ausbruch der Krise als grundsolider Mittelstandsfinanzierer, an der die staatliche KfW-Bankengruppe mit knapp 40 Prozent beteiligt war. Beide Häuser arbeiteten bei der Vermittlung öffentlich geförderter Darlehen an Unternehmen zusammen. Dem IKB-Vorstand reichte dies nicht. Parallel zu den eigentlichen Bank-Geschäften wurde das Geschäftsmodell um Geschäfte mit amerikanischen Immobilien-Krediten und daraus geschürten Wertpapieren erweitert. Mitte 2007 geriet die Bank in eine gefährliche Schieflage. Miteigentümer KfW und auch der Aufsichtsrat, in dem unter anderem als Vertreter der Bundesregierung der spätere Finanzstaatssekretär Jörg Asmussen saß (heute im Direktorium der Europäischen Zentralbank), hatten nichts bemerkt. Das Statistische Bundesamt bezifferte die Kosten der IKB-Rettung auf 9,6 Milliarden Euro. Das traditionsreiche Institut gehörte nach einer Kapitalerhöhung im Jahr 2008

faktisch komplett dem Staat. Quasi über Nacht wurde die Bank an den US-Investor Lone Star verkauft, Presseberichten zufolge für nicht einmal 150 Millionen Euro. **Die Krise wird größer** Leider blieb die IKB kein Einzelfall. Obwohl die „Hypo Real Estate“ (HRE) noch im Herbst 2007 erklärt hatte, gut aus der Krise herausgekommen zu sein, drohte der im Immobiliengeschäft tätigen Bank 2008 der Konkurs. Anders als die IKB hatte die HRE systemische Bedeutung, da sie in der Staatsfinanzierung und im Pfandbriefgeschäft tätig war. Nach hektischen Rettungsmaßnahmen des damaligen Finanzministers Peer Steinbrück (SPD) erfolgte 2009 die Verstaatlichung der Bank. Auch mehrere Landesbanken bekamen massive Probleme. Die Westdeutsche Landesbank (WestLB) wurde aufgelöst. Insgesamt entstanden dem deutschen Staat durch Bankenrettungsmaßnahmen laut Statistischem Bundesamt bis zu 51,8 Milliarden Euro Kosten, 480 Milliarden Euro Bürgschaften wurden übernommen. Steinbrück, inzwischen Kanzlerkandidat der SPD, sieht die Bankenrettung heute viel kritischer. „Wenn eine Bank vor der Pleite steht, sollte nicht gleich mit Staatsknete geholfen werden. Zuerst sind Gläubiger und Aktionäre dran.“ *h/e*

## Zocken bis in den Abgrund

**BANKEN II** Eine Trennung von Investment- und traditionellem Geschäft hätte keine Finanzkrise verhindert

Es gibt prominente Fürsprecher. Nicht nur in der Politik, wo SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück dafür wirbt. Nikolaus von Bomhard, Vorstandschef der Münchener Rück, und Bernd Scheifele, erster Mann beim Baustoffkonzern Heidelberg Cement, gehören auch dazu. Für sie sind Großbanken mit klassischem Bankgeschäft und dem durch Skandale in Verruf gekommenen Investmentbanking ein zu großes Risiko: Für die Sparer und für den Steuerzahler. Denn wenn sich Investmentbanker verzocken, ziehen sie auch das klassische Bankgeschäft nach unten. Im schlimmsten Fall müssen Sparer und Steuerzahler für die Verluste aufkommen. „Wir brauchen ein Trennbankensystem“, sagt Scheifele.

**Schutz für die Bank** Aktuelle Basis für die Diskussionen ist der Vickers-Report aus Großbritannien, benannt nach John Vickers, Vorsitzender der unabhängigen Bank-Kommission des britischen Schatzamtes. Er fordert einen Schutz für das klassische Bankgeschäft vor dem riskanten Investmentbanking. Dagegen hat der Glass-Steagall Act, formuliert in den 1930er Jahren in den USA, seine Relevanz verloren. 1999 wurde er von Präsident Bill Clinton aufgehoben. In der Finanzkrise 2007 allerdings wurde Glas Steagall indirekt durch

den Dodd-Frank Act (nach den Abgeordneten Chris Dodd und Barney Frank) wiederbelebt: Die Investmentbanken wurden gezwungen, sich in Geschäftsbanken umzuwandeln, wodurch sie strenger beaufsichtigt werden konnten. Zwar plädieren selbst Großbanker heute für eine Aufspaltung der Institute. Etliche aber nur aus einem Grund: Sie erhoffen sich dadurch eine höhere Bewertung ihrer Konzerne an der Börse.



Will Banken trennen: Nikolaus v. Bomhard

Als Senator Carter Glass und der Abgeordnete Henry B. Steagall das Gesetz 1932 auf den Weg brachten, ging es ihnen um die Trennung von Einlagen- und Kreditgeschäft einerseits und das Wertpapiergeschäft andererseits. Damals wurden auch die Banken durch die Kursstürze an der Börse massiv belastet, die Verluste waren immens, und dies auf Kosten auch der Staatskasse. Ähnliches haben heute die Befürworter des Trennbankensystems im Auge: Das riskante Investmentbanking soll nicht das klassische Bankgeschäft gefährden, deshalb soll beides nicht unter einem Dach möglich sein. Freilich: In Europa und in Deutschland gibt es keine Beispiele dafür, dass das Investmentbanking eine Universalbank in den Abgrund gerissen hat. Bei der Mittelstandsbank IKB hatten sich 2007 nicht Investmentbanker verzockt, sondern der Vorstand, weil er riskante Wertpapiergeschäfte gekauft hatte. Die Hypo Real Estate, die mit Milliarden gerettet und verstaatlicht werden musste, war ein Spezialinstitut, das sich die Verluste im Staatsfinanzierungsgeschäft einhandelte. Die aktuelle Krise bei der spanischen Bankia rührt aus faulen Krediten für spanische Immobilien, nicht aus riskantem Investmentbanking. Auslöser der Finanzkrise 2008 in den USA war

nicht der Zusammenbruch einer Universalbank, sondern mit Lehman Brothers einer reinen Investmentbank. Ein Trennbankensystem hätte diese Fälle nicht verhindert. Ernsthaftige durch Universalbanken ausgelöste Finanzkrisen hat es nicht gegeben. Es sei nicht bewiesen, dass eine Trennung vom klassischen Bankgeschäft und Investmentbanking zu mehr Stabilität führe, sagt Elke König, Chefin der Finanzaufsicht Bafin. Banken-Lobbyisten sehen das ohnehin so. „Ein Trennbankensystem bietet keinen wirksamen Schutz vor Ansteckungseffekten in einer Krise“, betont Andreas Schmitz, Präsident des Bankenverbandes. Deutsche Unternehmen brauchen Universalbanken, nicht nur für Kredite, sondern auch für das Management von Zins- oder Währungsrisiken. Die Produkte dafür kommen aus dem Investmentbanking. Auch der gerne als Anhänger eines Trennbankensystems angeführte Vickers argumentiert differenziert. Er plädiert für das so genannte Ringfencing, also für Schutzzäune um die jeweiligen Bereiche. Verluste einer sollen so nicht auf die andere Sparte durchschlagen. Doch auch das gilt nicht als Allheilmittel. *Rolf Obertritt*

Der Autor ist Wirtschafts-korrespondent in Frankfurt am Main.

# »Es kann noch viel passieren«

**MICHAEL BLUMENTHAL** Der frühere US-Finanzminister hofft auf einen Sieg Obamas, sieht aber weitere Chancen auch für Romney. Er setzt vor allem auf ein Ende der Blockadepolitik im Kongress

**Herr Blumenthal, 2008 wurde der neue Präsident Barack Obama als großer Hoffnungsträger gefeiert. Welche Bilanz ziehen Sie heute?**

Eine gemischte Bilanz. Obama hat das Image unseres Landes, das unter seinem Vorgänger George W. Bush jr. stark gelitten hatte, wiederhergestellt. In Europa würde Obama die Wahl aber leichter gewinnen als in den USA, weil er hier populärer ist als in Amerika. Obama hat als Präsident viel Mut gezeigt, unter Politikern heutzutage eher Mangelware. Mit der Gesundheitsreform wagte er es, ein heißes Thema anzupacken und zu realisieren, was seit Trumans Präsidentschaft Ende der 40er Jahre bei uns kein Politiker durchsetzen konnte. Für mich war es immer ein Skandal, dass eines der reichsten Länder der Welt keine allgemeine Krankenversicherung für seine Bürger hatte. Obama fand eine schlimme wirtschaftliche Situation vor. Als er ins Weiße Haus einzog, gingen infolge der Finanzkrise hunderte Tausende Arbeitsstellen verloren. Das konnte er mit einem riesigen Konjunkturprogramm abbremsen. Mehrere Millionen neue Jobs wurden in den vergangenen dreieinhalb Jahren unter seiner Präsidentschaft geschaffen – aber nicht genügend. Leider beträgt die Arbeitslosenquote immer noch rund acht Prozent und einige seiner Initiativen in der Einwanderungsgesetzgebung hat er nicht durchbekommen.

**Und was ist mit der „Versöhnung der Gegensätze“ in der US-Gesellschaft, die Obama 2008 propagierte?**

Leider konnte Obama dieses Versprechen nicht richtig realisieren. Das liegt größtenteils an den Republikanern, die von Anfang an auf Blockade gesetzt haben. Aber auch Obama hat zunächst nicht richtig erkannt, wie schlecht die Lage im Land ist. Er musste erst lernen, im Kongress etwas durchzubekommen. Im Großen und Ganzen halte ich ihn aber für einen guten Präsidenten. Ich hoffe, dass er wiedergewählt wird.

**Geben Sie dem Herausforderer Romney nach seinem letzten Fehltritt mit den verächtlichen Bemerkungen über Wähler, die keine Steuern zahlen, noch Siegeschancen?**

Ja. Und es ist auch ein Wunder, dass Obama angesichts der eher mäßigen wirtschaftlichen Lage überhaupt eine Chance auf Wiederwahl hat. Dies ist einem Präsidenten mit einer Arbeitslosenquote von über acht Prozent bisher noch nie gelungen. Obama hat das Glück, mit Romney gegen eine Partei anzutreten, die deutlich nach rechts gerückt ist. Romney musste einen harten Kampf gegen extrem rechte Mitbewerber führen und sich deshalb ebenso positionieren. Damit sitzt er nun in der Falle. Viele Durchschnittswähler und Unentschlossene, die die Wahl entscheiden, werden abgestoßen sein von der extrem rechten Rhetorik Romneys. Gleichwohl hat er immer noch Chancen, weil eben die wirtschaftliche Lage so schlecht ist und viele Amerikaner eine Alternative wollen. In den letzten Tagen des Wahlkampfes kann noch viel passieren. Dafür gibt es genügend Beispiele in der US-Geschichte.

**Auch, weil erstmals unbegrenzt viele Gelder im Wahlkampf ausgegeben werden dürfen?**

Ja. Und das geht auf eine Entscheidung des Obersten Gerichts der USA zurück, für mich ein Skandal. Wir wissen nicht, welchen Einfluss die mit Hunderten Millionen Dollar betriebene Negativkampagne gegen Obama in den letzten Tagen bis zur Wahl haben kann. Obama ist nach Umfragen derzeit zwar im Vorteil, aber sicher ist sein Sieg nicht.

**Ausländische Beobachter fragen sich, wo der liberale Geist des vorigen Wahl-**

**„ Obama hat immer versucht, die Balance zu wahren: Den Blick auf Asien richten, ohne Europa zu vergessen. Er muss eine vielfältiger gewordene Welt managen. „**

Michael Blumenthal

**kampfs geblieben ist. Hat sich auch Obama stärker den Realitäten angenähert?**

Obama hat im Amt gelernt, dass er die Mitte und auch das Spektrum etwas rechts davon hofieren muss. Bei den Demokraten gibt es Linksgerichtete, die ihm das übelnehmen. Er hat eine Politik der Mitte betrieben, auch wenn er als Mann der Linken gilt. Das erinnert mich ein bisschen an die Amtszeit von Bundeskanzler Gerhard Schröder.

**Neben der mäßigen wirtschaftlichen Situation sind auch die Schulden Wahlkampfthema. Die Gesamtschulden mit 16 Billionen Dollar liegen bei 90 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, der höchste Stand seit 1945. Es heißt, dass man das Problem damals durch Inflation löste. Würden Sie das diesmal auch empfehlen?**

Mit der Inflationspolitik stimmt das so nicht. Wir hatten nach dem Zweiten Weltkrieg vier Jahre lang einen Boom, durch den die Verschuldung reduziert werden konnte. Als ich am 24. September 1947 aus China nach San Francisco in die USA eingewandert bin, hatte ich vier Tage später einen Job. Die Inflation wurde damals in Grenzen gehalten. Allerdings ist Inflation für mich, der zwischen Amerika und Deutschland hin- und herpendelt, ein spannendes Thema. In Deutschland gibt es ja eine fast panische Angst vor Inflation – vielleicht eine Nachwirkung der großen Inflation 1923. Ich halte allerdings die Ängste hierzulande für übertrieben. Wenn die Nachfrage zu gering ist, sollte durch Geldmittel nachgeholfen werden. Da stimmt die Lehre von Keynes. Das ist vor allem nötig wegen der Nachwirkung der Bankenkrise. Erst muss die Wirtschaft laufen, bevor gespart werden



## ZUR PERSON

Werner Michael Blumenthal wurde 1926 in Oranienburg in einer seit Jahrhunderten in Brandenburg ansässigen deutsch-jüdischen Familie geboren. 1929 zog die Familie nach Berlin. In der Pogromnacht 1938 wurde Blumenthals Vater ins KZ Buchenwald verschleppt. Nach seiner Freilassung flüchtete die Familie 1939 nach Schanghai und emigrierte 1947 in die USA. Michael Blumenthal wurde Amerikaner, studierte Ökonomie und war 1953 bis 1956 Ökonomie-Professor in Princeton (New Jersey). Danach wechselte er in die Politik und war von 1961 bis 1967 im Außenministerium Berater der Präsidenten Kennedy und Johnson. Nach Tätigkeiten in der Wirtschaft wurde Blumenthal unter Carter 1977 Finanzminister. 1979 schied er aus und bekleidete erneut Spitzenpositionen in der Wirtschaft. 1998 veröffentlichte er die Familienchronik „Die unsichtbare Mauer. Die dreihundertjährige Chronik einer deutsch-jüdischen Familie.“ 1997 wurde er zum Gründungsdirektor des Jüdischen Museums in Berlin berufen, das er mit großem Erfolg leitet. Der 86-Jährige pendelt seither zwischen Princeton und Berlin.

nen. Die USA haben das große Interesse, dass es in den nächsten Monaten nicht zu einem Krieg kommt und man versucht, durch politischen Druck einen Modus vivendi zu finden. Die Folgen von Gewalt in diesem Teil der Welt wären unüberschaubar. Die USA meinen es aber ernst damit, dass ein nuklear bewaffneter Iran inakzeptabel ist. Wenn Präsident Obama muss, könnte er hier auch hart durchgreifen.

**Noch etwas Persönliches: Sie sind 1939 als 13-jähriger Jude mit ihren Eltern aus Hitlers Deutschland emigriert, wurden später Amerikaner. Seit 1997 engagieren Sie sich für das Jüdische Museum und sind deshalb häufig in Berlin. Wie sehen Sie Deutschland heute?**

Ich habe viele Deutschlands kennengelernt, das der Weimarer Republik, der Nationalsozialisten, das zerstörte Nachkriegs-Deutschland, das wiederauferstehende West-Deutschland, die DDR und nach dem Mauerfall das wiedervereinigte Deutschland. Die heutige Bundesrepublik ist für mich ein beeindruckendes Land. Ich bin immer wieder gerne hier – fünf bis sechsmal im Jahr. Die Situation heute ist ganz unvergleichlich mit dem Dritten Reich, in dem ich aufgewachsen bin. Das kann man nur erfassen, wenn man dies selbst erlebt hat. Die Bundesrepublik hat viel geschafft, sie ist ein demokratisches und geachtetes Land, der Lebensstandard ist hoch. Ich fühle mich hier wohl und habe viele Freunde in Deutschland.

**Vor elf Jahren wurde das Jüdische Museum in Berlin eröffnet. Welche Bilanz ziehen Sie und welche Erwartungen haben Sie?**

Es ist erstaunlich, was sich hier ereignet hat. Dass die Bundesregierung dieses Museum übernommen hat und man stolz darauf ist, ist etwas ganz Besonderes. Wir sind mit 750.000 Besuchern im Jahr eins der meistbesuchten Museen in Deutschland. Mittlerweile sind wir das größte jüdische Museum in Europa. Unser Freundeskreis wird ständig größer. Diese Aufgabe, die ich hier schon 15 Jahre mache, bereitet mir sehr viel Freude. Für mich ist sie auch eine persönliche Genugtuung, weil ich aus einer alten brandenburgischen jüdischen Familie stamme, deren Vorfahren sich bis zum Großen Kurfürsten zurückverfolgen lassen. Die lange und in vielen Bereichen fruchtbare Geschichte der kleinen Gruppe der deutschsprachigen Juden darf nicht vergessen werden. Antisemitismus war immer schädlich – für Nichtjuden wie Juden.

Für das Museum beginnt mit der Akademie, die am 17. November feierlich eröffnet wird, eine neue Phase. Die Akademie will zu Fragen der Integration von Minderheiten forschen und mit pädagogischen Programmen und politischen Initiativen dazu beitragen, dass der Prozess der Integration gelingt. Das ist ein wichtiges Thema und hat Bezüge zur aktuellen Situation Deutschlands, das auf Einwanderer angewiesen sein wird. ■

Das Interview führten Jörg Biallas und Hans Krump.

kann. Bei uns hat ja die Notenbank Fed die Aufgabe, neben der Dollar-Stabilität auch die Beschäftigung zu sichern.

**Aber die Fed versucht seit Jahren, die US-Wirtschaft durch Nullzinspolitik und riesige Anleihekäufe zu stimulieren. Trotzdem kommt die Wirtschaft nicht richtig in Gang. Ist das Mittel der Geldpolitik ausgezehrt?**

Die Experten streiten über die Gründe, warum die Wirtschaft nicht richtig anspringt. Die Fed kann nur Geldpolitik betreiben. Steuer- und Budgetpolitik sind dagegen Sache des Kongresses. Der konnte wegen der Blockade der Republikaner zuletzt keine Entscheidungen treffen. Das muss sich ändern, egal wer die Wahl gewinnt. Nach der Wahl am 6. November und vor dem 31. Dezember 2012 müssen dann die schwierigsten und wichtigsten Entscheidungen getroffen werden, vor allem in der Steuerpolitik.

**Springen wir über den Atlantik: Was macht Europa falsch in der Euro-Krise? Die USA sind ein Bundesstaat und haben nicht das Problem der Euro-Staaten, alle auf einen gemeinsamen Nenner kommen zu müssen. Die Europäische Union mit 27 Staaten und die Euro-Zone mit 17 Ländern sind**

einfach zu schnell erweitert worden. Bei der Wiedervereinigung Deutschlands gab es auch Stimmen wie die von dem damaligen Bundesbankpräsidenten Karl Otto Pöhl, die sich gegen den 1:1-Umtausch der Ost-Mark wehren, weil dieser die Wirtschaft im Osten zerstören würde. Die Politik setzte sich in beiden Fällen über die berechtigten Bedenken der Experten hinweg. Im Euroraum waren auch politische Erwägungen ausschlaggebend und zu viele Staaten mit sehr unterschiedlicher Wirtschaftskraft kamen zu schnell zusammen, ohne Möglichkeiten, dieses zu kompensieren. Diese Problematik ist sehr schwierig zu lösen. Man muss letztlich den großen Schritt wagen und sagen: Wir sind beim Geld eine Union. Deshalb stehen wir für alles gerade und lassen keinen hängen, auch Griechenland nicht. Das ist auch im Interesse Deutschlands, denn seine exportabhängige Wirtschaft würde schrecklich leiden, wenn der Euro zerbricht. Das müsste die Politik den Bürgern aber besser erklären.

**Die Außenpolitik spielte im Wahlkampf in den USA bisher keine große Rolle. Wo sehen Sie die größten außenpolitischen Aufgaben für den nächsten Präsidenten?**

Als ich in den demokratischen Regierungen unter John F. Kennedy in den 1960er Jahren

oder unter Jimmy Carter in den 1970er Jahren arbeitete, war die Welt noch relativ einfach. Für die USA galt es, die transatlantische Partnerschaft zu fördern und das westliche Europa gegen das Sowjetimperium zu schützen. In der damaligen Welthandelsorganisation GATT waren China und Russland nicht vertreten, Länder wie Indien oder Brasilien spielten damals keine größere Rolle. Heute ist die Welt ganz anders, vielfältiger und komplizierter und Europa klagt jetzt über amerikanisches Desinteresse, weil die USA mehr nach China blicken als auf den alten Kontinent. Oder zu den Konfliktzonen in der islamischen Welt. Amerika weiß dennoch, dass das transatlantische Verhältnis von großer Wichtigkeit bleibt. Allerdings sind die Zeiten vorbei, als Washington fast monopolartig auf Europa schaute. Der Pazifik hat auch für die USA strategische Bedeutung, Obama hat aber immer versucht, die Balance zu wahren: Den Blick auf Asien richten, ohne Europa zu vergessen. Obama muss eine vielfältiger gewordene Welt managen.

**Stichwort Mittlerer Osten: Israel drängt auf eine Militäration gegen Iran. Bisher bremsen die USA. Bleibt es dabei?**

Ich habe nicht das Privileg, in die geheime wirkliche Situation Einblick nehmen zu kön-

# Die Karten werden neu gemischt

**WELTORDNUNG** Aufstrebende Volkswirtschaften rund um den Globus gewinnen an Bedeutung – und an Selbstbewusstsein. Europa und die USA müssen sich in einer vielfältiger werdenden Welt behaupten

Multipolare Welt: Vor allem in Asien und Afrika spielen die sogenannten BRICS-Staaten, Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika, eine immer größere Rolle.

Wenigstens in den täglichen Nachrichten sieht die Welt aus westlicher Sicht noch vergleichsweise einfach aus. Egal, welches Massenmedium, egal, ob online, im Gedruckten, im Fernsehen oder im Hörfunk: In Sachen Politik und Wirtschaft dominieren noch immer Meldungen aus den USA und Europa. Dabei bekommt die westliche Hemisphäre längst schon Konkurrenz. Die Vorreiter-Staaten anderer bevölkerungsreicher Kontinente treten zunehmend selbstbewusster auf. Kein Wunder, denn ihre Wirtschaft wächst.

**BRICS-Staaten** Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika bilden die Gruppe der sogenannten BRICS-Staaten. Gemeinsam stellen sie etwa 40 Prozent der Weltbevölkerung und mehr als 20 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts. Die Wirtschaft in den BRICS-Staaten wächst jährlich um bis zehn Prozent – gegenüber zwei Prozent innerhalb der EU. Das Akronym BRIC, gebildet aus den Anfangsbuchstaben der erst genannten vier Staaten, geht auf Jim O'Neill zurück, den Chefvolkswirt der Großbank Goldman Sachs. Er prägte den Begriff 2001, zu Beginn eines mehr als zehn Jahre anhaltenden Investment-Boom in diesen Ländern.

2009 führten Brasilien, Russland, Indien und China dann ihr erstes gemeinsames BRIC-Gipfeltreffen im russischen Jekaterinburg durch. Seither treffen sich die Staaten jährlich: 2010 in Brasilia, 2011 im chinesischen Sanya. In diesem Jahr war Neu-Delhi in Indien Austrichter des Treffens. Nachdem Südafrika im Dezember vor zwei Jahren eine Einladung zur Gruppe erhielt, gehört es offiziell dazu. Aus den BRIC- wurden die

BRICS-Staaten. Im kommenden Jahr wird dann Südafrika Gastgeber des fünften Gipfeltreffens sein.

**Stereotype** Trotz wachsender wirtschaftlicher und militärischer Macht findet das Bündnis der BRICS-Staaten im Westen nur selten mediale Aufmerksamkeit. Brasilien wird ebenso wie Indien oft mit Armut und Gewalt in Zusammenhang gebracht, dass

beide Länder weltmarktfähige Hochtechnologien exportieren, wird häufig übersehen. Russland ist da schon präsenter, allerdings vor allem, wenn es um Erdgas oder um Menschenrechtsverletzungen geht. Allein China scheint allgegenwärtig, allerdings nach wie vor vor allem als Lieferant von Gebrauchsgütern, in letzter Zeit aber auch durch seine zunehmende Aufrüstung.

**Linksruck** Hat der Westen für China immerhin klare Interpretationsmuster, so scheinen diese für Südamerika zu fehlen. Allein der politische „Linksruck“, der allen voran die Staaten Bolivien, Brasilien und Venezuela erfasst hatte, rückte den Kontinent sukzessive ins internationale politische Bewusstsein. Doch selten wird darüber berichtet, dass diese Länder sich auch ein Gegengewicht zu den USA auf dem amerikanischen Kontinent sein wollen.

Die neue wirtschaftliche Dynamik Südamerikas hilft ihnen dabei: Bereits 2004 war dort die jahrelange Rezession mit einem Wirtschaftswachstum von 5,6 Prozent überwunden worden. Der südamerikanische Binnenmarkt Mercosur (übersetzt:

„Gemeinsamer Binnenmarkt des Südens“) bildet einen Teil des Fundaments des neuen Wachstums. Der internationale Export, unter anderem in die EU, wächst.

Im Wettkampf um Macht und Einfluss vor Europas Haustür, in Afrika, hat Brasilien längst gegenüber dem Westen aufgeholt: Noch in diesem Jahr will es eine Auslandsvertretung in Malawi eröffnen – die somit 37. auf dem Kontinent insgesamt. Das Handelsvolumen zwischen Brasilien und allen Ländern Afrikas ist zwischen 2002 und 2011 von 4,3 auf 27,6 Milliarden US-Dollar ange-

stiegen. Brasilianische Unternehmen investieren vornehmlich in den portugiesisch-sprachigen Ländern, die wie Brasilien selbst einst portugiesische Kolonien waren. Brasilien hat es nicht auf die Rohstoffe Afrikas abgesehen. Das Land hat angekündigt, seinen eigenen Bedarf an Erdöl bald autark zu decken. Vielmehr ist Brasilien an einem ständigen Sitz im Uno-Sicherheitsrat interessiert und hofft dabei auf die Unterstützung der afrikanischen Staaten. Denn bei denen erfreut es sich weitaus größerer Beliebtheit als die früheren Kolonialmächte.

Ob sich die BRICS-Staaten mittel- oder langfristig weltpolitisch etablieren können, ist unklar, mancher hält den Zusammenschluss für ein Zweckbündnis von fünf Ländern mit völlig verschiedenen Interessen. Auch der Politikwissenschaftler Herfried Münkler von der Humboldt-Universität Berlin ist skeptisch, er hält Rede von den BRICS-Staaten lediglich für eine „Hysterie“. Entscheidender sei, ob es die EU und die USA gemeinsam schaffen, die Lage in Nordafrika und im Nahen Osten zu stabilisieren und wie sich die USA in einem etwaigen Krieg zwischen China und Japan verhalten würden. Dass dieser kommt, hält Münkler langfristig für nicht ausgeschlossen.

**Die kommenden Elf** Goldmann-Sachs-Banker Jim O'Neill hatte übrigens nicht nur die BRIC-Staaten im Blick, sondern weitere aufstrebende Staaten als die „Next Eleven“, also die „Nächsten Elf“ bezeichnet. Die vier größten Märkte von ihnen sind Mexiko, Indonesien, Südkorea und die Türkei – die sogenannten MIST-Staaten. Sie sind auch die größten Märkte im Goldman Sachs „Next 11 Equity Fund“. Dieser hat in diesem Jahr zwölf Prozent zugelegt, verglichen mit einem Plus von 1,5 Prozent im Goldman-Fonds für die vier BRIC-Länder Brasilien, Russland, Indien und China.

Verena Renneberg



Die Regierungschefs der BRICS-Staaten, v.l.n.r.: Dilma Rousseff (Brasilien), Wladimir Putin (Russland), Manmohan Singh (Indien), Hu Jintao (China) und Jacob Zuma (Südafrika)

## Das transatlantische Verhältnis ist wieder im Lot

**DEUTSCH-AMERIKANISCHE BEZIEHUNGEN** Kanzlerin Merkel und US-Präsident Obama kooperieren ohne Probleme. Die Freundschaft steht seit 1945 auf festen Fundamenten

„Nie waren die deutsch-amerikanischen Beziehungen lebendiger, nie waren sie wichtiger.“ Solche Sätze sagt Philip D. Murphy, US-Botschafter in Berlin, gerne bei seinen Auftritten. Und in der Tat: Von der „Eiszeit“ des Verhältnisses zwischen US-Präsident George W. Bush und Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) nach 2003 wegen des Irakkrieges, als sich Deutschland der US-geführten „Koalition der Willigen“ verweigerte, sind beide Länder heute weit entfernt. Unter Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und Präsident Barack Obama ist das Verhältnis trotz Differenzen, so zur Euro-Rettung und Wachstumspolitik, im Grundsatz wieder gut. Auch wenn das wiedervereinigte Deutschland in Washington ein wenig als der sperrige, selbstgerechte Partner in Europa gilt, Angela Merkel erfährt, auch wegen ihrer Biografie, jenseits des Atlantiks viel Anerkennung und wird als „Europe's leader“ angesehen.

**Einwanderung** Das deutsch-amerikanische Verhältnis – es ist auch eine Sache der Einwanderung seit über 300 Jahren. 1683 kamen die ersten Deutschen nach Nordamerika. Heute bekennen sich 58 Millionen der 312 Millionen Amerikaner zu deutschen Wurzeln. Auch wenn sich die USA in den beiden Weltkriegen gegen Deutschland wandten: Es gibt über die Jahrhunderte auch eine deutsch-amerikanische Parallele in der Geschichte, neben einer französisch-amerikanischen oder englisch-amerikanischen. Beim Unabhängigkeitskrieg der Siedler gegen die Briten gab es nicht nur das Wirken des französischen

Aufklärers Marquis de Lafayette. Friedrich der Große schickte seinen General Steuben zur Rebellen-Armee George Washingtons. Daraus erwuchs 1785 der Freundschafts- und Handelsvertrag Amerikas mit Preußen. Beim amerikanischen Bürgerkrieg unterstützte Preußens Ministerpräsident Bismarck die Nordstaaten gegen den Süden. Die USA verhielten sich umgekehrt wohlwollend bei den deutschen Einigungskriegen. Deutschland rückte erst seit der Reichsgründung 1871 in den Fokus amerikanischer Außenpolitik. Obwohl es zwischen dem Reich und den USA keine ernsthaften Differenzen gab, verschlechterten sich die Beziehungen nach Beginn des Ersten Weltkriegs drastisch. Dies kulminierte im US-Kriegseintritt gegen Deutschland im April 1917, nach der Verkündung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges durch Berlin.

Obwohl die USA ausschlaggebend für den Sieg der Alliierten waren, konnte Präsident Woodrow Wilson 1919 in Versailles keinen maßvollen Frieden durchsetzen. Der US-Senat verweigerte den Beitritt zum Völkerbund, die US-Truppen zogen bald aus Europa ab. Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten 1933 verschlechterten sich die Beziehungen zusehends. Trotz offizieller Neutralität nach Ausbruch des Zweiten Weltkriegs 1939 unterstützte US-Präsident Frank-

lin D. Roosevelt die kriegführenden Briten. Im Dezember 1941 erklärte Hitler Amerika den Krieg. Nach dem alliierten Sieg 1945 verhielt sich die US-Politik anders als nach dem Ersten Weltkrieg: Washington setzte unter Präsident Harry S. Truman und nachfolgend unter Dwight D. Eisenhower auf ein bleibendes, starkes Engagement in Europa. Die USA wurden, in Reaktion auf den Kalten Krieg mit Moskau, Geburtshelfer der 1949 gegründeten Bundesrepublik Deutschland. Mit dem Marshall-Plan schoben die USA 1948 den Wiederaufbau an. Über eine Luftbrücke versorgten amerikanische (und britische) Flugzeuge 1948 bis 1949 das von den Sowjets abgeriegelte West-Berlin – ein Markstein für die deutsch-amerikanische Freundschaft.

Die USA förderten, unterstützt von Kanzler Konrad Adenauer (CDU), den Aufbau der Bundeswehr und die Einführung des westdeutschen Teilstaats in die Nato. Die Phase zwischen 1955, als die Bundesrepublik in die Souveränität entlassen wurde, und 1990, dem Jahr der Wiedervereinigung, gilt als Zeit der grundsätzlichen Übereinstimmung in den meisten politischen Fragen – trotz Differenzen in der Sicherheitspolitik oder der Enttäuschung über den Bau der Berliner Mauer 1961, den US-Präsident John F. Kennedy passiv hinnahm.



„Reißen Sie diese Mauer nieder“: US-Präsident Ronald Reagan (M.) bei seiner legendären Rede vor dem Brandenburger Tor am 12. Juni 1987

Auch in den Zeiten der neuen Ostpolitik unter Kanzler Willy Brandt (SPD) blieben die Beziehungen zu den USA gut. Gab es zwischen Kanzler Helmut Schmidt (SPD) und US-Präsident Jimmy Carter Animositäten, verbesserten sich unter Helmut Kohl (CDU) und Ronald Reagan die Beziehungen in den 1980er Jahren wieder, trotz mancher Kritik an Reagans Nachrüstungs-Kurs. Reagans Appell vor dem Brandenburger Tor 1987 „Mr. Gorbatschow, tear down that wall“ klang damals wie eine Utopie. Zwei Jahre später wurde sie Wirklichkeit, als die Ostdeutschen die Mauer

selbst überwand. Der Prozess der deutschen Vereinigung 1989/90 wurde zur Sternstunde der Beziehungen. Die USA unter Präsident George Bush sen. unterstützten von Beginn an die Einheit, gegen das anfangs widerstrebende England unter Margaret Thatcher und Frankreich unter François Mitterrand.

**Neue Basis** Nach Ende des Ost-West-Konflikts brauchten die Beziehungen eine neue Basis. Die USA wenden ihr Augenmerk seither auf das aufstrebende Asien. Durch die zunehmende Einbindung Deutschlands in die

EU ist fraglich, wie weit künftig von separaten deutsch-amerikanischen Beziehungen gesprochen werden kann. Zudem gibt es neue Herausforderungen seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001. Ihnen ordnen die USA außenpolitisch alles unter. Auch wenn es jenseits des Atlantiks überspannte Erwartungen über die Möglichkeiten Deutschlands bei der Bewältigung ökonomischer Krisen und globaler Probleme gibt: Heute gilt das wirtschaftsstarke „Germany“ inmitten der Krise von Euro-Ländern in den USA als Star. Gab es in den 1980er Jahren wegen des Zweiten Weltkrieges und Holocausts noch antideutsche Stimmungen, ist davon nichts mehr zu spüren. Die Millionen Amerikaner, die nach dem Krieg als Militärs in der Bundesrepublik stationiert waren, schwärmen davon, wie schön es in „good old Germany“ sei, wie lecker das Essen, wie prächtig die Burgen. Das größte sind derzeit Autos mit „German Engineering“.

Die USA sind heute wichtigster Handelspartner Deutschlands außerhalb der EU, Deutschland wichtigster Handelspartner Amerikas in Europa. Das künftige deutsch-amerikanische Verhältnis wird nach Auffassung von Karsten Voigt, bis 2010 Koordinator der Bundesregierung für deutsch-amerikanische Zusammenarbeit, wesentlich davon abhängen, wie weit das Land bereit ist, „zur Stabilisierung von Konflikten auch fern von Europas Grenzen beizutragen“. Hier habe Washington ganz Europa im Blick. Nur als „unentbehrlicher Partner“ fände man in Washington weiter Gehör.

Hans Krump

Amerika sieht seine vitalen Interessen bedroht, aber es ist in seiner Handlungsfähigkeit enorm eingeschränkt. Die massiven sozioökonomischen Probleme im Innern wirken sich auf das Selbstverständnis im außenpolitischen Handeln und auf den Aktionsradius der Weltmacht aus. An den Rändern des politischen Spektrums argumentieren auf der einen Seite liberale Republikaner und auf der anderen gewerkschaftsnahe Demokraten aus ganz unterschiedlichen Gründen gegen das internationale Engagement der USA: Die libertär gesinnten Republikaner – vor allem die Anhänger der Tea-Party-Bewegung – sehen die „innere kapitalistische Ordnung“ und das wachsende Haushaltsdefizit mit Sorge und stellen sich gegen das kostspielige militärische Engagement, während die traditionellen, den Gewerkschaften nahestehenden Demokraten die „sozialen Interessen Amerikas“ verteidigen und befürchten, dass Mittel für internationale Angelegenheiten oder militärische Zwecke aufgewendet werden, die dann im Etat für innere soziale Belange fehlen.

Wegen der prekären wirtschaftlichen und innenpolitischen Lage kann der globale Hegemon USA künftig nicht mehr die erforderlichen Leistungen wie Sicherheit, freien Handel und eine stabile Leitwährung bieten, sondern wird vielmehr versuchen, seine Interessen rücksichtsloser durchzusetzen und Lasten auf seine Konkurrenten und Verbündeten abzuwälzen. Besonders in der Sicherheitspolitik hat das gravierende Auswirkungen für Europa.

**Butter und Kanonen** Barack Obama hat ein schweres Erbe übernommen: eine miserable wirtschaftliche Lage und leere Haushaltskassen. George W. Bushs Butter-und-Kanonen-Politik, also Steuersenkungen trotz immenser Kriegsausgaben, hatten den Staatshaushalt stark belastet. Hinzu kamen dann auch unter Obamas Führung milliardenschwere Maßnahmen, um die größte Wirtschafts- und Finanzkrise seit den 1930er Jahren zu beheben. Mit den Rettungs- beziehungsweise Konjunkturprogrammen wurde der ohnehin schon angespannte Staatshaushalt noch mehr belastet. Aufgrund der wiederholten jährlichen Rekordhaushaltsdefizite von neun bis zehn Prozent des Bruttoinlandsproduktes (zuletzt 1,3 Billionen US-Dollar im Haushaltsjahr 2011) ist die Gesamtschuldenlast der USA mittlerweile auch politisch untragbar geworden. Die USA müssen eher früher als später die in den letzten Jahrzehnten angehäuften Schuldenberge abbauen – auch um ihre Kreditwürdigkeit aufrechtzuerhalten. Die inländische Sparquote trägt wenig zur Beseitigung des Problems bei, da sie traditionell niedrig ist und viele private Haushalte sogar hoch verschuldet sind. So wird der Staat seine Ausgaben umso drastischer senken müssen, je weniger das Ausland fähig oder bereit ist, Amerikas Staatsschulden zu finanzieren.

Nach der politischen Selbstblockade zwischen dem Präsidenten und dem Kongress und der Herabstufung der Kreditwürdigkeit der USA durch die Ratingagenturen im Sommer 2011 ist ab Januar 2013 zu erwarten, dass – mit wenigen Ausnahmen – Ausgabenbereiche nach dem Rasenmäherprinzip gekürzt werden. Zusammen mit den ohnehin geplanten Einsparungen sollen in den nächsten zehn Jahren allein im Verteidigungsbereich etwa eine Billion US-Dollar eingespart werden.

Washington hat bisher auf die kostspielige Strategie massiver Militärpräsenz gesetzt, um seine Energieressourcen und Handelswege zu sichern. Diese Strategie lässt sich wegen der schlechten sozioökonomischen

# Amerika – der gefesselte Riese

**SICHERHEITSPOLITIK I** Die verschuldeten USA werden Lasten verringern und abgeben



Die USA setzen zunehmend auf Drohnen, um geostrategisch wichtige Gebiete zu überwachen und zu kontrollieren. Das ist billiger.

Verfassung Amerikas und wegen des schwindenden innenpolitischen Rückhalts im eigenen Land nicht länger aufrechterhalten. Aufgrund dieser Faktoren wandelt sich die amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik. Folgende Trends sind bereits absehbar: Um die innenpolitischen und finanziellen Kosten von Auslandseinsätzen zu verringern, wird die Weltmacht ihren so genannten militärischen Fußabdruck verkleinern und geostrategisch wichtige Gebiete etwa durch eine Flotte unbemannter Flug-

körper (Drohnen) mitsamt den dafür weltweit nötigen Basen kontrollieren. Der Einsatz von Drohnen zur Überwachung, Unterstützung und Bekämpfung feindlicher Ziele, aber auch zur Spionage und Aufklärung hat enorm zugenommen.

**Neuartige Luftangriffe** Die Verlagerung der Kampf- und Aufklärungsarbeit auf Drohnen führt dazu, dass die klassische Luftwaffe an Bedeutung verliert und in diesem Bereich wie auch im Bereich konven-

tioneller Truppen Investitionen massiv zu rückgehen werden. Bereits 2007 machte Präsidentschaftskandidat Obama kein Hehl daraus, dass er im Notfall auch ohne Billigung Islamabad und der internationalen Staatengemeinschaft auf dem souveränen Staatsgebiet Pakistans militärische Gewalt gegen Terroristen einsetzen werde. Als Präsident hat Obama den Einsatz von Raketenangriffen unbemannter Drohnen im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet forciert und auf Somalia und Jemen ausgeweitet,

zum Teil mit Erfolg. Es gelang, wichtige Anführer von Al-Qaida gezielt zu töten. Washington riskiert damit, die Bevölkerungen dieser Länder gegen sich aufzubringen, Terrorgruppen die Rekrutierung zu erleichtern und diplomatischen Kollateralschaden zu verursachen. Am Ende könnte es mit diesem aus innenpolitischen, weil Kosten sparenden Gründen gleichwohl opportunen Vorgehen gerade jene Alliierten verprellen, mit denen es Lasten teilen möchte – so auch die eindringliche Warnung von John B. Bel-

linger III, dem langjährigen Sicherheitsberater des amerikanischen Außenministeriums.

Die ursprünglich als Vorhut im weltweiten Kampf gegen den Terror eingesetzten unbemannten Aufklärungs- und Kampfflugzeuge können selbstredend auch gegen eine andere am Horizont aufziehende Gefahr in Stellung gebracht werden: gegen China, die aufstrebende Wirtschaftsmacht in Asien, die für ihr weiteres Wachstum immense Energieressourcen benötigen wird. Indem sie diese zunehmend militärisch sichert, gerät sie in Konflikt mit den so genannten vitalen Interessen der USA. Die Außen- und Sicherheitspolitik der USA wird sich weiterhin auf Regionen konzentrieren, in denen vitale Sicherheitsinteressen, insbesondere die Energie-Interessen der USA betroffen sind, etwa im Mittleren Osten, Afrika und Asien. Der Schwerpunkt amerikanischer Sicherheitspolitik verlagert sich in den Pazifik, um ein Gegengewicht zu dem erstarkenden China aufrechtzuerhalten. Um die wichtigsten Handelsstraßen zu sichern, vereinbaren die USA und Australien eine Sonderbeziehung. Ebenso wurden die Beziehungen zu anderen gleichgesinnten Ländern wie Japan und Südkorea auf eine neue Basis gestellt. Mit der Hinwendung nach Asien trägt Amerika nicht nur dem Rechnung, was es als neue sicherheitspolitische Bedrohung wahrnimmt, sondern auch seiner wirtschaftlichen Abhängigkeit und dem Wunsch, die Lasten weltweiter Verantwortung neu zu verteilen. Auf der einen Seite fordert es die alten westlichen Alliierten auf, ihren Beitrag zum Militärbündnis zu erhöhen, auf der anderen Seite werden die Demokratien in Asien angehalten, ebenfalls zum Fortbestand beziehungsweise Ausbau einer liberalen Weltordnung finanziell und militärisch beizutragen. Dazu sollen mittel- bis langfristig multilaterale Organisationen wie die Vereinten Nationen und die Nato reformiert werden. Zudem will Amerika Institutionen in Asien, etwa das Asiatisch-Pazifische Wirtschaftsforum (Apec) oder den Verband Südostasiatischer Staaten (Asean) zur Umsetzung seiner eigenen Ordnungsvorstellungen in der Region einspannen. Europa gerät zusehends aus dem Fokus amerikanischer Sicherheitspolitik; gleichzeitig wird der Druck auf die europäischen Partner steigen, sich an internationalen Einsätzen zu beteiligen.

**Neue Strategien** Weil die Finanzkrise die Nato-Staaten zum Sparen zwingt, muss das Militär mit weniger Geld mehr leisten. Deshalb sollen Fähigkeiten gebündelt werden, Staaten Souveränität abgeben. Diese Idee stammt von Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen. Er nennt sie „Smart Defense“. Die EU nennt diese Verteidigungskooperationen „Pooling“ und „Sharing“, also Zusammenlegung und Teilung. Ob es den Europäern gelingt, diese Worthülsen mit Inhalten zu füllen, wird Auswirkungen auf die Allianz haben. Denn die USA erwarten, dass die Europäer ihre Rüstungsausgaben besser koordinieren und bei der Stabilisierung prekärer Staaten wie Afghanistan, Pakistan oder Libyen mehr Verantwortung übernehmen (zum Beispiel bei der Ausbildung von Polizeieinheiten). Sollten die Europäer nicht willens oder fähig sein, die ihnen zugedachten Lasten zu schultern, werden ihnen die stichhaltigen Argumente gegen eine Globalisierung der Nato (siehe Artikel unten) ausgehen. *Josef Braml*

Der Autor ist USA-Experte der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) in Berlin. In seinem aktuellen Buch „Der amerikanische Patient“ analysiert Braml die Folgen wirtschaftlicher und innenpolitischer Probleme auf die Außen- und Sicherheitspolitik der USA.

## Drehkreuz eines globalen Netzwerks

**SICHERHEITSPOLITIK II** Wie sich die Nato in einer multipolaren Weltordnung neu definieren muss

Der jüngste Nato-Gipfel in Chicago war bereits vom Präsidentschaftswahlkampf in den USA überschattet. Dennoch bleiben beide Kandidaten eine klare Vision über die Zukunft der einzigen institutionellen Verbindung mit Europa bisher schuldig. Dabei wird hinter den Kulissen bereits intensiv über diese Frage diskutiert.

**Verschiebung globaler Macht** Die Nato muss künftig auf zwei zentrale globale Entwicklungen Antworten finden. Zum einen hat sich trotz der gesunkenen Anzahl bewaffneter Konflikte seit dem Ende des Ost-West-Konflikts die gefühlte Unsicherheit in den Bevölkerungen Europas und Nordamerikas vor allem aufgrund transnationaler Bedrohungen und Risiken erhöht. Zum anderen verdeutlicht der wirtschaftliche Aufstieg von Staaten wie China und Indien eine Verschiebung des globalen Machtzentrums vom atlantischen in den pazifischen Raum sowie eine Infragestellung bestehender globaler Hierarchien und Machtverhältnisse. Nach Berechnungen der Investmentbank Goldman Sachs wird das Bruttoinlandsprodukt von Brasilien, China, Indien und Russland mit der Wirtschaftsleistung der G7-Staaten in den kommenden zwei Jahrzehnten gleichziehen. Dies hat auch sicherheitspolitische Auswirkungen. Bereits jetzt geben die asiatischen Staaten mehr für ihre Verteidigung aus als die Europäer.

Diese Entwicklungen stellen das transatlantische Verhältnis vor große Herausforderungen. Wie können also Europa und die USA angesichts tiefgreifender Veränderungen im internationalen System ihre künftigen Sicherheitsbeziehungen auf eine neue institutionelle Grundlage stellen?

Die Sicherheitsbedrohungen für Europa und Nordamerika liegen heute vor allem außerhalb des euro-atlantischen Raums. Dies bedeutet jedoch keineswegs, dass sich die NATO auch zwangsläufig in globalen militärischen Einsätzen befinden muss. Dies ist neben den eng begrenzten Ressourcen und Kapazitäten vor allem einer zunehmend skeptischen innenpolitischen Öffentlichkeit ohnehin nur schwer vermittelbar – und dies gilt angesichts von Wirtschaftskrise und Afghanistan-Einsatz sowohl für die USA als auch für Europa. Die Nato wird sich daher nicht zum Weltpolizisten oder zur globalen Interventionsmacht entwickeln, sondern vielmehr Hilfe zur Selbsthilfe leisten müssen.

Die strategische Kernaufgabe der Nato – die Gewährleistung von Frieden und Sicherheit im euro-atlantischen Raum – wird sich künftig auf die Förderung regionaler Sicherheitsintegration konzentrieren. Dieses Vorgehen beinhaltet den Ausbau der bereits bestehenden Partnerschaften mit regionalen Akteuren wie den Mittelmeer-Anrainerstaaten oder dem Golfkooperationsrat mit dem

Ziel, ein weltweites Netzwerk von Sicherheitsorganisationen zu flechten, die mehr und mehr für das Krisenmanagement in ihrer jeweiligen Region zuständig sind in Afrika, im Mittleren Osten, in Zentralasien. Die Nato wird damit zum Drehkreuz eines globalen Sicherheitsnetzwerkes.

**Dienstleister** Eine der künftigen Aufgaben der Nato besteht darin, die Leistungsfähigkeit ihrer Partnerinstitutionen zu stärken, indem sie bestimmte Dienstleistungen zur Verfügung stellt: Ausbildung, Beratung und finanzielle Unterstützung beim Ausbau administrativer Fähigkeiten, Bereitstellung von Transportflugzeugen für die Verlegung regionaler Friedenstruppen ins Krisengebiet sowie Kommunikations- und Aufklärungstechnologie, um die Einsatzfähigkeit der vor Ort agierenden Streitkräfte zu erhöhen. Exemplarisch ließ sich dies bereits in der Zusammenarbeit mit der Afrikanischen Union während der Darfurkrise beobachten.

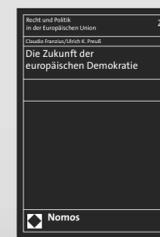
Die Weiterentwicklung der Nato zur Netzwerkorganisation birgt jedoch ein hohes Konfliktpotenzial für das transatlantische Verhältnis. Bereits jetzt ist die ungleiche Lastenverteilung innerhalb des Bündnisses ein großes Problem. Während die USA vier Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes für ihre Verteidigung ausgeben, sind dies in Europa gerade einmal 1,5 Prozent. Nun ist mehr

nicht gleich besser. Doch die bisherigen Auslandseinsätze der Nato verdeutlichen auch eine qualitative Abhängigkeit der Einsatzfähigkeit europäischer Streitkräfte von den USA. Angesichts der angekündigten drastischen Kürzungen im amerikanischen Militäretat wird der Druck auf Europa, künftig besser in seine eigene Verteidigung zu investieren, zunehmen. Der geplante Teiltruppenabzug amerikanischer Streitkräfte aus Deutschland und die Stärkung der amerikanischen Militärpräsenz im pazifischen Raum sind erste Anzeichen hierfür. Dies muss jedoch nicht zwangsläufig höhere Verteidigungskosten für Europa beinhalten. Die USA – und hierin sind sich Republikaner und Demokraten weitgehend einig – fordern von den Europäern vielmehr, ihre bestehenden militärischen Ressourcen und außenpolitischen Entscheidungsprozesse stärker zu bündeln und innerhalb des europäischen Einigungsprozesses zu integrieren. Dies ist angesichts der Eurokrise leichter gesagt als getan. Sollte sich Europa diesem Ansatz jedoch verschließen, wird Washington das Interesse an der Nato sukzessive verlieren und nach strategischen Alternativen suchen. Dies wiederum kann nicht im Interesse Europas sein. *Simon Koschut*

Der Autor ist akademischer Rat am Lehrstuhl für Auslandswissenschaft der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg.

Anzeige

## Re-Parlamentarisierung Europas



NEU

Die Zukunft der europäischen Demokratie

Von Claudio Franzus und Ulrich K. Preuß

2012, 182 S., brosch., 48,- € ISBN 978-3-8329-7684-2

(Recht und Politik in der Europäischen Union, Bd. 2)

In der Schuldenkrise wird deutlich, dass die EU nur als demokratisches Gemeinwesen überleben kann. Aber wie? Die Vorschläge dieses Bandes sind dem Konzept einer „lebendigen Demokratie“ verpflichtet. Europäische Politik muss stärker an den Willen der Bürger in ihrer Doppelrolle als Angehörige von Staatsvölkern und als Unionsbürger zurückgebunden werden.

Weitere Informationen: [www.nomos-shop.de/19390](http://www.nomos-shop.de/19390)

**Nomos**

# Jähres Ende einer Wende

**ENERGIE** Nicht der Umweltschutz, sondern der Wunsch nach Unabhängigkeit vom Erdöl verhalf den erneuerbaren Energien in den USA zum Durchbruch. Durch billiges Erdgas könnte diese neue Ära schneller beendet werden als erwartet

Ein solarbetriebenes Verkehrsschild in Lyndhurst im US-Staat New Jersey. Nur acht Prozent des amerikanischen Energiebedarfs wird aus „Renewables“ (Erneuerbaren) gedeckt.

Die Fabrik war ein Vorzeigeprojekt. In Fort Madison (Iowa) produziert Siemens seit 2007 Rotoren für Windräder, ein – wie bis vor kurzem viele glaubten – zukunftsträchtiger Markt. 600 Leute wurden eingestellt, für die strukturschwache Gegend im Mittleren Westen ein Segen. Dann, in diesem September, der Schock. Zwei Drittel der Belegschaft müssen gehen. Der Grund: Auftragsmangel. „Unsicherheit und veränderte Marktbedingungen“ hätten die Kunden vertrieben, teilte Siemens mit. Noch immer haben erneuerbare Energien in den USA nicht den Durchbruch geschafft. Als Obama vor vier Jahren gewählt wurde, hofften viele, der neue Präsident werde ein neues Zeitalter für die Klimapolitik einläuten. Das hat sich nicht erfüllt. „Eine Energiewende im deutschen Sinne gibt es in den USA nicht“, sagt Thomas Zielke, Delegierter der Deutschen Wirtschaft in Washington. Wind trug 2011 nach Angaben der US-Energiebehörde EIA nur 1,2 Prozent zum Primärenergieverbrauch bei, der Anteil von Sonne lag noch darunter.

**Hauptsache unabhängig** Im „Blueprint for a Secure Energy Future“, seinem Entwurf für die Energieversorgung der Zukunft, mit dem Obama im vergangenen Jahr seine energiepolitischen Leitlinien umriss, steht nicht etwa Umweltschutz an erster Stelle, sondern

die Unabhängigkeit von ausländischen Öllieferungen. Das könnte eine gute Nachricht für erneuerbare Energien sein, die schließlich im eigenen Land produziert werden. Ihr Anteil wächst auch, wenngleich auf einem niedrigen Niveau. Doch anders als in Berlin genießen sie in Washington keine Sonderstellung: Der Blueprint führt sie summarisch unter anderen heimischen Energieträgern auf, die in den USA als „sauber“ gelten; darunter sogar Kohle in Form von „Clean Coal“, ein umstrittenes Verfahren, bei dem Kohlendioxid abgespalten und unterirdisch eingelagert wird.

„Vor allem aber ist es billiges Erdgas, das den Aufstieg von Wind und Sonne verhindert“, sagt John Sheehan, wissenschaftlicher Direktor am Umweltinstitut der University of Minnesota. In den USA gibt es riesige Schiefergas-Vorkommen. Sie galten lange Zeit als unzugänglich, lassen sich nun aber mit neuer Technik, dem sogenannten Fracking, ausbeuten. Seit 2009 ist Amerika der größte Erdgasproduzent weltweit. Immer neue Bohrfelder werden erschlossen, vor allem in der Marcellus-Formation, die sich vom nördlichen New York über Pennsylvania und Ohio bis nach Virginia erstreckt. Die Schwemme sorgt für Preisverfall: Eine Million BTU kostet derzeit unter drei Dollar, im Frühjahr sank der Preis sogar erstmals unter zwei Dollar. Das ist nicht kostendeckend. Doch die Gasförderer bohren trotzdem, um für sich Terrain zu si-

chern. „Es ist wie ein Goldrausch“, sagt Sheehan. Die Fördertechnik des Frackings, mit der in 500 Meter Tiefe Gesteinsschichten gesprengt werden, birgt Risiken für die Umwelt. So kann durch den Einsatz von giftigen Chemikalien, die dafür benötigt werden, das Grundwasser verseucht werden. Bisherige Unfälle blieben in ihren Auswirkungen aber lokal und führten nicht zu strengeren Auflagen, die das Bohren teurer machen würden. Nach EIA-Schätzungen wird die jährliche Gasproduktion in Amerika bis zum Jahr 2035 auf 800 Milliarden Kubikmeter steigen,



Erdgasbohrung im US-Staat Kansas

ein Plus von 150 Milliarden. Das billige Schiefergas wird seinen Anteil daran verdoppeln, auf 49 Prozent.

**Nicht konkurrenzfähig** Für die erneuerbaren Energien ist das eine schlechte Nachricht, denn angesichts der preiswerten Alternative sinkt die Bereitschaft in Washington, die „Renewables“, die erneuerbaren Energien, zu unterstützen. Einspeisevergütungen wie in Deutschland gab es in den Vereinigten Staaten zwar nie, aber dafür großzügige Steuerergünstigungen (Tax Credits) von 30 Prozent. Die Vorteile für Windenergie laufen Ende dieses Jahres aus, und bislang zeigt der Kongress keine Neigung, sie zu verlängern. Das ist der Hauptgrund für den dramatischen Auftragsrückgang bei Siemens. Auch Vestas, Gamesa, Clipper Windpower und DMI Industries legten bereits Kapazitäten still.

Trotzdem gibt es Fortschritte. Und die kommen von den Bundesstaaten. Immerhin 30 von 50 machen ihren Energieversorgern Umweltvorschriften: In Pennsylvania müssen bis 2020 insgesamt 18 Prozent des Stroms aus Öko-Quellen stammen, in Wisconsin bis 2015 insgesamt 10 Prozent. Kalifornien, für sich genommen die achtgrößte Volkswirtschaft der Welt, ist besonders ehrgeizig: Bis 2020 will der Sonnenstaat ein Drittel seines Stroms aus erneuerbaren Energien gewinnen, insbesondere mittels Photovoltaik. Oh-

nehin hat die Solarindustrie Glück – ihre Steuererleichterungen laufen noch bis 2016. Im ersten Halbjahr 2012 wurden Anlagen mit 1254 Megawatt installiert, mehr als doppelt so viel wie 2011. Größter inländischer Hersteller von Solarmodulen ist die US-Tochter der Bonner Firma Solarworld, die in Hillsboro (Oregon) produziert. Sie erwartet in diesem Jahr immerhin ein moderates Wachstum, trotz chinesischer Billigkonkurrenz. Die ist aus Sicht von Marketingdirektor Raju Yenamandra das größte Problem: „Wir hoffen, dass die Strafzölle wirken, die die Regierung kürzlich verhängt hat“, sagt er. Freilich hat der Preisdruck aus dem Ausland auch dazu beigetragen, grüne Energien billiger zu machen und am Markt zu etablieren: Die Kosten für Solarmodule seien in den vergangenen vier Jahren um 400 Prozent gesunken, von vier Dollar pro Watt im Jahr 2008 auf einen Dollar, heißt es in Obamas Entwurf.

**Neues Kernkraftwerk** Während Deutschland nach der Nuklearkatastrophe von Fukushima aus der Kernenergie aussteigen wird, stand in den USA eine radikale Wende nicht zur Debatte. Im Februar genehmigte die Regierung ein neues Atomkraftwerk in Burke (Georgia), das erste seit 30 Jahren. „Kernkraft gilt in Amerika als saubere Energie und ist politisch über Parteigrenzen hinweg akzeptiert“, so Wirtschaftsexperte Thomas Zielke.

Und Öl? Es bleibt der Energieträger Nummer eins, nur soll es vermehrt im Inland gefördert statt importiert werden, etwa durch das so genannte Offshore-Drilling. Selbst die verheerende Ölpest im Golf von Mexiko nach dem Unfall auf der Plattform Deepwater Horizon führte nicht zum Stopp – in den ersten acht Monaten dieses Jahres genehmigte die Aufsichtsbehörde 105 Bohrvorhaben in der Tiefsee, darunter ein sehr umstrittenes Projekt vor der Küste von Alaska. Shell will dort innerhalb von vier Jahren rund 4,5 Milliarden Dollar investieren. Umweltschützer befürchten nun, dass dies der Anfang einer ganzen Serie von Bohrvorhaben im bisher weitgehend unberührten arktischen Meer ist und Grönlandwale, Eisbären und Walrosse gefährdet.

Viel könnten die Vereinigten Staaten gewinnen durch Energieeffizienz. Aber Sparen fällt schwer. Dank eines mit viel Pomp angekündigten Energiesparprogramms im Rahmen der Konjunkturförderung wurden 350.000 Gebäude isoliert – nicht viel angesichts von über 130 Millionen oftmals schlecht isolierten Wohn- und Bürohäusern. Selbst bei den kürzlich beschlossenen Treibstoffzielen für die Autoindustrie geht es weniger um Ökologie als um Wettbewerbsfähigkeit. Bis also der Klimaschutz als eigenes Ziel salonfähig wird, muss sich noch viel verändern in Amerika.

Christine Mattauch

Die Autorin ist freie Journalistin in New York.

## Mit alten Rezepten gegen den neuen Energiehunger

**WAHLKAMPF** Vor vier Jahren gehörte die Klimapolitik in Amerika noch zu den Top-Themen. Heute spielt sie nur noch eine Nebenrolle

„Hope und change“ (Hoffnung und Wandel). Von dieser Ankündigung erhofften sich 2008 viele Menschen nach der Wahl Obamas einen echten Neuanfang – nicht nur in der amerikanischen, sondern auch in der internationalen Klimapolitik. Seit dem Ausstieg der USA aus dem Kyoto-Protokoll unter Präsident George W. Bush im Jahre 2001 waren klimapolitische Impulse nur noch von Pionieren in den Bundesstaaten oder Städten ausgegangen. Auch die internationalen Experten warteten auf ein Signal, welche alternativen Wege die USA gegen den Klimawandel beschreiten würden – bis heute vergeblich. Denn vier Jahre später ist die Klimapolitik offenbar kein Thema mehr. Schaut man genauer hin, zeigen die Programme Obamas und seines Herausforderers Mitt Romney jedoch gravierende Unterschiede. Vor allem an der Frage, ob sich ein menschlicher Einfluss auf den Klimawandel feststellen lässt, scheiden sich die Geister. Viele Republikaner bezweifeln das und Romney führt „wissenschaftliche Unsicherheiten“ ins Feld, um politische Maßnahmen Obamas abzulehnen.

**Neuer Kurs** In seiner Nominierungsrede auf dem Parteitag der Republikaner in Tampa versprach Romney, dass er nicht „das Anwachsen der Ozeane verlangsamen“, sondern „den amerikanischen Familien helfen“ wolle. Mit der Klimapolitik, so die Meinung vieler Republikaner, werde der amerikani-

sch Bevölkerung lediglich das Geld aus der Tasche gezogen. Eine Meinung, die auch durch die Tatsache, dass die USA 2012 von der schwersten Dürre seit den 1930er Jahren heimgesucht wurde, nicht beeinträchtigt wird. Dabei schien die Debatte auch bei den Republikanern schon weiter zu sein: Im letzten Wahlkampf debattierte Obama mit seinem damaligen republikanischen Herausforderer McCain nicht über das „ob“, sondern über das „wie“ der Klimaschutzmaßnahmen. McCain selbst hatte sich in überparteilichen Gesetzesinitiativen für ein nationales Emissionshandelssystem hervorgetan. Denn der Klimawandel galt damals über die Parteigrenzen hinweg als drängendes Problem.

Nach seinem Wahlsieg versuchte Obama daher, den Weg für eine grundlegende Transformation des amerikanischen Energiesystems freizumachen. Neben dem Schutz des Klimas ging es ihm aber auch um andere Motive: eine stärkere Unabhängigkeit von fossilen Energieimporten sowie die Schaffung neuer Arbeitsplätze durch „grüne“ Technologien. Seinen Worten folgten anfangs Taten: Obama verschärfte die Abgasnormen im Verkehr und ließ klimapolitisch ambitionierte Vorstöße in einzelnen Bundesstaaten wie Kalifornien ge-

währen. Als Teil des amerikanischen Konjunkturpakets erhöhte er massiv die Forschungsetats, um erneuerbare Energien zu fördern und das marode Stromnetz zu erneuern.

Im Vergleich zur deutschen Energiewende wurden in den USA deutlich andere Akzente gesetzt: Obama stellte staatliche Beihilfen für den Bau neuer Atomkraftwerke in Aussicht, Ethanol und saubere Kohletechnologien wurden massiv unterstützt. Diese energiepolitische Priorisierung folgt den Interessen zentraler Wählergruppen im Mittleren Westen der USA. Denn so sollten sie für das als Herzstück gedachte klima- und energiepolitische Gesetzespaket im Kongress gewonnen werden.

Durch die demokratische Mehrheit in beiden Kammern des Kongresses sah es zunächst so aus, als ob unter Obama ein klimapolitischer Neuanfang entstehen könnte. Doch bei den Republikanern baute sich ein vehementer Widerstand gegen eine weitreichende Klimagesetzgebung und die Einführung eines Emissionshandelssystems auf. Wesentlich von Vertretern der Tea-Party befördert, kehrten schon längst überwunden geglaubte Zweifel an der Existenz des Klimawandels in die innenpolitische De-



Zeichen des Aufbruchs: Auf dem Weltklimagipfel in Kopenhagen 2009 hofften viele, dass die USA zum neuen Motor einer internationalen Klimapolitik werden würden.

batte zurück. Der im Sommer 2010 nach monatlangen Konsultationen vorgelegte „American Power Act“ machte erhebliche Konzessionen an die von Kohle, Schwerindustrie und Landwirtschaft geprägten Bundesstaaten, um im Senat die notwendige Zu-

stimmung für das Gesetzespaket zu erreichen. Das Scheitern der Initiative markierte den Wendepunkt für den klimapolitischen Führungsanspruch des Präsidenten. Mit dem Ergebnis im Kongress mussten auch die letzten verbleibenden Hoffnungen be-

graben werden, dass die Vereinigten Staaten auf internationaler Ebene nach langjähriger Abstinenz eine konstruktivere Rolle bei den Klimaverhandlungen einnehmen würden. Ein möglicher Präsident Romney dürfte diese Lage noch verschärfen. Er sorgt bereits jetzt mit seinen Plänen bei Umweltschützern für Proteste: Neben der Ankündigung, das von Obama auf Eis gelegte Projekt der Erdöl-Pipeline Keystone XL voranzutreiben, stellte er in Aussicht, weitreichende Ölbohrungen an der US-Küste freizugeben.

**Keine Alternative** Obamas Entgegnungen zu den republikanischen Angriffen auf die Klimawissenschaften blieben bislang eher defensiv. Zudem fehlt es an einem eigenen Programm, das Klimapolitik überzeugend als Chance für Amerika darstellt und politische Maßnahmen zum Klimaschutz aufzeigt. Zu groß ist offenkundig die Furcht Obamas mit dem Thema im Wahlkampf nicht zu den Wählern durchdringen zu können. Selbst bei einer Wiederwahl Obamas werden bei der internationalen Klimapolitik, auch aufgrund der zu erwartenden Blockaden im Kongress, kaum Fortschritte erwartet. So ruhen die Hoffnungen in Sachen Klimaschutz auf den Pionieren jenseits von Washington, die an der Klimawende im Kleinen arbeiten.

Dennis Taenzler

Der Autor ist Energie- und Klimaexperte des Politikberatungsinstituts adelphi.

# Schaustück und Stückwerk

**PRO** Europa sollte wie die USA 1787 den Schritt in eine Föderation wagen. In eine andere allerdings, sagt Joachim Fritz-Vannahme

Wer hat Angst vor den Vereinigten Staaten? Damals, als sich von Mai bis September 1787 in Philadelphia die Delegierten der amerikanischen Staaten trafen, hatten wohl die meisten Angst vor dem Schritt von der losen Konföderation zur politischen Föderation. Die illustre Runde tagte darum geheim und schuf die Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika – ein glatter Bruch mit den bis dahin gültigen Artikeln der Konföderation, wie sie 1781 die 13 Gründerstaaten verabschiedet hatten und die nur einstimmig geändert werden durften. Die Delegierten von Philadelphia hatten kein Mandat für eine Verfassung, Kritiker sprachen treffend von einer illegalen und secessionistischen Versammlung.

Den großen Schritt zu den USA vollzogen die Gründerväter nicht aus Idealismus, sondern aus Pragmatismus. Europäische Investoren hatten nach dem Schulden treibenden Unabhängigkeitskrieg kein Vertrauen mehr in die zerrütteten Finanzen der jungen Konföderation. Politisch erschien diese den Bankiers in London und Amsterdam als zu uneins, zu schwach, zu zögerlich. Warum sollte Europa heute, getrieben von inneren Widersprüchen (Einstimmigkeitsprinzip)

und äußeren Zwängen (Schuldenlast), nicht denselben Schritt vom Staatenverbund zur politischen Union, zu den Vereinigten Staaten von Europa wagen? Erster Einwand: Weil die Bürger das nicht wollen. Nun, die Umfragen legen derzeit nahe, dass ein Nein wahrscheinlicher ist denn eine Zustimmung zur politischen Union. Allerdings steht die Debatte um die Alternativen und deren Preis noch aus. Die Neinsager haben leichtes Spiel, solange sie die Kosten ihrer Verweigerung nicht vorrechnen müssen. Das lässt sich ändern: Erst wird gestritten in der Demokratie, dann wird abgestimmt. Und eine Wahl ist nun einmal keine Umfrage.

**Vereinigte Nationalstaaten** Zweiter Einwand: Weil die Nationen Europas etwas ganz anderes sind als die 13 dünn besiedelten US-Gründerstaaten, durch die englische Sprache und gegen die englische Krone geeint. Zugegeben, das Gewicht von Geschichte und Geografie schlägt in Europa anders zu Buche als damals in Amerika. Aber wer will denn die Nationen in den Vereinigten Staaten von Europa verschwinden lassen? Das wäre nicht nur illusorisch, es wäre auch ein Verlust an Vielfalt. Der langjährige EU-Kommissionspräsident Jacques Delors schlug vermittelnd einmal den Namen „Les Etats-nations unis“,

die Vereinigten Nationalstaaten von Europa vor. Das ist sprachlich recht ungenau, aber in der Sache ist es treffend.

Die Vereinigten Staaten von Europa würden wegen des Gewichts ihrer Nationen und Traditionen als auch wegen der Geschichte der europäischen Integration eine andere, ganz neue Form der Föderation sein. Sie wäre in ihrer Entwicklung unvergleichlich viel weiter und geeinter als es die USA 1787 sein konnten. Diese hatten ihren zweiten großen Krieg, den Bürgerkrieg, noch vor sich, und ihre Erweiterung von 13 auf heute 50 Staaten zog sich lange hin.

Dritter Einwand: In Europa fehlt es am europäischen Volk, an einer europäischen Sprache, an einer europäischen Öffentlichkeit. Zugegeben, das alles ist nur in Ansätzen vorhanden und wird wohl wegen der Sprachbarrieren niemals so ausgeprägt anzutreffen sein wie in Frankreich oder Großbritannien. Aber Europas Nationen sind nicht naturwüchsig entstanden, sie wurden gemacht und geformt, meist über Jahrhunderte hinweg. Mangelnde gemeinsame Öffentlichkeit? Die kleine Schweiz lebt mit vier Sprachen, auch in den Medien. Vielsprachig wird dort über die res publica, die weitere gemeinsame Entwicklung der Republik, debattiert. Genau besehen sind alle Einwände von einem irreführenden Vorbild abgeleitet: Denn

die Vereinigten Staaten von Europa werden kein Superstaat nach nationalem Vorbild (ja, welchem denn?) sein. Sondern eine föderale Union neuer Art. Was nach dem Zweiten Weltkrieg und nach dem Ende des Kalten Krieges auf diesem Kontinent entstand, ist einzigartig – und unvollendet geblieben. Diese politische Gemeinschaft ist Schaustück

**Diese Union muss die Teile in einer Verfassung miteinander verbinden.**

geworden und Stückwerk geblieben. Bleibt die EU, wie sie ist, wird sie dem enormen Druck von außen und innen nicht standhalten können. Schon heute sind die Widersprüche ihrer Politik mit Händen zu greifen. Im Grunde stehen der EU nur drei Wege offen. Zum einen der Weg in eine Stagnation, die eine schleichende Auflösung nach sich ziehen könnte. Darauf zielen der Ruf nach Rückkehr zur D-Mark oder einem Austritt Großbritanniens. Der zweite Weg sucht im Dickicht der Krisen nach Schlupflöchern. Irgendwie muss es doch weiter gehen, man schlägt sich halt durch. Genau das haben die führenden Politiker der EU in den vergangenen Jahren versucht und dabei zwar die Katastrophe bislang vermeiden können, aber das Vertrauen der Bürger verspielt.

Bleibt der dritte Weg hinein in eine neuartige politische Union. Wir nennen sie die Vereinigten Staaten von Europa, auch wenn sie am Ende vielleicht anders heißen wird. Diese Union muss Demokratie und Bürger, Unionsbürger und Nationalbürger, die Teile und das Ganze in einer Verfassung miteinander versöhnen. Dafür müssen die inneren Regeln neu austariert werden: Die zentralen Institutionen sind ja bereits geboren, das Europäische Parlament, die Kommission als Regierung, der Europäische Rat als Inkubationsraum für eine zweite Kammer, der Europäische Gerichtshof als oberster Schiedsrichter.

Aber die Institutionen werden derzeit in ihrem Wachstum und ihrer Entfaltung gehemmt durch Spielregeln, die vielen als zu kompliziert erscheinen. Wer muss was tun, wer darf was nicht tun in dieser künftigen Union? Das sollte neu verhandelt werden, mit durchaus (selbst)kritischem Abstand zum bisher Geleisteten. Im Jargon nennt man dies eine Kompetenzordnung: Der deutsche Föderalismus liefert übrigens eine Fülle von Beispielen dafür, was man

bei einer Kompetenzordnung alles falsch machen kann.

Schließlich wird auf dem Weg zu den Vereinigten Staaten von Europa eine Frage beantwortet werden müssen: Was werden die Vereinigungswilligen mit jenen tun, die bisher treue Partner waren, den großen Schritt nach vorn aber (noch) nicht wagen oder gar (erst einmal) ablehnen? Gewiss, solche Abstände zwischen einer Avantgarde der Integration und den Zögern und Zaudern gibt es bereits, etwa beim Euro oder dem Beitritt zum Schengen-Raum. Aber das werden Petitionen sein im Vergleich zur Gründung der Vereinigten Staaten.

**Besseres Europa** Heute wird gern die Frage gestellt: Wie hätten Sie's denn gern, lieber mehr Europa oder lieber weniger? Beide Fragen sind wenig hilfreich. Es geht vielmehr um ein besseres Europa, ein demokratischeres und handlungsfähiges Gemeinwesen. Genau wie 1787. Damals haben die Wagemutigen den richtigen Weg gewiesen. Mit Zaudern und Prinzipienreiterei hätte es die junge Republik nicht gegeben, die sich heute stolz die älteste der Welt nennt. Darum gilt: Courage, Europa!

Joachim Fritz-Vannahme

Der Autor ist Direktor des Programms Europas Zukunft der Bertelsmann Stiftung.



# Integration durch Wettbewerb

**CONTRA** Die USA mit ihrer relativen Homogenität eignen sich nicht als Blaupause für die europäische Einigung, meint Rainer Hank

In seiner berühmten Zürcher Rede vom 19. September 1946 propagierte der britische Premierminister Winston Churchill die „United States of Europe“ (USE) als Antwort auf die Katastrophe des großen zerstörerischen Krieges. Churchills Rede ist die Urszene einer Teleologie Europas, die seither vor allem von den Eliten in Deutschland vorangetrieben wird.

Immer schon war der Euro von seinen Befürwortern als „Lokomotive“ gedacht, die Europa in das gelobte Land der Vereinigung führen sollte. Interessant daran ist, dass die politischen und intellektuellen Eliten offenbar dem Ökonomischen die besten Chancen der Integration zumaßen. Man hätte ja auch über die Außenpolitik oder die Kultur integrieren lassen können. Aber Geld zieht noch immer, lautete die Annahme. Dabei waren die Ökonomen, mehrheitlich und unabhängig von ihrer Weltanschauung, am skeptischsten, was die Erfolgsaussichten des Euro-Projektes betrifft.

**Im Ausnahmezustand** Die Integration Europas über die gemeinsame Währung hat die pathetischen Verheißungen ihrer Anhänger nicht erfüllt und die Skepsis der Ökonomen bestätigt. Anstatt Fiskaldisziplin zu schärfen, wurden die Anreize zum

wohlfahrtsstaatlichen Schlendrian angesichts günstiger Verschuldungsmöglichkeiten exzessiv genutzt. Anstatt das Solidaritätsverbot strikt zu achten, wurden unter dem rhetorischen Schirm angestrebter Rettungssemantik zusätzliche Abhängigkeiten zwischen Gubern und Nehmern installiert.

Jetzt sind Recht und Verträge gebrochen und demokratische Organe entmachtet. Nationalstaatliche Souveränität erodiert. Europa ist im Ausnahmezustand.

Die Krise des zur Integration unfähigen Euro dient den Rettungseliten indessen nicht als Warnung, ihre Utopie der Vereinigten Staaten von Europa zu suspendieren. Ganz im Gegenteil soll jetzt das Versagen der Währungsintegration dafür herhalten, die Vereinigung zu beschleunigen. „Die europäischen Bevölkerungen werden lernen müssen“, heißt es im Ton paternalistischer Annahmen bei Jürgen Habermas und seinen Freunden (F.A.Z. vom 4. August 2012), dass sie ihr sozialstaatliches Modell und die nationalstaatliche Vielfalt ihrer Kulturen nur noch gemeinsam behaupten können. Drohend fügt der Philosoph hinzu: „Der Ver-

zicht auf die europäische Einigung wäre auch ein Abschied von der Weltgeschichte.“ Zumindest eine intellektuelle Widersprüchlichkeit wird man solchen Appellen attestieren müssen. Warum man, nachdem die „Lokomotive“ Euro verunglückt ist, genau daraus schließen soll, der Zug fahre in die richtige Richtung, nämlich die der europäischen Einigung, bleibt schleierhaft.

**Nicht die Schleifung der Nationalstaaten, sondern ihre Schärfung könnte Europa retten.**

erfüllt, von dem sie sich durch die Überwindung nationalstaatlich beschränkter Souveränität gerade befreien will.

Die Vereinigten Staaten von Amerika jedenfalls taugen als teleologische Blaupause für den europäischen Einigungsprozess keinesfalls. Schon die Entstehung des amerikanischen Bundesstaates, betrieben von gleich gesinnten Einwanderern, ist das Gegenbild der kulturellen und historischen

Vielfalt in Europa. Relative Homogenität war denn auch immer schon das triftigste Argument der Ökonomen, warum die USA als optimaler Währungsraum anzusehen sei, nicht aber die Eurozone. Die Tatsache, dass Kapital und Arbeit in Amerika beweglich sind, führt dazu, dass ökonomische Ungleichgewichte immer wieder ausgeglichen werden. Voraussetzung dafür ist eben eine kulturelle Nähe (der Einwanderer lässt seine Wurzeln erst einmal hinter sich und sucht Kommunikation mit den Abenteurern) und der Zwang zur gemeinsamen Sprache. Eine gemeinsame Währung ohne gemeinsame Sprache kann offenbar nur schwer glücken.

Geme wird auch vergessen, dass die USA ein striktes Bailout-Verbot haben: Schulden Kaliforniens werden gerade nicht vergemeinschaftet. Europa aber hat sich jetzt schon zu einer Transföderation entwickelt, was vor dem Hintergrund ihres wohlfahrtsstaatlichen Solidaritätsverständnisses einleuchtet, aber Sprengkraft für jede weitere politische Integration bedeutet. Natürlich nicht politisch, aber doch gewissermaßen ökonomisch, eignen sich die Staaten der Sowjetunion oder Jugoslawiens als bessere Referenzfolie dafür, wie man sich die Vereinigten Staaten von Europa vorstellen müsste. Hier waren die Integrationskos-

ten stets höher als der Integrationsnutzen, was letztlich zum Zusammenbruch führte. Das Ende der Sowjetunion oder Jugoslawiens ist der historische Beweis dafür, dass sich das Rad der Geschichte eben doch – gottlob – zurückdrehen lässt. Wenn jenen, die darauf insistieren, Europa müsse seine nationalstaatliche Souveränität stärken und womöglich auch den Euro aufgeben, vorgehalten wird, dies sei träumerische Romantik, so kann der Zerfall der Sowjetunion diese Behauptung falsifizieren.

**Zwei alternative Modelle** Nicht die weitere Schleifung der Nationalstaaten in Richtung einer Finalität der „United States of Europe“, sondern ihre Schärfung könnte Europa retten. Viel wäre schon gewonnen, wenn es gelänge, die politische Rhetorik wegzubringen von der Behauptung, „mehr Europa“ sei zwingend der Weg zur Einheit des Bundesstaates, demgegenüber es nur ein „Zurück“ in den Egoismus der Kleinstaaterei und des „monetären Nationalismus“ (Jürgen Habermas) gäbe. Was zur Entscheidung steht, sind zwei Modelle der europäischen Integration: das der Zentralisierung durch transnationale Souveränität, nationalen Souveränitätsverzicht und fiskalische Haftung. Oder das nach wie vor attraktive Alternativmodell einer Integration

durch Wettbewerb. Um dieses wettbewerbliche Europa zu schmieden, braucht es die Freiheit des Güterausstausches, des Dienstleistungsangebots, der Kapitalbewegung und der Niederlassung. Jedes Land behält seine Einzigartigkeit und seine Souveränität. Die Menschen dieser Länder sind neugierig aufeinander, lernen die Sprachen voneinander, reisen und treiben Handel. Sie machen sich durch Austausch untereinander voneinander abhängig.

Zu sagen, um den asiatischen oder atlantischen Wirtschaftsblöcken stark begegnen zu können, brauche es ein zentral geeintes Europa, ist eine relativ neue Rede. Mehrere Jahrhunderte lang zuvor war es die Vielfalt der europäischen Staaten, die ihnen listig den Vorrang vor den großen Flächenstaaten Asiens sicherte. Niemand soll sich jetzt in der Not einreden lassen, es gebe nur einen einzigen Weg zur europäischen Integration. Es ist an der Zeit, Europa vor den Rettungseuropäern zu retten, die uns die USA als Heil versprechen.

Rainer Hank

Der Autor leitet das Ressort Wirtschaft und Finanzen der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“. Zuletzt erschien sein Buch: *Die Pleiterepublik. Wie der Schuldenstaat uns entmündigt und wie wir uns befreien können.* Blessing-Verlag, München 2012.

Den Höhepunkt ihres Deutschlandjahres erleben sie erst am Ende ihres Austausches: 328 junge Amerikaner kamen am 15. Juni diesen Jahres zum „Berlin-Tag“ in die Hauptstadt. Hier wurden sie von Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) und dem amerikanischen Botschafter in Deutschland, Philip D. Murphy, im Bundestag empfangen. Die Jugendlichen sind alle Teilnehmer des Parlamentarischen Patenschafts-Programms (PPP) des Deutschen Bundestages und des amerikanischen Kongresses. Anlässlich des 300. Jahrestages der ersten deutschen Einwanderung nach Amerika wurde das PPP 1983 ins Leben gerufen und ermöglicht seitdem jedes Jahr deutschen und amerikanischen Jugendlichen, ein Jahr im jeweils anderen Land zu verbringen. Das Ziel des Programmes ist es, die deutsch-amerikanischen Beziehungen durch den gegenseitigen Kontakt zu festigen. Die Stipendiaten repräsentieren dabei als „junge Botschafter“ ihre Heimat im Ausland und vermitteln die politischen und kulturellen Werte ihres Landes. Auf diese Weise gehen jedes Jahr 360 Jugendliche aus Deutschland in die USA: 285 Schülerinnen und Schüler zwischen 15 und 17 Jahren besuchen eine lokale High School. 75 junge Berufstätige zwischen 16 und 24 Jahren gehen ein halbes Jahr an eine Berufsschule und absolvieren danach ein Praktikum in einer amerikanischen Firma. Im Gegenzug reisen 350 Amerikaner nach Deutschland. Für Wolfgang Börsen (CDU), Berichterstatter für Internationale Austauschprogramme des Bundestages, ist es ein „einzigartiges Austauschprogramm“, das mit seiner Konzentration auf junge Menschen dazu beiträgt, das enge Verhältnis zwischen Amerika und Deutschland für die Zukunft zu stärken. Insgesamt haben schon über 20.000 Jugendliche daran teilgenommen.

**Die Paten** Das Besondere an dem Programm ist, dass die Stipendiaten von Bundestagsabgeordneten nominiert und auch von diesen als Paten betreut werden. Jeder Abgeordnete eines Wahlkreises hat sowohl einen deutschen, als auch einen amerikanischen Stipendiaten. Der Grad der Betreuung kann dabei ganz unterschiedlich sein, von einem einfachen Gratulationsschreiben über kontinuierlichen E-Mailkontakt bis hin zu Einladungen nach Berlin reicht das Spektrum. „Jeder Parlamentarier macht das unterschiedlich, generell sind sie aber sehr interessiert“, sagt Michael Reinold vom Referat Internationale Austauschprogramme des Bundestages. „Das trifft übrigens sowohl für die Betreuung der deutschen, als auch der amerikanischen Stipendiaten zu.“ Alle Bewerber müssen ein zweistufiges Auswahlverfahren durchlaufen. Der erste Teil wird im Auftrag des Deutschen Bundestages durch ausgewiesene Jugendaustausch-Organisationen übernommen. Diese sind für bestimmte Bundestagswahlkreise zuständig. Sie treffen aufgrund der eingesandten Bewerbungsunterlagen eine Vorauswahl und laden einige Schüler noch einmal zu einem besonderen Auswahltag ein. Dieser besteht aus Gesprächen, einer Diskussionsrunde

# Botschafter zwischen den Nationen

**AUSTAUSCH** Seit 1983 besuchen deutsche und US-Jugendliche das jeweils andere Land



Berlin-Tag des Austauschjahres 2011/2012: Am 15. Juni kamen 328 junge Amerikaner des Parlamentarischen Patenschafts-Programms im Bundestag zusammen.

und einem Test der allgemeinen politischen Bildung. So wird geprüft, ob die Bewerber für ein Stipendium für die Vereinigten Staaten geeignet sind. Neben guten Schulleistungen und guten Englischkenntnissen sind soziale Kompetenz, Allgemeinwissen und Interesse an politischen und gesellschaftlichen Vorgängen ausschlaggebend. Die Austauschorganisationen legen den Patenabgeordneten dann eine Liste mit Kandidaten zur Auswahl vor. Im zweiten Schritt nominieren dann der Abgeordnete einen Kandidaten.

Neben den Reise- und Programmkosten werden die notwendigen Versicherungen sowie die Kosten für die Vor- und Nachbereitungsseminare vom Bundestag übernommen. Einzig das Taschengeld müssen die Stipendiaten selbst aufbringen. Die Teilnehmer des Programms für junge Berufstätige verdienen jedoch im zweiten Halbjahr ihr eigenes Geld. Vor Ort sind alle Stipendiaten in Gastfamilien untergebracht, damit sie die Sprache und die Kultur des Gastlandes besser kennenlernen und Anschluss vor Ort finden.

**Amerikanische Gäste** „Amerikaner füllen mit dem Programm gerne ihr Überbrückungsjahr zwischen dem Ende der High School und dem Beginn des Studiums“, erklärt Hartwig Prüfmann die Motivation der Stipendiaten. Prüfmann ist Koordinator bei Open Door International, das die amerikanischen Stipendiaten in Deutschland betreut. Auch diese sind bei Gastfamilien untergebracht. Während die Teilnehmer des Schülerprogrammes die ganze Zeit am Unterricht in einem Gymnasium teilnehmen, gehen die jungen Berufstätigen hier nur für

einige Wochen zur Schule, um Anschluss unter Gleichaltrigen zu finden. Erst danach absolvieren sie die Praktika. Der „Berlin Tag“ ist für sie dann der offizielle Abschluss ihres Aufenthaltes in der Bundesrepublik Deutschland. In den USA heißt das Programm übrigens „Congress Bundestag Youth Exchange“ (CBYX). *Julian Burgert*

Mehr zum Thema finden Sie unter: [www.bundestag.de/ppp](http://www.bundestag.de/ppp)

## Weitere Programme für Stipendiaten

### Fulbright-Programm

Das Fulbright-Programm ist ein 1946 gegründetes, bilaterales Austauschprogramm zwischen den Vereinigten Staaten und insgesamt 148 anderen Nationen. Seit 1952 besteht dabei ein Deutsch-Amerikanisches Programm, das lange Zeit das umfangreichste weltweit war. Im Fulbright-Programm sind die Visionen des amerikanischen Senators J. William Fulbright zur Förderung der gegenseitigen Verständigung zwischen den USA und anderen Nationen verwirklicht. Hauptbestandteil des Programms ist der akademische und kulturelle Austausch. Studenten und Doktoranden aller Fächer können für ein Jahr an einer amerikanischen bzw. deutschen Hochschule studieren und lehren. Zusätzlich bietet die Fulbright-Kommission, die das Programm verwaltet, Reise- und Jahresstipendien für Professoren, Lehrer, Fremdsprachenassistenten sowie Fortbildungsseminare für Hochschuladministratoren und Landeskundler an. Das Programm wird zu gleichen Teilen aus dem amerikanischen und dem deutschen Außenministerium finanziert. Übernommen werden, je nach Programmtyp, die Visa- und Studiengebühren, Teile der Krankenversicherung und der Flug. Nähere Informationen zu dem Austauschprogramm und dem Bewerbungsverfahren: [www.fulbright.de](http://www.fulbright.de)

### DAAD

Der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) ist die weltweit größte Förderorganisation für den internationalen Austausch von Studenten und Wissenschaftlern. Neben Stipendien für ein Auslandsstudium- oder Praktikum fördert der DAAD die Internationalisierung der deutschen Hochschulen, stärkt die Deutsche Sprache im Ausland, unterstützt Entwicklungsländer beim Aufbau von Hochschulen und handelt als Berater in der Bildungs-, Außenwissenschafts- und Entwicklungspolitik. DAAD-Auslandsstipendien werden aufgrund fachlicher Qualifikation und persönlicher Eignung an deutsche vollmatrikulierte Studenten, deutsche Graduierte, Doktoranden und Promovierte von staatlichen bzw. staatlich anerkannten Hochschulen vergeben. Informationen zum genauen Bewerbungsverfahren sind an den Akademischen Auslandsämtern der deutschen Hochschulen und unter [www.daad.de](http://www.daad.de) erhältlich.

### Stipendien-Datenbank

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung offeriert eine Stipendien-Datenbank, in der bundesweite und internationale Stipendien aus dem privaten und öffentlichen Bereich gelistet sind. Diese können nach speziellen Kriterien gefiltert werden. Sie ist unter [www.stipendienlotse.de](http://www.stipendienlotse.de) online zugänglich. *jtk*

## »Ich kann ein Stück Amerika mit nach Hause nehmen«

**STIPENDIATEN** Teilnehmer des PPP-Austauschprogramms berichten von ihren Erlebnissen. Die jungen Menschen machen wertvolle Erfahrungen

**Alexander Daily** „Für mich hat sich mein amerikanischer Traum in Deutschland erfüllt“ – so fasst Alexander Daily seine Zeit in Deutschland zusammen. Der 19-Jährige verbrachte ein Jahr als Austauschschüler am Lichtenberg-Gymnasium im hessischen Darmstadt. Dort besuchte er die elfte Klasse mit dem Hauptfächern Deutsch und Mathematik, denn „Englisch machte mir hier keinen Spaß“. Von seiner Deutschlehrerin im heimischen New Jersey bekam Alexander den Tipp: „Sie sagte, es sei eine sehr gute Erfahrung für mich und sie hat recht behalten.“ An seiner Schule in Deutschland fand er schnell enge Freunde, er traf sich mit anderen Austauschschülern und nahm regelmäßig an Laufgruppen teil. Seine Gastfamilie hat ihn sofort herzlich aufgenommen: „Kam war ich da, sind wir erst einmal in den Wald, einen Spaziergang machen.“

Und seine Gastgeschwister sind inzwischen „wie richtige Geschwister“ für ihn. „Meine Zeit in Deutschland hat mich erwachsen werden lassen“, sagt er. „Hier habe ich viel mehr Verantwortung bekommen, als zuhause.“ Seiner Meinung nach könnten Deutsche ruhig stolzer auf ihr Land sein: „Deutschland ist wirtschaftlich stark, hat eine lange Geschichte, superbe Kultur und ein schöne Fahne, warum nicht?“ Deshalb war er davon überrascht, in der Schule keinen Fahnenappell zu haben: „Ich dachte, das wäre überall so wie bei uns.“ Ursprünglich wollte Alexander mit seinem Aufenthalt nur das Übergangsjahr zwischen High School und Universität füllen, doch seine Zeit hier hat ihm so gut gefallen, dass er zum Wintersemester in Deutschland zu studieren anfängt: Politikwissenschaften an der Freien Universität in Berlin. *jbb*



Alexander Daily segelt in Flensburg.

»Mein amerikanischer Traum hat sich in Deutschland erfüllt.«

**Anke Soldan** „Ohne das PPP-Programm hätte ich niemals ins Ausland gehen können.“ – Anke Soldan ist dankbar dafür, am Parlamentarischen Patenschafts-Programm des Deutschen Bundestages teilgenommen zu haben. Von 2011 bis 2012 war sie mit dem PPP-Programm für junge Berufstätige in Laurensburg, Indiana. Während dieser Zeit studierte sie an der Northern Kentucky University in Highland Heights und arbeitete in Harrison, Ohio. „In Ohio arbeitet man, in Kentucky trinkt man und in Indiana spielt man“, fasst sie die Unterschiede zwischen den Bundesstaaten zusammen. Anke kommt aus Königstein in Hessen und ist gelernte Immobilienkauffrau. Nachdem sich nach ihrer Ausbildung keine Übernahmemöglichkeit ergab, hat sie sich „einfach mal beworben“. Von dem Programm hatte sie durch Flyer an ihrer Berufsschule erfahren: „Das PPP ist sehr gut, weil es als

einziges auch an junge Berufstätige gerichtet ist.“ USA-Fan war Anke schon länger, besonders die Musik wie Country oder Blues haben es ihr angetan. Deshalb war der Besuch von Nashville, Tennessee, der Hochburg der Countrymusikszene, auch „ein Muss“ für die 23-Jährige. Auch andere Kindheitsträume wie ein Besuch des Weihnachtsbaums vor dem Rockefeller Center in New York erfüllte sie sich. In ihrer Gastfamilie fühlte sie sich sehr wohl, allerdings „waren die Geschlechterrollen traditioneller verteilt, als in Deutschland“, findet sie. Insgesamt beeindruckte Anke Soldan die Energie des Landes: „Alles steht unter Strom“. Der Aufenthalt habe sie stark verändert: „Vorher war ich viel schüchterner und zurückhaltender, jetzt bin ich viel selbstsicherer, kontaktfreudiger und offener.“ *jbb*



Anke Soldan ist zurück in Deutschland.

»Nur über das PPP können auch junge Berufstätige ins Ausland gehen.«

»Mein Lieblingspruch: Du hast nicht alle Tassen im Schrank.«



Connor Linneroth will Schauspieler werden.

**Connor Linneroth** Zu gut um wahr zu, das waren Connors erste Gedanken, als er seine Zusage für das PPP-Programm erhielt. Der 18-Jährige hatte sich im Herbst vergangenen Jahres beworben und ist nun seit diesem August für ein Jahr in Deutschland. Eigentlich wollte er gerade in Los Angeles anfangen, Schauspiel zu studieren. Diesen Plan hat er aber nun hintenan geschoben. „Jetzt habe ich die Möglichkeit dazu, später vielleicht nie wieder“, begründet er seine Entscheidung. Deutsch hat Connor an seiner High School in Fargo, North Dakota, gelernt. Von seiner Deutschlehrerin dort hat er auch von dem Programm erfahren. Er war bereits zuvor für einen dreiwöchigen Sprachkurs in Norddeutschland. Connor ist Teilnehmer des Programmes für amerikanische junge Berufstätige. Mit den anderen amerikanischen Teilnehmern ver-

brachte er erst einmal zwei Wochen in München in einem Sprachseminar. Nun ist er bei einer Gastfamilie in Berlin untergebracht. Hier geht er für ein paar Wochen in eine deutsche Schule, um Kontakt zu Gleichaltrigen zu bekommen. Ab November wird er ein Semester an der Berliner Schule für Schauspiel studieren. Das Semester wird über das PPP-Programm komplett vom Bundestag finanziert. Vorher muss Connor zwar noch die Aufnahmeprüfung bestehen, aber er ist zuversichtlich: „Das klappt!“ Die bisherige Zeit in Deutschland hielt für ihn schon die eine oder andere Überraschung parat: Als Einzelkind hat er hier einen Gastbruder „und der ist sogar noch ein großer Fan von American Football“. Sein Deutsch verbessert er auch, sein neuester Lieblingsausdruck lautet: „Du hast nicht alle Tassen im Schrank.“ *jbb*

»Der Austausch ist eine tolle Sache, die man unbedingt nutzen sollte.«



Anne Weber weilt kurzzeitig in den USA.

**Anne Weber** Anne ist eine der diesjährigen Teilnehmerinnen des PPP-Programmes und für ein Jahr als Austauschschülerin in Denver, Colorado. Nach zwei Stationen in Tennessee und Nashville hat sie nun in den Rocky Mountains ihre Zelte aufgeschlagen. In Denver besucht die 16-Jährige aus Oberfranken eine örtliche Highschool, die „so ganz anders“ als ihre deutsche Schule ist: „Es gibt keine Klassen nach Jahrgängen und die Schüler identifizieren sich viel mehr mit ihrer Schule. Alle tragen Klamotten mit dem Logo der Schule.“ Außerdem ist das Fächerangebot viel größer als in Deutschland. Seit der sechsten Klasse hatte Anne den Wunsch, ein Austauschjahr zu machen und die USA in der Realität zu erleben. Das PPP schien ihr dafür die perfekte Möglichkeit. „Das Schöne daran ist, dass ich den Leuten in den USA von Deutschland erzählen und ein Stück von Amerika wieder mit nach

Hause nehmen kann“. Sie sieht sich selbst ganz als „Juniorbotschafterin Deutschlands“. Obwohl sie erst ein paar Wochen in den USA ist, hat sie doch schon eine Menge gesehen. Bisherige Höhepunkte ihres Aufenthaltes waren der Besuch eines professionellen Baseballspiels, eines Footballspiels sowie der Niagara-Fälle. Kulinarisch hat es ihr der süße Eistee des Südens angetan. Besonders gefällt ihr, wie schnell und herzlich sie von den Menschen aufgenommen worden ist. Falls sie doch einmal Heimweh bekommt, gibt es ja Haribo-Gummibärchen. „Das Austauschjahr ist eine tolle Sache und wenn man die Chance hat, sollte man sie unbedingt nutzen.“ *jbb*

Anne Weber bloggt über ihren Aufenthalt unter: [www.mittsichen.de](http://www.mittsichen.de)

**M**it seiner angedrohten Klage gegen den Länderfinanzausgleich sorgt Horst Seehofer (CSU) eher für Unruhe und aufgeregte Diskussionen über die Solidarität unter den 16 Bundesländern. Aber zum Tag der Deutschen Einheit wollte sich der bayerische Ministerpräsident doch als großzügiger Gastgeber zeigen. Er wollte den Tag als großes Bürgerfest feiern, „ohne Lammern und Nölen“, sondern freudig und „stolz darauf, was in den 22 Jahren nach der Wiedervereinigung geleistet wurde“, sagte Seehofer in München.

Die Vereinigung als Erfolgsgeschichte – diesen Gedanken nahm Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) als Hauptredner beim offiziellen Festakt am 3. Oktober in München zum Anlass, um in Zeiten wachsender Europaskepsis die „europäische Dimension“ der Einheit zu unterstreichen.

Weil der bayerische Ministerpräsident in diesem Jahr amtierender Bundesratspräsident ist, war es am Freistaat, die zentrale Feier zum Tag der Einheit auszurichten. Man ließ auffahren, was das Bayernbild gemeinhin prägt: Trachtengruppen, Blasmusik und Gebirgsschützen aus Wolfrathshausen, die Bundespräsident Joachim Gauck, Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), Bundestagspräsident Norbert Lammert, den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Andreas Voßkuhle, den Ministerpräsidenten und die über 1.000 Ehrengäste quer durch die Münchner Innenstadt zum Festakt im Nationaltheater begleiteten.

Dort spielte das Bayerische Staatsorchester unter Leitung von Kent Nagano die Europahymne, Beethovens „Ode an die Freude“, sogar noch vor dem Bayernlied und der Nationalhymne. Dennoch war die Feier in München eine selbstbewusste und freundliche Demonstration von Bodenständigkeit und föderalistischem Selbstsicherheit, deren routinierte Beherrschung den Repräsentanten des Freistaats oft zugeschrieben wird.

**Erfolgsgeschichte** Norbert Lammert wusste die Darstellung regionaler Identität zu würdigen: „Heimat ist überall, aber überall anders, und hier ganz besonders.“ Lammert sah in der landsmannschaftlichen Selbstdarstellung auch einen Ansatz für das Leitmotiv seiner Rede: „Gemeinsam sind wir stärker!“

In den Ländern gebe es beachtliche Talente und großen Tatendrang. Aber zusammen seien sie mehr als jedes für sich allein, „erst zusammen bilden sie Deutschland“. Das Zusammenwachsen der 16 Bundesländer in den vergangenen 22 Jahren ist für den Bundestagspräsidenten eine Erfolgsgeschichte, die „auch eine Botschaft für Europa“ sei. Mit dem Satz „Wir sind Europa“ zu Beginn seiner Rede gab Lammert der Einheitsfeier eine Richtung, weg von historischen Rückblicken hin zu einem aktuellen politischen Einigungsprozess, der für Deutschland ebenso einschneidend und existenziell sein kann, wie die Wiedervereinigung, die 1990 im Einheitsvertrag besiegelt wurde.

Der Bundestagspräsident zitierte das Manifest, das der Soziologe Ulrich Beck und der grüne Europaabgeordnete Daniel Cohn-Bendit Anfang des Jahres initiierten und das zahlreiche Unterstützer aus Politik, Wirtschaft und Kultur fand. Das Motto „Wir sind Europa“ knüpft dabei bewusst an den Ruf der Bürgerrechtsbewegung der ehemaligen DDR an.

In diesem Sinne zog Lammert Parallelen zur Entwicklung der EU. „Ohne die Überwindung der Spaltung Europas wäre die deutsche Einheit nicht möglich gewesen. Die Wiederherstellung der staatlichen Ein-



Horst Seehofer, Norbert Lammert, Joachim Gauck, Angela Merkel und Andreas Voßkuhle (v.l.n.r.) beim Festakt in München

# »Wir sind Europa«

**DEUTSCHE EINHEIT** Der Bundestagspräsident warnt beim Festakt vor einem Rückfall in die Rivalität von Nationalstaaten

heit unseres Landes war umgekehrt Voraussetzung für das Zusammenwachsen Europas in einer Union west-, mittel- und osteuropäischer Staaten.“ Deutschland und Europa seien längst keine Gegensätze mehr, sondern zwei Betrachtungen des gleichen Sachverhalts.

**Souveränität** Denn das wiedervereinigte Deutschland und die Europäische Union basieren auf derselben Idee, „einer Vorstellung vom Menschen und seiner Würde und seiner Freiheit und seines Anspruchs auf Selbstbestimmung“. Gleichzeitig sei die Europäische Gemeinschaft ein einzigartiger Prozess, bei dem nationale Souveränitätsrechte abgegeben werden, mit dem Ziel, die Souveränität zu wahren. Ein solches Projekt berge natürlich Unsicherheiten

und Unzulänglichkeiten, wie jede Neuentwicklung. „Wir bauen sozusagen den Prototyp“, sagte Lammert. Ein realistische oder gar Erfolg versprechende Alternative zur Europäischen Union sieht der CDU-Politiker nicht. Die Entscheidung für Europa sei „getragen von der Einsicht, dass in der Welt von heute nationale Souveränität an den Realitäten scheitern muss“. Unter den Kräfteverhältnissen der Globalisierung stoße nationales Handeln politisch wie ökonomisch an seine Grenzen.

Auch hier gilt für Lammert: Gemeinsam sind wir stärker. „Wir tauschen zunehmend nationale Souveränität, die unter gründlich veränderten Kräfteverhältnissen politisch wie ökonomisch verlorengeht, gegen den Selbstbehauptungswillen einer

Staatengemeinschaft, die gemeinsam die Kraft entfalten kann und entfalten soll, zu der die Nationalstaaten allein nicht mehr, jedenfalls nicht mehr in der gewohnten und gewöhnlichen Weise in der Lage sind.“ Und deswegen sei er der Überzeugung, dass die Weiterentwicklung Europas im tiefsten deutschen Interesse sei.

**Europäische Werte** Heute würden vor allem die Fragen um Geld und die Stabilität des Euro die öffentliche Wahrnehmung beherrschen. Aber genauso wenig wie die D-Mark Deutschland war, genauso wenig sei der Euro Europa, sagte Lammert. Die Währung sei ein wesentliches, unverzichtbares Mittel zur Integration, aber nicht der Kern, nicht die Überzeugungen und gemeinsamen Werte. Weil zu diesen Werten

auch die Solidarität gehört, appellierte Lammert, diese Solidarität in der Schuldenkrise an den Tag zu legen – auch aus der deutschen Erfahrung heraus. Der Bundestagspräsident erinnerte daran, zu welcher – auch finanziellen – Solidaritätsleistung die Deutschen nach der Wiedervereinigung 1990 fähig waren.

Allerdings müsste im Gegenzug auch die Solidarität bei allen Beteiligten sicher gestellt sein, sagte Lammert – ohne die überschuldeten Nationen in der Europäischen Union beim Namen zu nennen. Dass diese Solidarität mitunter fehlt, der Bundestagspräsident nicht auf einen Konstruktionsfehler der Union zurück, sondern auf ein Vollzugsproblem: „Hätten sich die Mitgliedstaaten immer an geltendes Recht gehalten, gäbe es die europäische Krise nicht. Deshalb muss das Recht, die Einhaltung gesetzlicher und vertraglicher Verpflichtungen wieder Vorrang vor ökonomischen Kalkülen haben“, forderte der Bundestagspräsident. Es sei im Umgang mit den derzeitigen Herausforderungen allemal eher hinzunehmen, dass die Erwartungen der Märkte durch unsere Rechtsordnung und unsere demokratischen Verfahren enttäuscht würden, als dass umgekehrt die Erwartungen an unsere Rechtsordnung durch eine Vorselektierung der Finanzmärkte leerlaufen würden, betonte Lammert. „Für die Bürger muss nachvollziehbar und transparent bleiben, was und warum etwas geschieht.“ Auch deshalb sei es wichtig, dass die nationalen Parlamente bei der Bewältigung der Krise ihre verfassungsmäßigen Aufgaben wahrnehmen, sagte Lammert.

**Lab für Kretschmann** Der Appell zu mehr Solidarität bei der Münchner Einheitsfeier war nicht ohne Reiz. Schließlich kommen in der aktuellen europapolitischen Diskussion die gelegentlich schärfsten und skeptischsten Töne aus dem Freistaat. Schon beim ökumenischen Festgottesdienst zum Tag der Deutschen Einheit hatte Münchens Kardinal Reinhard Marx vor Rückfällen in Populismus und nationale Egoismen gewarnt. Vor allem CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt und Bayerns Finanzminister Markus Söder (CSU) hatten sich in den vergangenen Wochen und Monaten mit Seitenhieben auf Griechenland oder die Europäische Zentralbank hervorgetan, während CSU-Vorsitzender Seehofer danach stets betonte, dass seine Partei die Euro-Politik der Bundeskanzlerin unterstütze. Lammert wies in seiner Rede darauf hin, dass die mitunter unpopulären Entscheidungen zur Eurorettung „regelmäßig mit breiter Mehrheit über die Fraktionsgrenzen hinweg beschlossen worden sind“. Mit Rücksicht auf den feierlichen Rahmen des deutschen Nationalfeiertages verzichtete der bayerische Ministerpräsident auf tagespolitische Äußerungen. Sogar für einen Spitzenpolitiker der Grünen fand Seehofer nur lobende Worte: Winfried Kretschmann, Ministerpräsident des Nachbarlandes Baden-Württemberg, mache seine Sache so gut, dass er „einer von uns sein könnte“, sagte Seehofer. Der Bayer hat die Hoffnung noch nicht aufgegeben, dass sein Kollege aus dem Südstaat der Klage gegen den Länderfinanzausgleich beiträgt. Denn auch Baden-Württemberg gehört wie Bayern zu den Geberländern.

Kretschmann bekam bei der Einheitsfeier in München von Seehofer symbolisch den Schlüssel für den Bundesrat überreicht. Der Baden-Württemberger wird als erster Grünen-Politiker im November turnusgemäß den Vorsitz im Bundesrat übernehmen.

Peter Issig

Der Autor ist Redakteur der Tageszeitung „Die Welt“

## KURZ NOTIERT

### Industrie soll Auftragsbestand melden

Um das Ausmaß der konjunkturellen Dynamik besser einschätzen zu können, soll das System der monatlichen Konjunkturindikatoren um das Merkmal „Auftragsbestand“ erweitert werden. Dies sieht der von der Bundesregierung eingebrachte Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Statistik im Produzierenden Gewerbe (17/10493) vor. Zur Begründung schreibt die Regierung, in den Konjunkturstatistiken des Verarbeitenden Gewerbes seien bisher nur die neu erteilten Aufträge gemeldet worden. Stornierungen von Aufträgen würden jedoch nur im Auftragsbestand wirksam. Diese Stornierungen könnten – wenn ihr Ausmaß zunehme – ein Indiz für eine konjunkturelle Abschwächung sein. Bei den 13.300 betroffenen Unternehmen werde es nur zur einer geringen Mehrbelastung kommen. Dagegen heißt es in der Stellungnahme des Bundesrates, die Einführung des zusätzlichen Indikators Auftragsbestand bedeute für die Betriebe und Statistischen Ämter „gravierende zusätzliche Belastungen“.

hle

### Linke fordert kostenlosen »Stromsockel« für Haushalte

Die Bundesregierung soll eine staatliche Strompreisaufsicht einführen und Stromsperrn verbieten. Außerdem sollen die Energieversorger verpflichtet werden, ein Sockeltarifmodell einzuführen, bei dem jedem Haushalt eine bestimmte Menge Strom zugeweiht wird, fordert die Fraktion Die Linke in einem Antrag (17/10800). Der Sockeltarif müsse sozial gerecht sein und ökologische Anreize schaffen: „Bei diesem progressiven Modell steht jedem Privathaushalt ein an der Haushaltsgröße orientiertes kostenloses Grundkontingent an Strom zu. Der darüber hinaus gehende Verbrauch unterliegt steigenden Tarifen, um Energiesparen zu fördern“, erläutert die Linksfraktion. Außerdem fordern die Abgeordneten, die Privilegien großer Unternehmen beim Strompreis abzubauen und nur noch wenige Ausnahmen für energieintensive Betriebe zuzulassen.

hle

### Mehr Transparenz bei Steinkohle-Importen verlangt

Die Bundesregierung soll für Transparenz bei Steinkohle-Importen sorgen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fordert in einem Antrag (17/10845), die rechtlichen Grundlagen zur Offenlegung der Handelswege der Steinkohle importierenden Unternehmen zu schaffen. Die Unternehmen müssten die Öffentlichkeit über die Herkunft der Kohle informieren. Wie die Fraktion schreibt, sind in den Exportländern „immer wieder Stimmen über massive Umweltverschmutzungen und Menschenrechtsverletzungen zu hören“. Zwar würden die Importunternehmen auf die Verpflichtung ihrer Lieferanten auf Einhaltung ökologischer, sozialer und arbeitsrechtlicher Kriterien hinweisen, aber die Realität sehe oft anders aus.

hle

### Kuppel bleibt für eine Woche geschlossen

Vom 8. bis zum 12. Oktober 2012 müssen Besucher des Deutschen Bundestages mit Einschränkungen rechnen, da die Glaskuppel des Reichstagsgebäudes gereinigt wird. In dieser Zeit ist die Kuppel für die Öffentlichkeit gesperrt. Dachterrasse und Dachgartenrestaurant bleiben jedoch weiterhin zugänglich.

btg

## Der Bundestag zum Mitmachen

**BÜRGERFEST** Beim Parlamentsspiel im »Forum Plenarsaal« ging es um die Wurst

Dass das Verspeisen einer Weißwurst ganz eigenen Regeln folgt, ist bekannt. Aber braucht es dazu einen „Weißwurst-Zuzel“-Gesetzesentwurf, samt Debatte und anschließender Abstimmung? Was sonst wohl kaum auf der Tagesordnung des Bundestages stehen dürfte, war beim Bürgerfest zum Tag der Deutschen Einheit möglich. Während des zweitägigen Bürgerfestes präsentierte sich der Deutsche Bundestag in der Münchner Innenstadt. Die Besucher konnten Politiker aller fünf Fraktionen treffen und beim Parlamentsspiel im Forum Plenarsaal selbst zum stimmberechtigten Abgeordneten werden.

Spielerisch erfuhren die Besucher beispielsweise, dass man aufsteht, wenn der Bundestagspräsident den Plenarsaal als letzter betritt, dass dieser, obwohl er einer Fraktion angehört, die Sitzungen neutral leiten muss, aber auch wie intensiv die Arbeitswoche der Parlamentarier ist, selbst wenn man im Fernsehen manchmal leere Stuhlreihen im Sitzungssaal sieht.

Zur Einstimmung auf die gespielte Plenarsitzung lief ein siebenminütiger Film mit Highlights vergangener Bundestagsitzungen. Dann folgte der Bundestag zum Mitmachen. In Form eines Rollenspiels wurden Erwachsene, Jugendliche und Kinder Teil einer rund 20-minütigen Plenarsitzung. Am

Ende stimmten sie mit ihren eigenen Stimmkarten über das vorgestellte Weißwurstzuzel-Gesetz ab.

Engagiert, mit Wortwitz und Spielfreude erläuterten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Besucherdienstes des Bundestages als „Stellvertreter“ des Bundestagspräsidenten, Bundeskanzlers, und Bundestagspräsidenten die jeweiligen Aufgaben, Rechte und Pflichten. Auf unterhaltsame Art und Weise erfuhren die Besucher so viele Details zur Funktion, Arbeitsweise und Geschichte des Parlaments. In die Reden zum Weißwurstzuzel-Gesetz wurden geschickt Basisinformationen zur Bundestagsarbeit eingestreut.

**»Neue Kollegen«** Doch auch die echten Abgeordneten stellten sich ihren „neuen Kollegen“. Jede Fraktion informierte eine Stunde lang über ihre Arbeit. Den Anfang machte die Fraktion Die Linke Eva Bulling-Schröter, Klaus Ernst und Harald Weinberg forderten mehr Transparenz in der Politik und die Abschaffung der Rente mit 67. Auch ein Vizepräsident und eine frühere Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages stellten sich den Besuchern. Eduard Oswald (CSU) und Gerda Hasselfeldt, die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, mussten viele Fragen zum Betreuungsgeld und zur Energiewende beantworten.

Manche Politiker ließen es sich nicht nehmen, die Rollen im Planspiel zu übernehmen. So kam es, dass auf dem Bürgerfest in München mit Beate Walter-Rosenheimer zum ersten Mal eine „Bundeskanzlerin“ von Bündnis 90/Die Grünen die Regierungserklärung verlas. Unterstützt wurde sie von Parteichefin Claudia Roth, die Fragen zum Gesetzesentwurf „Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare“ beantwortete.

Die FDP-Fraktion kam mit drei Vertretern in den Mini-Plenarsaal. „Bundeskanzler“ Jimmy Schulz, Rainer Stinner und „Bundesratspräsident“ Daniel Volk diskutierten mit den Anwesenden über die Frage: „Soll die Praxisgebühr abgeschafft werden?“ Für die SPD traten die Abgeordneten Martin Burkert, Florian Pronold und Marianne Schieder vor die Bürger. Auch sie erklärten die Arbeitsabläufe im Bundestag und im Wahlkreis. Außerdem hatten sie den Antrag „Zukunft braucht Jugend – für einen guten Start in die Arbeitswelt“ zur Diskussion mit anschließender Abstimmung vorgelegt. Die zentrale Feier zum Tag der Deutschen Einheit finden seit 1990 immer in dem Bundesland statt, das zu diesem Zeitpunkt den Vorsitz im Bundesrat innehat – in diesem Jahr fiel die Wahl deshalb auf die bayerische Landeshauptstadt.

ah

Anzeige

## Legitimität europäischen Regierens



**Legitimationskrisen**  
Verfassungsprobleme der Weltgesellschaft  
Von Hauke Brunkhorst  
2012, 482 S., brosch., 84,- €  
ISBN 978-3-8329-7669-9  
(Studien zur Politischen Soziologie. Studies on Political Sociology, Bd. 18)  
www.nomos-shop.de/19396



**Republikanismus und die Europäische Union**  
Eine Neubestimmung des Diskurses um die Legitimität europäischen Regierens  
Von Thorsten Thiel  
2012, 288 S., brosch., 44,- €, ISBN 978-3-8329-7106-9  
(Schriftenreihe der Sektion Politische Theorien und Ideengeschichte der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, Bd. 22)  
www.nomos-shop.de/14241

**AUFGEKEHRT**

**Horror zu Weihnachten**

Der Oktober vereint gleich zwei konsumistische Exporte made in USA: Halloween und Weihnachtsmann. Jahr für Jahr teilen sich Schoko-Kürbisse und -Weihnachtsmänner, Spekulatius und Weingummi-Gespenter die Regale und Sonderflächen in den Supermärkten. Welche ordinären Produkte an ihrer Stelle zurückweichen müssen, bleibt unklar. Doch während Halloween immerhin auf eine Tradition katholischer Iren zurückgeht, die ihre am Vorabend von Allerheiligen gefeierten Bräuche mit in das gelobte Land brachten, ist der Weihnachtsmann eine plumpe Erfindung von Coca-Cola. Nicht nur in Deutschland, sondern auch in vielen anderen Ländern der Welt, hat der Weihnachtsmann das traditionelle Christkind verdrängt. Mit dem Weihnachtsmann hat Coca-Cola in nicht einmal hundert Jahren das geschafft, wofür das Christentum mehr als tausend Jahre gebraucht hat. Somit ist der Weihnachtsmann der wahrscheinlich größte Kulturrevolutionär der Weltgeschichte. Aber noch lange kein Grund, bereits Ende September die Supermarktregale zu verstopfen und den Spätsommer zu vermiesen. Aber da ist noch ein dritter konsumistischer US-Exportschlager, der Valentinstag. Auch ihm liegt ein religiöser Ursprung zugrunde: der Tag des Heiligen Valentin – jäh ausgebeutet von der floranten Mafia. Einzig das Thanksgiving-Fest hat es aus den Vereinigten Staaten zu Erntedank nicht in die deutschen Wohnstuben geschafft. Zum Glück für alle Truthähne, Tierschützer und Trendverweigerer. Am schönsten wäre es doch, wenn die drei Exportschlager gesammelt an einem Tag gefeiert werden würden, beispielsweise im tristen November: Jeder könnte sich als Horror-Weihnachtsmann verkleiden, mit Blumen werfen und ungesunde bunte Süßigkeiten essen. Und zu Weihnachten könnte dann vielleicht wieder das Christkind kommen. *Verena Renneberg*

**VOR 10 JAHREN ...**

**Knapper Sieg für Schröder**

**22. Oktober 2002: Schröder bleibt Kanzler:** Steinmeier, Steinbrück oder Gabriel – lange wurde spekuliert, wen die SPD bei der Bundestagswahl 2013 gegen Kanzlerin Angela Merkel (CDU) ins Rennen schicken. Nun ist klar, Peer Steinbrück soll erreichen, was ein Sozialdemokraten vor zehn Jahren zuletzt gelang: Am 22. Oktober 2002 wählte der Bundestag Gerhard Schröder zum Bundeskanzler. Dabei sah es vor der Wahl lange nicht danach aus, dass der damals 58-Jährige



Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD, re.) vereidigt Gerhard Schröder.

im Amt bestätigt werden würde. Denn beherrschendes Wahlkampfthema war die hohe Arbeitslosigkeit. Hatte Schröder in seiner Regierungserklärung 1998 noch betont, man wolle sich „daran messen lassen, in welchem Maße wir zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beitragen“, war auch 2002 noch keine Verbesserung eingetreten: Weiterhin waren über vier Millionen Deutsche ohne Job. Doch dann kamen die Flut und der Irakkrieg. Schröders schnelles Handeln angesichts der Naturkatastrophe in Ostdeutschland und sein kategorisches Nein zu einem deutschen Militäreinsatz gegen Saddam Hussein ließ die rot-grüne Koalition in der Wahlgunst steigen. Knapp setzte sich die SPD schließlich gegen die Union mit ihrem Spitzenkandidaten Edmund Stoiber (CSU) durch. Der Vorsprung der Sozialdemokraten betrug am Ende nur 6.027 Stimmen, beide Lager holten 38,5 Prozent. Dass Schröder mit 305 der 599 abgegebenen Stimmen wieder gewählt wurde, lag einerseits an den drei Überhangmandaten, die die SPD mehr als die Union hatte – und vor allem am starken Abschneiden der Grünen, die acht Abgeordnete mehr als die FDP ins Parlament schickten. *Benjamin Stahl*

**ORTSTERMIN: Europarat debattiert über Status politischer Häftlinge**



Christoph Strässer (SPD, li.) erringt einen hauchdünnen Sieg im Europarat.

**»Schwerer Stein vom Herzen gefallen«**

Sichtlich geschafft ist Christoph Strässer, als er nach nervenzehrendem Clinch im Palais de l'Europe vor einer Journalistenschar sitzt. „Noch nie ist mir ein derart schwerer Stein vom Herzen gefallen“, gesteht der deutsche SPD-Abgeordnete nach dem hauchdünnen Sieg, den er gerade nach erbitterter Redeschlacht in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats im Kampf für die Belange politischer Gefangener errungen hat. „Nachher trinke ich an der Bar zuerst einmal ein Bier.“ Noch im Plenarsaal war die erste Anspannung von ihm abgefallen, als ihm ein Pulk von Volksvertretern für sein Stehvermögen gratulierte. Jerzy Montag von den Grünen klopfte ihm anerkennend auf die Schulter. Das Palais de l'Europe erlebt vergangene Woche ein ungewohntes Drama. Das Publikum staunt nicht nur deshalb, weil Machtkämpfe dieser Art so gar nicht zum wohltemperierten diplomatischen Klima in der Zentrale des Staatenbunds passen. Nein, die Volksvertretung mit Delegierten aus den Parlamenten der 47 Mitgliedsländer streitet doch tatsächlich darüber, ob man sich auch künftig für die Freilassung politischer Gefangener einsetzen will. Als Berichterstatter hat Strässer auf der Grundlage älterer Definitionen freilich einen Kriterienkatalog erarbeitet, der insbesondere Aserbaidschan auf die Palme bringt – schließlich geht man im Palais de l'Europe davon aus, dass nach diesen Maßstäben am Kaspischen Meer rund 50 Gefangene einsitzen, worüber ebenfalls auf der Basis einer

Strässer-Expertise im Januar in Straßburg debattiert werden soll. Kern der Definition: Werden Bürger wegen der Wahrnehmung von Grundrechten wie der Demonstrationsober Meinungsfreiheit eingekerkert, werden sie als politische Häftlinge eingestuft – auch dann, wenn sie unter dem Vorwand krimineller Delikte verurteilt werden. Seit Monaten versuchen die Aseris, die die Existenz politischer Gefangener abstreiten, aber auch Spanien, Türkei und Russland, das Papier des SPD-Abgeordneten zu Fall zu bringen. Ihre listenreiche Forderung: Besser als das Parlament ist der Straßburger Menschenrechtsgerichtshof für eine solche Definition geeignet. Beide Lager mobilisieren vor und hinter den Kulissen. Auch vergangene Woche klingeln vor dem Showdown noch einmal viele Handys, bei Kaffee oder Bier werden unsichere Kantonisten bearbeitet. Dann sind Strässer und seine Leute geschockt: Kurz vor der Plenardebatte bringen im ungewohnt überfüllten Rechtsausschuss die Aseris und ihre Freunde sensationell eine 30:28-Mehrheit für ihr Verlangen zustande, dem Parlament die Zuständigkeit für politische Häftlinge zugunsten des Gerichtshofs zu entziehen. Dann tobt im Plenum in spannungsgeladener Atmosphäre eine hitzige Debatte. Pathetisch wehrt sich Strässer gegen die „Selbstentmündigung“ des Parlaments und pocht auf seine Definition, damit die Abgeordneten für politische Gefangene zuständig bleiben: „Wer das ablehnt, verläßt jene, die uns brauchen.“ Triumphierten die Gegner,

„dann können wir unsere Koffer packen“. Die Stimme Marina Schusters (FDP) überschlägt sich, als sie die „Lobbyarbeit“ Aserbaidschans geißelt, „das grenzt an Dreistigkeit“. Die Grüne Viola von Cramon-Taubadel erregt sich über „börsartige persönliche Anfeindungen“, denen Strässer ausgesetzt sei. Das mache sie „fassungslos“. Der Italiener Pietro Marcanaro ruft in den Saal: „Es ist unsere Pflicht, für politische Gefangene Flage zu zeigen.“ Für die Armenierin Zaruhi Postanjan ist der Widerstand Aserbaidschans eine „Schande“. Doch auch die Kontrahenten kommen auf Touren. Das sei „Unsinn“, kanzelt der türkische Abgeordnete Mevlüt Cavusoglu Strässers Kriterien ab. Der Russe Leonid Slutski empört sich, künftig würden auch „Terroristen und Drogendealer“ den Status eines politischen Gefangenen reklamieren: „Der Weg in die Hölle ist mit guten Absichten gepflastert.“ Im Blick auf ETA-Terroristen haut der Spanier Petro Agramunt in die gleiche Kerbe. Unter Anspielung auf Ex-Regierungschefin Julia Timoschenko kritisiert der Ukrainer Oleksi Plotnikow, wer Amtsmissbrauch begehe, „ist ein Verbrecher und kein politischer Gefangener“. Dann herrscht angestrengte Stille, als die Abgeordneten über den Antrag abstimmen, die Sache an den Gerichtshof zu überweisen. Sage und schreibe 89 Ja und 89 Nein-Voten – bei Stimmgleichheit ist der Vorstoß abgelehnt. Strässers Lager jubelt. Aber das Parlament ist tief gespalten. Auf ein Neues im Januar. *Karl-Otto Sattler*

**LESERPOST**

**Zur Ausgabe 38-39 vom 17.9.2012, „Fortsetzung einer unendlichen Geschichte“, Seite 12:** Als Eltern von zwei Kindern ist es unsere Entscheidung, ob wir unsere Kinder für die ersten zwei bis drei Jahre lieber zu Hause erziehen möchten oder nicht. Das sollte nicht pauschal verurteilt werden. Je nach Familiensituation kann es auch der Vater sein, der zu Hause bleibt. Uns würden die Hundert Euro jedenfalls ermöglichen, das jeweilige Kind für Spiel und Sport anzumelden. Um zu verhindern, dass das Geld „versoffen“ wird, kann es auch gerne zweckgebunden sein – das wäre uns lieber, als das Geld gar nicht zu bekommen. Wir haben unser Wahlrecht zur Familienbetreuung schon jetzt genutzt: Das Betreuungsgeld wäre eine kleine, aber gerechte Unterstützung. *Heiko Urbanzyk, Werne an der Lippe*

informativ. Meiner Meinung nach bietet kaum eine andere deutsche Zeitung eine solche journalistisch hochwertige Berichterstattung. Hier in Belgrad habe ich im Goethe-Institut Zugriff auf die deutschen Tageszeitungen, während ich „Das Parlament“ bei mir zu Hause lese. Ich wünsche der Redaktion weiterhin viel Erfolg. *Bozidar Dikic, Belgrad*

**Zur Ausgabe 40 vom 1.10.2012, „Nachruf für Friedrich Zimmermann“, Seite 14:** In Ihrem Nachruf für den verstorbenen früheren Bundesminister Friedrich Zimmermann haben Sie zu Recht dessen Verdienste um die Einführung des Katalysators und bleifreien Benzins hervorgehoben. Diese Leistung fällt jedoch bereits in seine Zeit als Innenminister, der bis 1986 auch für den Umweltschutz zuständig war. Als Zimmermann 1989 Verkehrsminister wurde, waren die Programme für saubere Luft weitgehend umgesetzt. Der Verkehrsminister Zimmermann stellte die Weichen für den Aufbau einer modernen Infrastruktur in den neuen Bundesländern. *Wighard Härdtl, Bonn*

**Zur Ausgabe 38-39 vom 17.9.2012, „Im Herzstück der Demokratie“, Seite 9:** Der Steg über die Spree zwischen dem Paul-Löbe-Haus und dem Marie-Elisabeth-Lüders wird „Höhere Beamtenlaufbahn“ genannt, da hauptsächlich nur Mitarbeiter des Bundestages Zugang haben. Der Name kommt übrigens ursprünglich von den Schiffen der Touristenboote auf dem Fluss und wurde dann aus dem Umgangssprachlichen in das „Parlamentsdeutsch“ übertragen. *Dieter Kunze, Berlin*

**SEITENBLICKE**



**Zur Ausgabe 38-39 vom 17.9.2012, „Im Herzstück der Demokratie“, Seite 9:** Der Steg über die Spree zwischen dem Paul-Löbe-Haus und dem Marie-Elisabeth-Lüders wird „Höhere Beamtenlaufbahn“ genannt, da hauptsächlich nur Mitarbeiter des Bundestages Zugang haben. Der Name kommt übrigens ursprünglich von den Schiffen der Touristenboote auf dem Fluss und wurde dann aus dem Umgangssprachlichen in das „Parlamentsdeutsch“ übertragen. *Dieter Kunze, Berlin*

**PANNENMELDER**

Beim Abdruck des Leserbriefes von Hans-Gert Kessler in der Ausgabe 40 vom 1. Oktober wurde die Fläche eines Blattes Toilettenpapier fälschlicherweise mit 1,3 Kubikdezimetern angegeben. Richtigerweise sind es natürlich 1,3 Quadratdezimeter. Ebenso hat eine Exponentialfunktion die Formel  $y=a^x$ , und nicht, wie abgedruckt,  $y=ax$ .

**PERSONALIA**

**>Horst Peter †**  
**Bundestagsabgeordneter 1980-1994, SPD**  
Am 22. September starb Horst Peter im Alter von 75 Jahren. Der Gymnasiallehrer aus Kassel wurde 1960 SPD-Mitglied und war von 1968 bis 1981 Stadtverordneter seiner Heimatstadt. Von 1986 bis 1992 amtierte er als Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten im Gesundheitswesen. Peter, stets Direktkandidat des Wahlkreises Kassel, gehörte in allen vier Legislaturperioden dem Petitionsausschuss an.

**>Katharina Focke**  
**Bundestagsabgeordnete 1969-1980, SPD**  
Katharina Focke vollendet am 8. Oktober ihr 90. Lebensjahr. Die promovierte Philologin trat 1964 der SPD bei und gehörte von 1966 bis 1969 dem Landtag in Düsseldorf an. Von 1969 bis 1972 amtierte sie als Parlamentarische Staatssekretärin im Bundeskanzleramt und von 1972 bis 1976 als Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit.

**>Karl Weinhofer**  
**Bundestagsabgeordneter 1980-1987, 1990, SPD**  
Am 8. Oktober wird Karl Weinhofer 70 Jahre alt. Der Oberstudienrat aus Eichstätt schloss sich 1970 der SPD an, wurde 1977 Mitglied des Bezirksvorstands Südbayern und Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Ingolstadt. Im Bundestag engagierte sich Weinhofer im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung.

**>Peter Keller**  
**Bundestagsabgeordneter 1980-1987, 1990-1998, CSU**  
Am 11. Oktober begeht Peter Keller seinen 75. Geburtstag. Der Diplom-Ingenieur aus Zellingen bei Würzburg trat 1958 der CSU bei. Von 1989 bis 2000 stand er an der Spitze der Arbeitnehmer-Union (CSA) in Bayern. Keller gehörte im Bundestag vorwiegend dem Gesundheitsausschuss sowie dem Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung an.

**>Annemarie Borgmann**  
**Bundestagsabgeordnete 1985-1987, Die Grünen**  
Am 13. Oktober wird Annemarie Borgmann 70 Jahre alt. Die Grundschullehrerin aus Wuppertal gehörte zu den Gründungsmitgliedern ihrer Partei. 1985 war sie für die Abgeordnete Christa Nickels nachgerückt. Borgmann arbeitete im Bundestag im Auswärtigen Ausschuss mit.

**>Rudolf Seiters**  
**Bundestagsabgeordneter 1969-2002, CDU**  
Rudolf Seiters vollendet am 13. Oktober sein 75. Lebensjahr. Der Jurist aus Papanburg schloss sich 1958 der CDU an, war von 1972 bis 1998 stellvertretender CDU-Landesvorsitzender in Niedersachsen und gehörte von 1992 bis 1998 dem CDU-Präsidium an. Von 1989 bis 1991 amtierte er als Chef des Bundeskanzleramts und danach bis 1993 als Bundesinnenminister. Von 1998 bis 2002 war Seiters Vizepräsident des Bundestages.

**>Kurt Palis**  
**Bundestagsabgeordneter 1993-2002, SPD**  
Am 16. Oktober feiert Kurt Palis seinen 75. Geburtstag. Palis trat 1965 der SPD bei, war von 1991 bis 2006 Kreistagsmitglied in Soltau-Fallingb. und dort von 1993 bis 2002 SPD-Unterbezirksvorsitzender. Palis gehörte im Bundestag zuletzt dem Verteidigungsausschuss an.

**>Wendelin Enders**  
**Bundestagsabgeordneter 1967-1987, SPD**  
Wendelin Enders vollendet am 20. Oktober sein 90. Lebensjahr. Der promovierte Philologe aus Petersberg bei Fulda war von 1969 bis 1983 Direktkandidat des Wahlkreises Hersfeld. Im Bundestag arbeitete er im Ausschuss für Bildung und Wissenschaft sowie im Ausschuss für Landwirtschaft und Forsten mit. *bmh*

**Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:**

Das Parlament  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 22. Oktober.

**BUNDESTAG LIVE**

**Topthemen vom 15.-19.10.2012**  
Ausbildungspolitik (Do), Soziale Gestaltung der Energiewende (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de):  
Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream